

A large orange circle containing the word 'dreizehn' in white lowercase letters.

dreizehn

ZEITSCHRIFT FÜR JUGENDSOZIALARBEIT

NR. 20 • NOVEMBER 2018 • HERAUSGEGEBEN VOM KOOPERATIONSVERBUND JUGENDSOZIALARBEIT

A photograph of a young man with light brown hair, wearing a black hoodie, looking off to the side. He is standing in front of a red brick wall. The image is partially obscured by the orange circle logo on the left and the text on the right.

Mobil sein im Erwachsenwerden. Kein Luxus, sondern eine Chance

Mobilität als berufliche Integrationschance? Ausbildungsmobilität in Deutschland
Internationalität für alle Jugendlichen — ein nicht eingelöstes Versprechen
Mit dem Leihfahrrad zum Praktikum



Editorial

Liebe Leser_innen,

Es geht um Mobilität! Eine Haltung und Bereitschaft, die in unserer immer schneller werdenden Welt fast vorausgesetzt wird. Dennoch – mobil zu sein, ist nicht nur ein Erfordernis der Moderne, sondern bereichert in vielerlei Hinsicht. Daher widmen wir diesem Thema unsere 20. Ausgabe der DREIZEHN „Mobil sein im Erwachsenwerden: Kein Luxus, sondern eine Chance“. Damit sich Jugendliche in der globalisierten Welt gut zurechtfinden und sie verantwortungsvoll mitgestalten lernen, bedarf es individueller Chancen, diese offene Welt kennenzulernen. Gut ausgebaute Strukturen sollten allen Jugendlichen und jungen Erwachsenen Mobilität ermöglichen. Es gibt viele Varianten von Mobilität, wie Schüler_innen-Austausch, Workcamps, Freiwilligendienste, „Work and Travel“-Programme oder Gruppenaustausch beispielsweise in der Berufsausbildung. Internationale Jugendarbeit wird aber oft als Luxus verstanden, und ist daher nicht komplett im Alltag der Zuständigen für formale und nonformale Bildung angekommen. Doch auf der Ebene der (Selbst-)Erfahrung gibt Mobilität jedem_r die Chance, seine/ihre eigene Wahrnehmung zu hinterfragen und dadurch den Blick für ein Miteinander zu schärfen.

Im aktuellen Heft „Mobil sein im Erwachsenwerden: Kein Luxus, sondern eine Chance“ beschäftigen sich unsere Autor_innen mit den Themen Ausbildungsmobilität, Hürden im Zugang zu Mobilitätsprogrammen, Möglichkeiten der Flexibilität für junge Alleinerziehende oder auch der Idee #Freeinterrail, in der ein kostenloses 4-wöchiges Interrailticket für jede_n Europäer_in zum 18. Geburtstag zur Verfügung gestellt würde. Auch Mobilität im kleinen geografischen Rahmen wird beleuchtet, z. B. wie im ländlichen Raum mit schlechter Infrastruktur Mobilität gelingen kann. Dazu bietet die Jugendwerkstatt Langenaltheim in Franken ein Leihfahrrad an, was für viele Städter inzwischen omnipräsent ist. In der Rubrik „Praxis konkret“ werden die Programme JiVE (Jugendarbeit international – Vielfalt erleben) und das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) in der interkulturellen Arbeit methodisch vorgestellt. Auch das Jugendwohnen als Möglichkeit für junge Menschen, Mobilität zu leben, wird in unserem Interview genauer betrachtet.

Fürsprache für mehr Toleranz, Vielfalt und Teilhabe sowie bereits entstandene Spaltungen zu überwinden sind Zielsetzungen, die durch die Förderung von Mobilität junger Menschen erreicht werden könnten. Mobilität eröffnet Perspektiven und legt die Grundlage dafür, miteinander in Kontakt zu kommen. Oft gibt es aber aufwendige Bewerbungsverfahren, um z. B. an Austauschmaßnahmen teilnehmen zu können. Die Teilnahme möglichst vieler junger Menschen sollte jedoch das Ziel sein, nicht die Unterteilung der Bewerber_innen in Gewinner_innen und Verlierer_innen. Die Wettbewerbsorientierung in diesem Bereich ist nicht förderlich, um Respekt und Verständnis zwischen den Nationen zu stärken. Eher geht es darum, mehr Zielgruppen für Mobilität zu gewinnen. Es bedarf also lebensweltorientierter und situativer Förderangebote sowie einer gemeinsamen Strategie zum Abbau struktureller Barrieren.

Die vorliegende DREIZEHN regt zum Nachdenken und Neuplanen ein. Also, stecken Sie das Heft in die Tasche und nehmen Sie es mit auf Ihre Reisen ...

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine anregende Lektüre!

Ihre

Birgit Beierling

Sprecherin des Kooperationsverbundes Jugendsozialarbeit



Inhalt

DIE ANALYSE

Jugendmobilität in Deutschland – welche Jugendlichen gehen ins Ausland?	Dr. Karen Hemming, Prof. Dr. Birgit Reißig, Tabea Schlimbach, Frank Tillmann	4
Mobilität als berufliche Integrationschance? Ausbildungsmobilität in Deutschland	Tabea Schlimbach, Dr. Karen Hemming, Prof. Dr. Birgit Reißig	9
Mobil sein heißt, Assessment bestehen – denn Tickets gibt es nicht für alle	Agnetha Bartels, Theresa Brust, Prof. Dr. Wolfgang Schröer	13
Internationalität für alle Jugendlichen – ein nicht eingelöstes Versprechen	Zijad Naddaf und Prof. Dr. Andreas Thimmel	17
Lebensumstände junger Alleinerziehender in Bezug auf Mobilität, Flexibilität und Ausbildung	Dr. M. Tuan Nguyen	22
Im Gespräch mit: Frank Gärtner, Geschäftsführer von Kolping Jugendwohnen und Sprecher von AUSWÄRTS ZUHAUSE	Hans Steimle	26

KONTRAPUNKT

Berufliche Mobilität benachteiligter und beeinträchtigter Jugendlicher	Schwester Margareta Kühn SMMP und Silke Starke-Ueckermann	32
--	---	----

VOR ORT

Mit dem Leihfahrrad zum Praktikum – Die Jugendwerkstatt Langenaltheim unterstützt Jugendliche im ländlichen Franken	Josefine Janert	36
Mit dem Europäischen Freiwilligendienst nach Deutschland – Finnin engagiert sich ein Jahr lang im Berliner Circus Schatzinsel	Monika Kophal	39

PRAXIS KONKRET

JiVE. Jugendarbeit international – Vielfalt erleben Ein Projekt mit klarer Strategie und verwertbaren Ergebnissen	Maria Schwille und Hans Steimle	42
Das ‚FSJ in der interkulturellen Arbeit‘ Das Spannungsfeld von Bildungs- und Sozialpolitik aus der Perspektive einer diversitätsbewussten Migrationspolitik	Markus Weißschnur und Norman Böttcher	45

DER KOMMENTAR

Europa erfahren!	Vincent-Immanuel Herr und Martin Speer	49
------------------	--	----

DIE NACHLESE

Subsidiarität – Warum es sich lohnt, immer noch darüber nachzudenken	Christiane Giersen	52
--	--------------------	----

Jugendmobilität in Deutschland

– welche Jugendlichen gehen ins Ausland?



Auslandserfahrungen im Jugend- und jungen Erwachsenenalter jenseits von Urlaubsreisen stellen für viele Menschen inzwischen eine Selbstverständlichkeit dar. Dennoch erscheinen sie manchen Jugendlichen angesichts bestehender Hürden unerreichbar.

Dr. Karen Hemming, Prof. Dr. Birgit Reißig, Tabea Schlimbach, Frank Tillmann

Vor dem Hintergrund aktueller internationaler politischer, sozialer und ökonomischer Herausforderungen kann und sollte grenzüberschreitende Mobilität junger Menschen eine wichtige integrierende Rolle spielen. Gleichzeitig ist die Forschungslage zu Jugendmobilität von und nach Deutschland relativ begrenzt, besonders mit Blick auf verschiedene Mobilitätsfelder (z. B. Auslandsaufenthalt im Rahmen der Ausbildung, Arbeitsmobilität, Schüler_innen-Mobilität) oder allgemeine Zahlen zu Jugendlichen mit Auslandserfahrungen. Entsprechend hat dieser Beitrag Jugendmobilität von Deutschland in andere europäische Länder im Blick. Ziel ist es, einen Überblick über allgemeine Mobilitätsquoten sowie spezifische Mobilitätsfelder zu geben und diese im Zusammenhang mit soziodemografischen Charakteristika der Jugendlichen und ihrer Familien zu analysieren. Auslandsaufenthalte sind häufig ein Privileg sozioökonomisch besser gestellter Jugendlicher (Brandtner & Wissner, 2016). Mobilitätswänge aufgrund schlechter sozioökonomischer Rahmenbedingungen im Land – wie z. B. hohe Jugendarbeitslosigkeit – können für Jugendliche in Deutschland im Vergleich zu Jugendlichen aus anderen europäischen Ländern hingegen kaum unterstellt werden (Hemming et al., 2019, i. E.). Bereits Pierre Bourdieu hatte auf den Zusammenhang von elterlicher Ressourcenausstattung, die weit mehr als materielle Voraussetzungen umfasst, und der Verfestigung sozialer Ungleichheiten hingewiesen (ders.,

„Auslandsaufenthalte sind häufig ein Privileg“

1982). So ist mit Bezug auf sein Habitus-Konzept durchaus anschlussfähig festzustellen, dass es in vielen Familien zur Bildungsbiographie des Jugend- und jungen Erwachsenenalters dazugehört, fremde Länder zu bereisen und dort beruflich verwertbare Kompetenzen zu erlangen bzw. Erfahrungen zu sammeln. Im beruflichen Wettbewerb gelten grenzüberschreitende Qualifikations- und Erwerbsepisoden als Ausweis von Selbständigkeit, fundierten Fremdsprachenkenntnissen und interkulturellen Kompetenzen (Bülow, 2013 sowie Wolff, 2016). Auch für die jungen Menschen, die in den Genuss solcher Auslandsepisoden kommen, sind vielfältige positive Auswirkungen erfahrbar – wie bspw. ein gestiegenes Selbstwertempfinden oder eine Befriedigung persönlicher Neugier (vgl. Ehrenreich 2008). Indem jedoch die grenzüberschreitende Mobilität von Eltern aus bildungsnahen Schichten nachdrücklich gefördert wird und für junge Menschen mit sozialem Benachteiligungshintergrund erhebliche Mobilitätsbarrieren bestehen, müssen diese Strategien der Akquise von Humankapital als Form der gezielten Aufrechterhaltung von Ungleichheiten gesehen werden (Gerhards et al., 2016).

Bei der vorliegenden Untersuchung transnationaler Jugendmobilität in Europa standen demnach folgende Fragen im Zentrum:

- Wie viele Jugendliche gehen ins Ausland?
- Welche Mobilitätsfelder sind dabei in welchem Ausmaß vertreten?
- Welche soziodemografischen Charakteristika zeigen mobile Jugendliche im Vergleich zu nicht mobilen Jugendlichen?

„Angesichts vielfältiger Ausbildungsmöglichkeiten liegen keine ‚push-Faktoren‘ für Jugendmobilität vor.“

In Anbetracht des geringen „Migrationsdrucks“ von innen ist zu erwarten, dass die Quote derjenigen Deutschen mit Auslandserfahrungen im innereuropäischen Vergleich eher gering ausfällt. Denn angesichts der geringen Jugendarbeitslosigkeit sowie der vielfältigen Ausbildungsmöglichkeiten im Inland liegen zunächst keine „Push-Faktoren“ vor, die die Jugendlichen zu einer Auslandsmobilität veranlassen würden (vgl. Kolasa, 2018). Dabei sind die verschiedenen Mobilitätsfelder sehr unterschiedlich vertreten – dominiert von einer durch den Bologna-Prozess begünstigten Studierendenmobilität (Wuttig 2010).

Das EU-Forschungsprojekt MOVE¹ hat sich mit verschiedenen methodischen Zugängen mit dem Thema Jugendmobilität in Europa beschäftigt. Ein Schwerpunkt des Projektes war eine online-basierte standardisierte Befragung von N=5.499 Jugendlichen (18–27 Jahre) aus sechs europäischen Ländern: Deutschland (n=961), Luxemburg, Norwegen, Spanien, Rumänien und Ungarn. Die Auswahl der Länder erfolgte aufgrund ihrer unterschiedlichen politischen und sozioökonomischen Rahmenbedingungen auf nationaler Ebene. Die Befragung zielte u. a. auf die Themen Mobilitätserfahrungen, Motivationen und Barrieren für Mobilität sowie soziodemografische Angaben der Jugendlichen. Im folgenden Beitrag stehen die Ergebnisse für Deutschland im Zentrum und werden im Licht der Gesamtbefunde diskutiert.

Wie viele Jugendliche gehen ins Ausland?

Um einen ersten Überblick zu gewinnen, wird zunächst die Verbreitung grenzüberschreitender Mobilität unter jungen Menschen betrachtet. Dabei zeigt sich, dass etwa 35 % der befragten

„Etwa 35 % der Befragten berichten von einer Auslands- erfahrung.“

deutschen Jugendlichen von mindestens einer Auslandserfahrung von mehr als zwei Wochen zu einem anderen Zweck als Urlaub berichten. In den anderen Ländern liegt die Quote mit 33,5 % geringfügig darunter. Die Quote erscheint auf den ersten Blick recht hoch, sie zeigt aber auch, dass zwei Drittel der 18- bis 27-Jährigen bislang keine Auslandserfahrungen gesammelt haben. Insgesamt können die deutschen Jugendlichen mehr Mobilitätserfahrungen als die Jugendlichen in anderen europäischen Ländern vorweisen. Angesichts der guten Standortbedingungen in Deutschland kann hier bei den Jugendlichen von einem hohen Maß an Freiwilligkeit bei der Inanspruchnahme von Mobilitätsperioden ausgegangen werden – im Vergleich zu wirtschaftlichen Mobilitätswängen, denen sich Jugendliche z. B. in osteuropäischen Ländern ausgesetzt sehen.

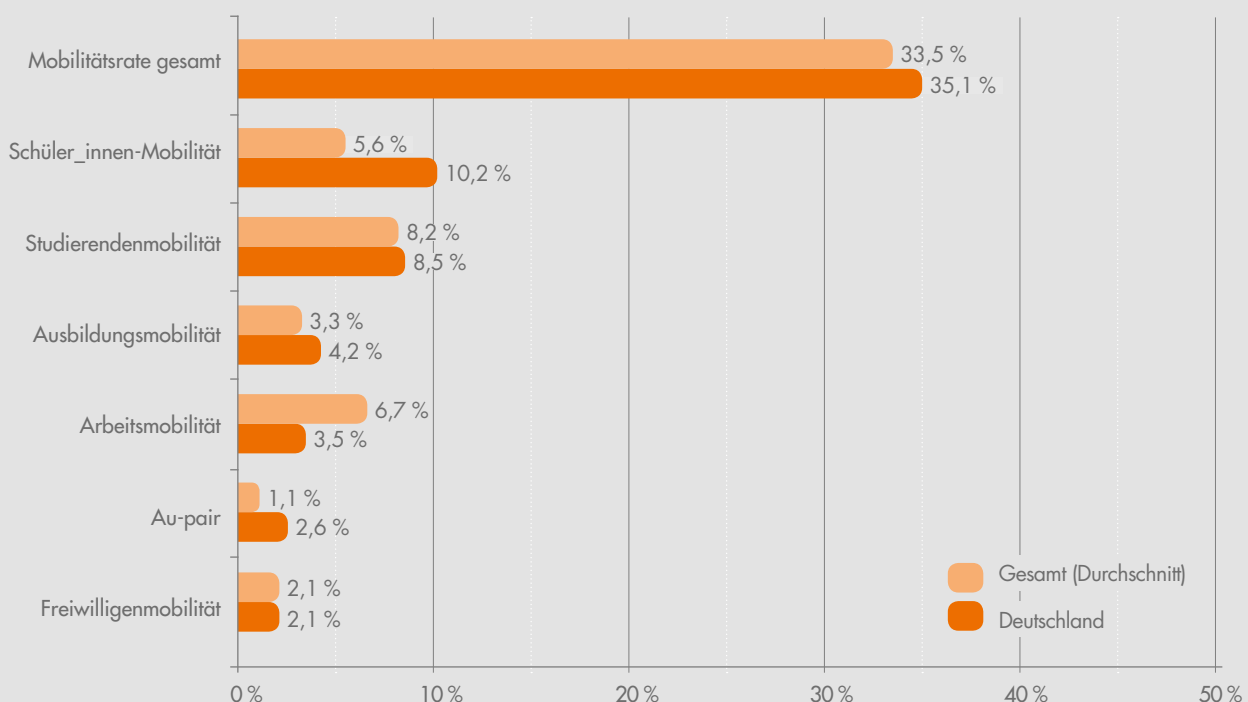
Welche Mobilitätsfelder sind in welchem Ausmaß vertreten?

Die Daten zeigen, dass in Abhängigkeit vom jeweiligen Mobilitätsfeld teils erhebliche Ungleichheit hinsichtlich der Verbreitung von Auslandserfahrungen innerhalb Europas bestehen. Die Unterschiede zwischen den Ländern werden insbesondere in den Bereichen Schüler_innen-Mobilität, Au-pair und Ausbil-

dungsmobilität deutlich². Die folgende Abbildung veranschaulicht die Differenzen zwischen den ermittelten Anteilswerten der beteiligten Länder insgesamt und denjenigen für Deutschland (Abb. 1).

In Deutschland zeigen gute Förderstrukturen ihre positive Wirkung – etwa das Programm „Berufsbildung ohne Grenzen“³ zur Förderung von Ausbildungsmobilitäten in Deutschland. Aufgrund der entspannten Situation am Arbeitsmarkt liegt die Arbeitsmobilität der deutschen Jugendlichen deutlich unter dem Durchschnitt. Vergleicht man die Mobilitätsfelder untereinander so zeigt sich, dass die Schüler_innen-Mobilität in Deutschland am weitesten verbreitet ist, gefolgt von Studierendenmobilität und Ausbildungsmobilität. Somit werden in Deutschland vor allem institutionell abgesicherte Mobilitätsfelder genutzt. An dieser Stelle offenbart sich jedoch eine klar bildungsbezogene Selektivität: Mehr als doppelt so viel Abiturient_innen in Deutschland haben verglichen mit Schüler_innen niedrigerer Bildungsgänge Auslandserfahrungen während der Schulzeit gesammelt – in anderen Ländern ist diese Selektivität weniger stark ausgeprägt. Dies mag darauf zurückzuführen sein, dass an Gymnasien, auch zur Steigerung des schulischen Renommées, häufiger internationale Schulpartnerschaften gepflegt werden als an Schulen mit niedrigeren Bildungsgängen (Böth 2001, S. 10).

Auslandserfahrungen nach Mobilitätsfeldern (Mehrfachantworten möglich)



Welche Jugendlichen gehen ins Ausland?

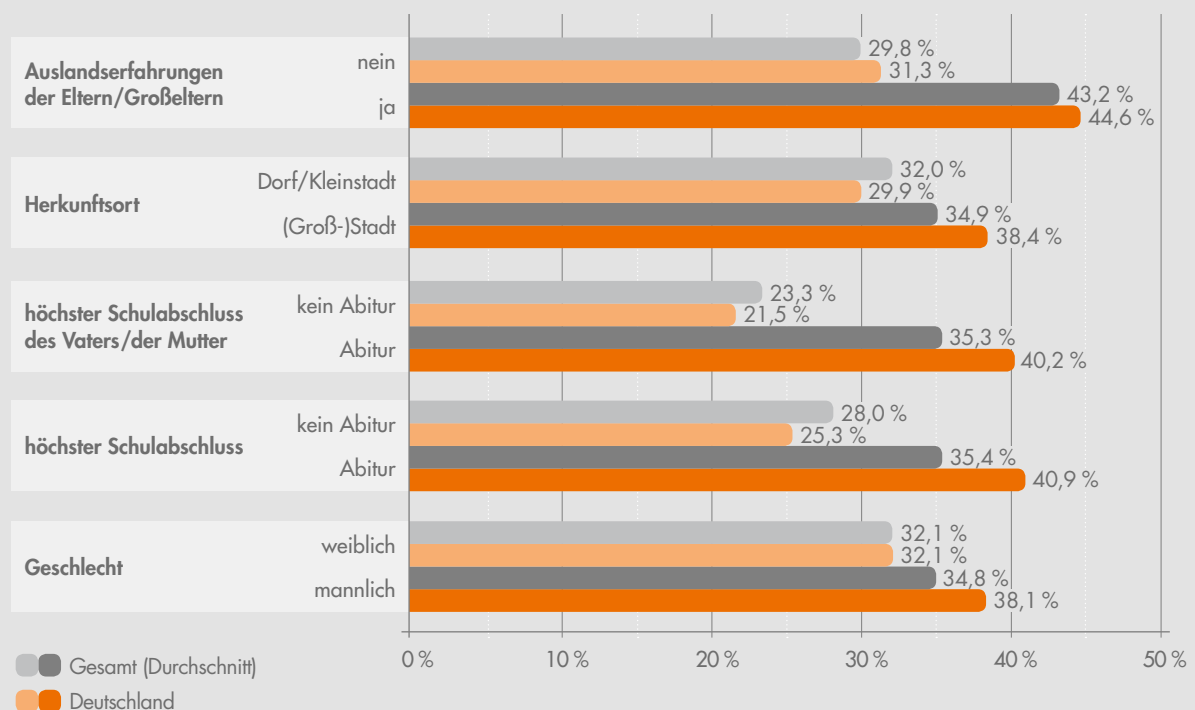
Die Selektivität von Austausch Erfahrungen in Abhängigkeit vom Bildungsgang leitet zur Analyse weiterer soziodemografischer Merkmale für die Partizipation an grenzüberschreitender Mobilität über (Abb. 2).

Die Ergebnisse zeigen, dass die Chance auf eine grenzüberschreitende Mobilitätserfahrung stark von soziodemografischen Hintergrundvariablen der Jugendlichen abhängig ist. Eine herausragende Rolle spielen dafür bereits die Auslandserfahrungen der Eltern sowie deren Bildungshintergrund. Auch die vielfach eng damit in Beziehung stehenden eigenen Bildungsvoraussetzungen zeichnen sich im beobachtbaren Mobilitätsverhalten ab. Zudem können junge Männer häufiger als junge Frauen Auslandsaufenthalte aufweisen – ein Geschlechtereffekt, der in Deutschland sogar noch ausgeprägter ist. Darüber hinaus zeigt sich, dass die Größe des Herkunftsortes ebenfalls eine Rolle spielt, wobei Jugendliche aus ländlichen Regionen benachteiligt sind. Betrachtet man die Ergebnisse übergreifend, wird deutlich, dass die Herkunftseffekte bezüglich der Chance auf eine Auslandserfahrung in Deutschland erkennbar stärker ausgeprägt sind als im Durchschnitt (ausgenommen Auslandserfahrungen der Eltern/Großeltern).

Abbau von Barrieren grenzüberschreitender Mobilität erforderlich

Vor dem Hintergrund der dargestellten Befunde schließen sich unmittelbare Handlungsanforderungen zum Abbau bestehender Mobilitätsbarrieren an. Zuvorderst sind die finanziellen Rahmenbedingungen für eine Ermöglichung von Auslandserfahrungen im Rahmen der jeweiligen Mobilitätsformate – unabhängig von der sozialen Herkunft – zu schaffen, bspw. in Form von Bildungsgutscheinen für Mobilitätsepisoden. Ferner bedarf es geeigneter Informationsmöglichkeiten, um gerade in bildungsfernen Schichten ebenso wie bei jungen Menschen aus ländlichen Räumen vorhandene Mobilitätsoptionen publik zu machen und als Bestandteil des bildungsbiografischen Entscheidungsraums vor Augen zu führen. So sollte die schulische Berufsorientierung eine Mobilitätsberatung selbstverständlich mit einschließen. Auch die Jugendhilfe ist hier mit einem Ausbau grenzüberschreitender Formate der Jugendarbeit gefragt. Nicht zuletzt sind oft auch Sprachbarrieren für fehlendes Zutrauen und damit für ausbleibende Auslandserfahrungen ausschlaggebend (Reißig & Hemming, 2018), so dass es hier sowohl eines Ausbaus an fremdsprachlichen Vorbereitungsmaßnahmen im Zuge von Mobilitätsange-

Auslandserfahrungen nach soziodemografischen Hintergrundvariablen (jeweiliger Anteil der mobilen Jugendlichen an der Gesamtstichprobe)



boten als auch einer Stärkung des Fremdsprachenunterrichts in unteren und mittleren allgemeinbildenden Schulcurricula bedarf. Gerade der Jugendhilfe fällt beim Abbau von Benachteiligungsbarrieren im Hinblick auf transnationale Mobilität – in Partnerschaft mit anderen Schlüsselakteuren, wie Schule und Zivilgesellschaft – ein hohes Potenzial zu, um die heute deutlich sichtbaren Erscheinungen eines hier beschriebenen Mobility Divide⁴ zu überwinden. Letzterer weist dabei auf den heute bestehenden ungleichen Zugang zu Auslandsmobilität und den daraus erwachsenden persönlichen Nutzen für Jugendliche mit unterschiedlicher sozialer Herkunft hin. //

Die Autor_innen:

Dr. Karen Hemming forscht gemeinsam mit ihren Kolleg_innen Prof. Dr. Birgit Reißig, Tabea Schlimbach und Frank Tillmann am Deutschen Jugendinstitut e. V. in Halle (Saale) am Forschungsschwerpunkt Übergänge im Jugendalter. Kontakt: hemming@dji.de

Anmerkungen:

- ¹ MOVE wurde im Rahmen des Programms „Horizon 2020“ unter der Fördernummer Nr. 649263 von der Europäischen Union gefördert. (www.move-project.eu)
- ² Die Werte stehen jeweils für den Anteil an der Gesamtbevölkerung in dem Altersbereich und sind nicht bezogen auf spezifische Bildungsgruppen – z. B. haben 8,5 % der Deutschen im Alter von 18 bis 27 Jahren einen Auslandsaufenthalt im Rahmen ihres Studiums absolviert.
- ³ <https://www.berufsbildung-ohne-grenzen.de>
- ⁴ Der Terminus wird hier in Anlehnung an den Begriff des Digital Divide (digitale Spaltung), d. h. dem stark schichtspezifischen Zugang sowie Nutzungsverhalten im Zusammenhang mit digitalen Medien, vorgeschlagen (vgl. Zillien & Haufs-Brusberg, 2014).

Literatur:

Böth, Gunhild: Schulpartnerschaften – der Beitrag der Schulpartnerschaften zum interkulturellen Lernen. Münster 2001.
Bourdieu, Pierre: Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt am Main 1982.
Brandtner, Hans und Wisser, Ulrike: Europäische Mobilitätsangebote für sozial benachteiligte junge Menschen – special Bd. 9. Bonn 2016. Zugriff unter: <https://www.jugendpolitikineuropa.de/downloads/4-20-3822/reader-special9-public.pdf>.
von Bülow, Isolda (Hg.): Nachwuchsförderung in der Wissenschaft. Best-Practice-Modelle zum Promotionsgeschehen – Strategien, Konzepte, Strukturen. Berlin/Heidelberg 2013.
Ehrenreich, Susanne; Woodmann, Gill und Perrefort, Marion: Auslandsaufenthalte in Schule und Studium. Münster 2008.
Gerhards, Jürgen; Hans, Silke und Carlson, Sören: Klassenlage

und transnationales Humankapital. Wie Eltern der mittleren und oberen Klassen ihre Kinder auf die Globalisierung vorbereiten. Wiesbaden 2016.

Hemming, Karen; Schlimbach, Tabea; Tillmann, Frank; Nienaber, Birte; Roman, Monica und Skrobanek, Jan: Structural framework conditions and individual motivations for youth-mobility: A micro-macro-level approach for different European country-types. In: Migration Letters. London 2019 (im Erscheinen).

Kolasa, Magdalena: Trade Secrets and Employee Mobility. Volume 44: In Search of an Equilibrium. Cambridge 2018.

Reißig, Birgit und Hemming, Karen: Jugendmobilität in Deutschland. In: Lange, Joachim (Hg.): Jugendmobilität als europäische Strategie. Wer und was bewegt Jugendliche? Loccumer Protokolle, Nr. 66/2017. Loccum 2018, S. 25–28.

Wolff, Fabian: Interkulturelle Kompetenz durch Auslandsaufenthalte. Längsschnittanalyse der Wirkung dreimonatiger Auslands-erfahrungen. Wiesbaden 2017.

Wuttig, Siegbert: Mobilität ohne Ende oder das Ende der Mobilität? Studierendenmobilität im Zeichen von Bologna. In: Himpele, Klemens; Keller, Andreas und Staack, Sonja (Hg.): Endstation Bologna? Zehn Jahre europäischer Hochschulraum. Bielefeld 2010, S. 87–92.

Zillien, Nicole; Haufs-Brusberg, Maren: Wissenskluft und Digital Divide. Baden-Baden 2014.

MOVE

Mapping mobility. Formen, Institutionen und strukturelle Effekte von Mobilität junger Menschen in Europa

Das Forschungsprojekt MOVE wurde im Rahmen des EU-Programms Horizon 2020 (Förderkennzeichen Nr. 649263) im Call „The young generation in an innovative, inclusive and sustainable Europe“ gefördert. Dem Konsortium von MOVE gehören, neben dem Deutschen Jugendinstitut e. V. in Halle (Saale) und dem Institut für Sozial- und Organisationspädagogik der Universität Hildesheim, Wissenschaftler_innen und Organisationen aus Luxemburg, Norwegen, Rumänien, Spanien und Ungarn an. Das dreijährige Forschungsprojekt (2015–2018) geht mittels drei empirischer Zugänge (Sekundäranalyse von europäischen Makrodaten, Onlinebefragung von Jugendlichen, qualitative Interviews mit Jugendlichen und Expert_innen) den Fragen nach, welche Ursachen und Effekte Mobilität auf Länderebene hat, wie Mobilität zur persönlichen Entwicklung beitragen kann und welche Faktoren eine solche „gute“ Mobilität fördern oder hindern können.

Weitere Projektinformationen, Policy Briefs und Publikationen finden sich hier: www.move-project.eu, www.dji.de/MOVE
<https://www.uni-hildesheim.de/en/fb1/institute/institut-fuer-sozial-und-organisationspaedagogik/forschung/laufende-projekte/move-mapping-mobility-pathways-institutions-and-structural-effects-of-youth-mobility-in-europe/>



Mobilität als berufliche Integrationschance?

Ausbildungsmobilität in Deutschland

Am Beispiel der Auszubildendenmobilität will dieser Beitrag Zugänge und Barrieren für Jugendmobilität untersuchen – dabei wird insbesondere die Situation von bildungsbenachteiligten jungen Menschen am Übergang in den Beruf berücksichtigt.

Tabea Schlimbach, Dr. Karen Hemming, Prof. Dr. Birgit Reißig

Junge Menschen brauchen heute länger als noch vor drei oder vier Jahrzehnten für den Weg von der Schule in den Beruf (Münchmeier (2018), S. 20). Zwischenschritte, Auszeiten und Phasen der (Um-)Orientierung können angesichts der immer unübersichtlicheren Vielfalt an Möglichkeiten als Ausdruck neuer Normalität gelten.

Diese verschiedenen Phasen werden oftmals dafür genutzt, die eigenen Bildungsvoraussetzungen zu verbessern. Das gilt insbesondere für Absolvent_innen unterer Bildungsgänge (Böwing-Schmalenbrock & Lex (2015)). Sie sind von den Folgen des Strukturwandels auf dem Arbeitsmarkt (z. B. Rückgang der Nachfrage nach einfacheren Tätigkeiten) besonders betroffen, profitieren gleichzeitig aber kaum von der durch den demografischen Wandel verbesserten Angebots-Nachfrage-Relation auf

dem Ausbildungsmarkt. Rund 292.000 junge Menschen münden beispielsweise weiterhin in den „Übergangssektor“ (Autor_innen-gruppe Bildungsberichterstattung (2018), S. 128).

In diesem Kontext wird grenzüberschreitende Jugendmobilität als Instrument zur Erhöhung beruflicher Integrationschancen und zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit diskutiert (European Union (2008); Robertson, Harris, & Baldassar (2017)). Junge Menschen gehen beispielsweise im Rahmen ihrer schulischen oder beruflichen Bildung ins Ausland, um ehrenamtlich tätig zu werden, um zu arbeiten oder einfach nur aus kultureller Neugier. Dabei sammeln sie wertvolle Erfahrungen. Allerdings machen nur wenige Jugendliche von dieser Möglichkeit Gebrauch. Bei Jugendlichen mit niedrigem Bildungshintergrund ist die Mobilitätsbeteiligung besonders gering (Brandtner, Pingel, & Wissner

„Der Anteil mobiler Auszubildender liegt bei 5,3 %.“

(2017)). Demgegenüber steht, dass junge Menschen milieunabhängig Interesse zeigen, mobil zu werden (Thimmel (2018)) und dass bei bildungsbenachteiligten Jugendlichen hohe Kompetenzzuwächse durch Auslandserfahrungen verzeichnet werden können (Becker, Goldkamp, & Kroos (2012)).

Hintergrund, Daten und Methoden

Die Datengrundlage für den vorliegenden Artikel bilden qualitative Interviews mit deutschen Jugendlichen, die im Rahmen ihrer Ausbildung einen Auslandsaufenthalt absolviert haben, sowie Interviews mit Mobilitätsexpert_innen. Die Interviews waren Teil des europäischen Forschungsprojekts MOVE. Im Projekt hat ein europäisches Forschungsteam mit unterschiedlichen empirischen Zugängen untersucht, wie Mobilität zur persönlichen und sozioökonomischen Entwicklung beitragen kann und welche Faktoren eine solche „gute“ Mobilität fördern oder hindern. Die qualitative Interviewstudie berücksichtigte sechs Mobilitätsfelder (Mobilität während der Schule, des Studiums, der Ausbildung sowie zu Zwecken der Arbeit, der Selbstständigkeit und des Ehrenamts). Das Deutsche Jugendinstitut hat sich hier schwerpunktmäßig dem Feld der Ausbildungsmobilität gewidmet.

Mobilität für den Berufseinstieg – Initiativen auf europäischer und Bundesebene

Das geschilderte Missverhältnis zwischen potenziellem Nutzen von und Beteiligung an Mobilität von Jugendlichen mit schlechteren Startchancen hat politische Akteure auf nationaler und europäischer Ebene zu zahlreichen Initiativen veranlasst. So hat die Europäische Union mit „Erasmus+ Inclusion and Diversity Strategy in the field of youth“ ihre 2007 gestartete Inklusionsstrategie für Jugendliche „with fewer opportunities“ überarbeitet (European Commission (2014)). Auf Bundesebene werden im Rahmen des Themenfelds „Internationale Jugendarbeit“ der „eigenständigen Jugendpolitik im Innovationsfonds“¹ unter anderem Projekte gefördert, die Auslandserfahrungen mit dem Ziel der beruflichen Bildung verknüpfen. Im Rahmen der „ESF-Integrationsrichtlinie Bund“ wird unter anderem das Programm „Integration durch Austausch“ (IdA) weitergeführt, das benachteiligten Jugendlichen transnationale Mobilitäten zur Erhöhung ihrer Beschäftigungschancen ermöglicht². Von der Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik

Deutschland e. V. (IJAB) wurde 2011 die Initiative „JiVE“ ins Leben gerufen (siehe Artikel in der Rubrik „Praxis konkret“, Seite 42), die sich dafür engagiert, „Angebote der Internationalen Jugendarbeit allen Jugendlichen zugänglich zu machen, also auch denen, die bislang nicht davon profitieren können“³. Ein Ziel ist dabei, internationale Mobilität fest in berufsbildende und arbeitsmarktpolitische Fördermaßnahmen zu integrieren.

Doch angesichts der nach wie vor niedrigen Mobilitätszahlen im Berufsbildungsbereich und speziell bei Jugendlichen mit Schwierigkeiten an der Schwelle zum Arbeitsleben scheint die Reichweite dieser Initiativen begrenzt zu sein.

Mobil werden in der Ausbildung

Ausbildungsmobilität ist in Europa immer noch ein ungewöhnliches Phänomen und unter Auszubildenden und Betrieben wenig bekannt. Deutschland hat dabei angesichts der langen Tradition eines erfolgreichen und international anerkannten Ausbildungssystems vergleichsweise gute Ausgangsbedingungen. Hier liegt der Anteil mobiler Auszubildender bei 5,3 % (NABIBB (Nationale Agentur „Bildung für Europa“ beim Bundesinstitut für Berufsbildung) (2017)) im Vergleich zu 3,1 % auf europäischer Ebene (European Commission (2017), S. 7). Ziel ist es, diesen Anteil bis zum Jahr 2020 auf 10 % zu erhöhen. Damit geht Deutschland deutlich über die entsprechende europäische Marke von 6 % (Council of the European Union (2011), S. 8) hinaus.

Mobile Auszubildende nutzen überwiegend das Programm Erasmus+, das von der NABIBB koordiniert und von einem europaweit einzigartigen bundesweiten Netz an Mobilitätsberater_innen⁴ unterstützt wird. Diese Mobilitätsberater_innen sind meist bei den Kammern angesiedelt. Sie informieren über das Programm und übernehmen einen Großteil der administrativen und organisatorischen Aufgaben rund um die Auslandsaufenthalte. Dabei haben sich kurze (meist dreiwöchige) Gruppenmobilitäten als zeit- und kostensparendes, an die engen curricularen Strukturen des Ausbildungssystems angepasstes Format etabliert. Individuelle, selbst organisierte Mobilitäten im Rahmen von Erasmus+ sind eher die Ausnahme, ebenso wie die Nutzung anderer Programme (wie z. B. IdA oder bilaterale Programme). Allerdings gibt es einen signifikanten Anteil an „verdeckter Mobilität“, beispielsweise in Form von unternehmensinternen Mobilitätsprogrammen (Friedrich & Körbel 2011)). Die interviewten Jugendlichen haben überwiegend an Gruppenmobilitäten teilgenommen. Sie schätzen diese niedrigschwellige Form von Mobilität, teilweise werden aber auch limitierte Möglichkeiten der Selbsterprobung und interkultu-

rellen Begegnung genannt. Dem gegenüber beklagen diejenigen Interviewpartner_innen, die individuelle, selbstorganisierte Mobilitäten durchgeführt haben, einen hohen administrativen Aufwand und zahlreiche Bewältigungssituationen im fremden Land. Gleichzeitig berichten sie von intensiveren Lernerfahrungen und Begegnungen.

Zugänge und Barrieren in der Ausbildungsmobilität ergeben sich zunächst aus den Charakteristika des deutschen Ausbildungssystems als Mobilitätssetting und den etablierten Unterstützungsstrukturen. Die von uns befragten Jugendlichen wurden überwiegend durch Mobilitätsberater_innen auf die Möglichkeit eines Auslandsaufenthalts während der Ausbildung aufmerksam gemacht. Viele von ihnen wurden wegen ihrer guten Leistungen in Berufsschule und Betrieb ausgewählt. Diese leistungsbezogene Akquise benachteiligt Jugendliche, die weniger erfolgreich sind. Der Zugang zu Mobilität über Berufsberater_innen verweist zudem auf ein weiteres Ausgrenzungsproblem: Chancen auf Auslandsaufenthalte sind oft an einen bestimmten Bildungsstatus und eine damit zusammenhängende institutionelle Integration gebunden. Jungen Menschen außerhalb von Bildung und Arbeit fehlen die entsprechenden Zugänge und Kontakte. Zudem ist das Berater_innen-Netzwerk nicht nachhaltig finanziert und regional nicht ausgewogen verankert. Nicht zuletzt sind es die Arbeitgeber_innen und das Berufsschulpersonal, die Auszubildenden den Weg in das Ausland versperren können, weil der Ausfall der Arbeitskraft nicht kompensiert werden kann (insbesondere in kleinen und mittelständigen Unternehmen) oder weil befürchtet wird, dass wichtige Ausbildungsinhalte versäumt werden.

„Es ist unerlässlich, Zugangsbarrieren der Mobilitätsprogramme zu bearbeiten.“

Neben den Rahmenstrukturen sind es vor allem auch persönliche und/oder individuelle Gründe, die Mobilitätsentscheidungen prägen. Dazu zählen Verbindlichkeiten zu Hause, die Bindung an Freunde und Familie, die Angst, in der Fremde nicht zu bestehen, aber auch die Überforderung angesichts des anforderungsreichen Antragsprozederes, insbesondere bei individuell organisierten Mobilitäten. Ein häufig diskutierter Grund sind Sprachbarrieren, die insbesondere Jugendliche mit niedrigem Bildungsstatus am Schritt in das Ausland hindern, aber von mobilen Jugendlichen rückblickend als überwindbar beurteilt werden (Schlimbach & Hemming (2018); Thimmel (2018)).

Angesichts des von Expert_innen geschilderten hohen Unterstützungsbedarfs insbesondere benachteiligter Jugendlicher haben die skizzierten strukturellen Rahmenbedingungen und Implementierungsformen von Auszubildendenmobilität aber auch Vorteile: Kurzzeitformate und der Gruppencharakter kommen dem Bedürfnis nach sozialer Sicherheit entgegen, die persönliche Ansprache und engmaschige Begleitung baut Bedenken und administrative Barrieren ab. Nicht zuletzt können dank der kosteneffizienten Planung durch Mobilitätsberater_innen und andere engagierte Fachkräfte die mit der Mobilität verbundenen Kosten durch die Fördersumme meist abgedeckt werden, was damit – zumindest theoretisch – auch sozioökonomisch schlechter gestellten Jugendlichen die Teilnahme ermöglicht.

Was bleibt zu tun?

Die dargestellten Befunde werfen viele Fragen zur Gestaltung von Förderprogrammen und Unterstützungsstrukturen rund um Mobilität im Berufsbildungskontext auf. Versteht man Jugendmobilität als Instrument zur Chancenförderung, ist es zunächst unerlässlich, Zugangsbarrieren (z. B. performancebasierte, bildungsstatusabhängige Teilnehmer_innen-Auswahl) zu bearbeiten. Diverse Zielgruppen und individuelle Förderbedarfe erfordern ein Nebeneinander unterschiedlicher Mobilitätsformate. Engmaschig betreute Kurzzeit- und Gruppenmobilitäten sind für viele Jugendliche die Voraussetzung für die Teilnahme an Mobilitätsprogrammen. Für Jugendliche, denen der Einstieg in die Arbeit schwerfällt, entfalten solche Mobilitätsprogramme eine neue Integrationskraft. Das gilt auch für Programme wie IdA, die spezifisch für diese Zielgruppe geschaffen wurden. Gleichzeitig ist es wichtig, individuelle Mobilitäten zu stärken, Räume für längerfristige Mobilitäten auch im engen Ausbildungskontext zu schaffen und Fördermöglichkeiten zu bieten, die stärker an den persönlichen Lebensbedingungen, Ressourcen und Mobilitätsplänen der jungen Menschen ausgerichtet sind.

Bildungsinstitutionsunabhängige, nachhaltige Anlaufstellen wären nötig, um Zugangschancen für alle jungen Menschen zu Mobilität für Berufsbildungszwecke zu verbessern und dieses Mobilitätsfeld stärker in das öffentliche Bewusstsein zu rücken.

Wichtig ist es nicht zuletzt, der Wahrnehmung von Jugendmobilität als Eliteprivileg für Jugendliche mit höheren Bildungsabschlüssen zu begegnen und gleichzeitig fehlende Mobilitätserfahrungen nicht zum Benachteiligungskriterium werden zu lassen. //

Die Autor_innen:

Tabea Schlimbach forscht gemeinsam mit ihren Kolleg_innen Dr. Karen Hemming und Prof. Dr. Birgit Reißig am Deutschen Jugendinstitut e. V. in Halle (Saale) am Forschungsschwerpunkt Übergänge im Jugendalter. Kontakt: schlimbach@dji.de

Anmerkungen:

- ¹ <https://www.jugendgerecht.de/innovationsfonds/>
- ² <https://www.esf.de/portal/DE/Foerderperiode-2014-2020/ESF-Programme/bmas/2014-10-21-ESF-Integrationsrichtlinie-Bund.html>
- ³ <https://www.ijab.de/jive/>
- ⁴ <https://www.berufsbildung-ohne-grenzen.de/netzwerk/unser-netzwerk/>

Literatur:

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2018): Bildung in Deutschland 2018: Ein indikatorgestützter Bericht mit einer Analyse zu Wirkungen und Erträgen von Bildung. <https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/13676261.2017.1362101>

Becker, Carsten; Goldkamp, Sina; Kroos, Daniela: Grenzüberschreitende Mobilität bei sozial benachteiligten Jugendlichen in der Berufsausbildung: Kompetenzerwerb und besonderer Nutzen der Auslandserfahrung. Endbericht. Berlin 2012. Zugriff unter: http://www.jugendsozialarbeit.de/media/raw/Grenzueberschreitende_Mobilitaet_bei_sozial_benachteiligten_.pdf

Böwing-Schmalenbrock, Melanie; Lex, T. (2015). Geht heute wirklich alles schneller? Übergänge von der Schule in Ausbildung und Studium im Kohortenvergleich. In: Walper, Sabine; Bien, W.; Rauschenbach, T. (Hrsg.): Aufwachsen in Deutschland heute. Erste Befunde aus dem DJI-Survey AID:A 2015, Deutsches Jugendinstitut, S. 51–54.

Brandtner, Hans; Pingel, Andrea; Wisser, Ulrike: Europäische Mobilität am Übergang: Qualitätsmerkmale von Informations- und Beratungsangeboten für die Jugendsozialarbeit. Bonn 2017. Zugriff unter: https://www.jugendpolitikineuropa.de/downloads/4-20-3932/JfE_Orientierungshilfe_1_Web.pdf

European Commission: Erasmus+ Inclusion and diversity strategy in the field of youth. Brüssel 2014. Zugriff unter: http://ec.europa.eu/assets/eac/youth/library/reports/inclusion-diversity-strategy_en.pdf

European Commission: Progress report on a Learning Mobility Benchmark (No. COM(2017) 148 final). Brüssel 2017.

European Union: Conclusions of the Council and of the Representatives of the Governments of the Member States, meeting within the Council of 21 November 2008 on youth mobility (No. 2008/C 320/03). Brüssel 2008. Zugriff unter: https://pjp-eu.coe.int/documents/1017981/1663188/Council-Conclusions-on-youth-mobility_2008.pdf/4ef23593-8c19-49d2-abef-a89213b9b051

Friedrich, Werner; Körbel, Markus: Verdeckte Mobilität in der beruflichen Bildung: Ermittlung von Auslandsaufenthalten in der Erstausbildung außerhalb des EU-Programms für lebenslanges Lernen und der bilateralen Austauschprogramme des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Bonn 2011. Zugriff unter: https://www.na-bibb.de/fileadmin/user_upload/na-bibb.de/Dokumente/06_Metanavigation/02_Service/Publikationen_Warenkorb/Studien_impuls/impuls_43_verdeckte_mobilitaet-web.pdf

Münchmeier, Richard (2008): Jugend im Spiegel der Jugendforschung. In: Bingel, Gabriele; Nordmann, Anja; Münchmeier, Richard (Hrsg.): Die Gesellschaft und ihre Jugend. Strukturbedingungen jugendlicher Lebenslagen. Opladen, S. 13–26

NABIBB: Jahresbericht 2017. Bonn 2017.

Robertson, Shanthi; Harris, Anita; Baldassar, Loretta: Mobile transitions: A conceptual framework for researching a generation on the move. In: Journal of Youth Studies, 21(2), London 2017, 203–217. Zugriff unter: <https://doi.org/10.1080/13676261.2017.1362101>

Schlimbach, Tabea; Hemming, Karen: Was fördert, was hindert Jugendmobilität? Chancen und Risiken deutscher Mobilitätspraktiken. In: Lange, Joachim (Hg.): Loccumer Protokolle: 66/2017. Jugendmobilität als europäische Strategie – Wer und was bewegt Jugendliche? Rehburg-Loccum 2018, S. 35–42.

Thimmel, Andreas: Zusammenfassung der Ergebnisse der Zugangsstudie & Schlussfolgerungen, Kurzfassung: Öffentliches Manuskript der Abschlusskonferenz „Ergebnisse der Zugangsstudie“. Köln-Bensberg 2018. Zugriff unter: http://zugangsstudie.de/wp-content/uploads/2018/07/180702-Zusammenfassung-der-Ergebnisse-der-Zugangsstudie_final2.pdf

MOVE

Mapping mobility. Formen, Institutionen und strukturelle Effekte von Mobilität junger Menschen in Europa

→ Siehe Infos auf Seite 8



Es ist seit langem im Gespräch: Ein kostenloses Europa-Bahnticket für alle junge Menschen in Europa. Diese Idee zeigt, dass Jugendmobilität weiterhin ein Kern der europäischen Sozialpolitik und ein Symbol für den europäischen Vereinigungsprozess ist.

Agnetha Bartels, Theresa Brust, Prof. Dr. Wolfgang Schröer

Der Austausch und die freie Begegnung von jungen Menschen aus unterschiedlichen Ländern sollte schon früh nach dem 2. Weltkrieg und auch in den Folgejahren ein Zeichen dafür setzen, dass nationale Grenzen überwunden und die Zukunft in der gemeinsamen Begegnung und einem europäischen Miteinander zu sehen ist. Zugleich war und ist die Mobilität junger Menschen in der EU immer auch ein Bildungsprogramm. Mobilität soll(te) jungen Menschen die Möglichkeit bieten, aus ihren lokalen Herkunftsmilieus herauszutreten, um durch die jeweiligen Programme (wie beispielsweise internationale Freiwilligendienst- oder Studierendenprogramme) ihre ökonomischen und zivilgesellschaftlichen Handlungsspielräume im persönlichen

Leben zu erweitern (vgl. Schröer 2018, S. 13). Inwieweit diese Ziele aber erreicht und jenseits von Programmlogiken nicht eher soziale Benachteiligungen von jungen Menschen verdeckt werden, soll im Folgenden auf Grundlage von einigen beispielhaften Daten des europäischen Forschungsprojektes MOVE diskutiert werden.

Mit dem Titel dieses Beitrags „Mobil sein heißt, Assessment bestehen“ soll darauf hingewiesen werden, dass organisationale, bürokratische und institutionelle Bedingungen (oder Hürden) in Mobilitätsprogrammen eine „Gatekeeper-Funktion“ erfüllen, die mit dazu beiträgt, dass einige Programme sozial selektiv erscheinen und insbesondere junge Menschen mit hö-

heren Bildungsabschlüssen und sozialen Hintergrundsicherheiten privilegieren. Solche von den Organisationen festgelegte unterschiedliche Arten von Bedingungen haben insofern eine „Torwächter-Funktion“, als dass diese darüber bestimmen, wer mobil werden kann und wer nicht. Die Berechtigung für ein solches Handeln liegt in den Ressourcen und Positionen der Organisationen selbst (vgl. Lewin, 1947). Anhand der Gatekeeper-Funktion der Organisationen wird das asymmetrische Verhältnis zwischen den mobilitätermöglichenden und mobilitätseinsfordernden Akteur_innen besonders deutlich.

Die organisationale Mitgliedschaft als Mobilitätsticket

Vorweg gilt es festzuhalten, dass viele junge Menschen in Europa mobil sind und über Mobilitätserfahrungen verfügen – ganz ohne Assessment –, viele aufgrund politischer und ökonomischer Zwangslagen, andere „selbstorganisiert“, mitunter „frei“. Es wäre eine ganz eigene Untersuchung und Thematisierung wert, warum die Programme zur Jugendmobilität nicht an die Mobilitätserfahrungen der jungen Menschen anknüpfen, die diese z. B. durch Migration und Flucht oder auch durch familialen Wohnortwechsel erleben. Die Welt der EU-Programme zur Jugendmobilität scheint eine eigene zu sein, die getrennt von den Mobilitäten und ihren sozial mitunter „brutalen“ Erscheinungsformen verläuft, die die Gesellschaften in Europa prägen. Die EU-Programme zur Jugendmobilität sind insgesamt noch nicht im Zeitalter der Mobilitätsgesellschaften angekommen – doch dies ist eine andere Frage.

Die Gruppe junger Menschen, von denen im Kontext der Datenerhebung von MOVE die Rede ist, sind die Adressat_innen von Mobilitätsprogrammen, wie zum Beispiel Freiwilligendienste, die sich in diesen um eine Mitgliedschaft bewerben, um darüber „mobil“ zu werden. Mobilität wird in diesem Kontext in Anführungszeichen gesetzt, da hier, wie auch im weiteren Verlauf dieses Artikels durch Interviewpassagen und das Vorstellen von Ergebnissen der MOVE-Studie deutlich wird, eine Gruppe junger Menschen in den Vordergrund gerückt wird, die – so das Bild – nicht an oben genannte Mobilitätserfahrungen anknüpfen können, sondern die vermeintlich „frei“ und „selbstorganisiert“ mobil werden sollen, um (erste) Auslandserfahrungen zu sammeln. Mobilitätsprogramme sind durchaus begehrt, da sie finanziell gefördert sind und zudem in den unterschiedlichen Ländern Zugang zu Bildungsorganisationen, berufliche Ausbildung oder Arbeit versprechen. Häufig wird auch die Möglichkeit zu sozialen Begegnungen organisiert. Gleichzeitig sind Auswahlverfahren dieser Mobilitätsprogramme zu bestehen. Die Mitgliedschaft unterliegt

somit einem Assessment, das zwar jeweils unterschiedlich organisiert wird, aber ein zentrales Instrument der Zugangssteuerung darstellt. So äußert sich ein junger Erwachsener in einem Interviewausschnitt¹ folgendermaßen:

Interviewer_in: Und du hattest erzählt, dass er eigentlich ohne Organisation wegwollte.

Freiwillige_r: Genau.

Interviewer_in: und dann aber musste

(Freiwillige_r: Ja)

Interviewer_in: mit einer musste. Und warum?

(Freiwillige_r: Ja.)

Interviewer_in: Wie kam das?

Freiwillige_r: Das ist, äh (.), ich (.), ich war (.), also die (.), die Details weiß ich nicht genau. Aber halt (.), es geht halt darum (.), um (.), um die Versicherung und um Gelder und solche Sachen. Also es waren (.) Sachen, die einfach organisatorisch dann viel (.), viel komplizierter geworden wären,

(Interviewer_in: Mhm.)

Freiwillige_r: wenn man das, äh (.), da nicht über eine Orga (.), über einen Tr (.), ohne einen Träger gemacht hätte.

Zitatquelle: vwDEy03

Dieses Zitat macht deutlich, dass es für junge Menschen komplizierter, aufwendiger, anstrengender und (vermutlich) auch insgesamt zu teuer ist, ohne eine Organisation ins Ausland zu gehen. Pointiert formuliert heißt das: Junge Menschen haben Privilegien, wenn sie über eine Organisation (ohne ein gültiges Ticket) ins Ausland gehen. Dies erscheint auch nicht weiter bemerkenswert, wenn diese Privilegien allen jungen Menschen gleichermaßen zugänglich wären und gerade auch die jungen Menschen, die nicht über die entsprechenden sozialen und finanziellen Ressourcen verfügen, über die EU-Programme diese auch erhalten würden.

„Ohne Organisation ins Ausland zu gehen, ist komplizierter, aufwendiger und anstrengender.“

Doch unsere Analysen aus dem Forschungsprojekt MOVE zeigen, dass der Zugang und die Mitgliedschaft in einem Mobilitätsprogramm erarbeitet, erlangt und erworben werden muss und mit spezifischen Verhaltensweisen und Positionen verknüpft wird, über die junge Menschen sehr unterschiedlich verfügen. Es ist letztlich den jungen Menschen selbst überlas-

„Die Nachfrage nach Mobilitätsmöglichkeiten für junge Menschen ist höher als das Angebot.“

sen, diese Passung zu den Programmen herzustellen. Das bedeutet, sie müssen an ihrer Passung arbeiten, damit sie zu einer Organisation passen und sich „passfähig“ machen, damit sie über diese Organisation mobil sein können. Das Arbeiten an dieser Passung wird sehr gut an einem Zitat eines jungen Erwachsenen deutlich, der einen Freiwilligendienst im Ausland machen möchte. Bedingung für diese Art der Mobilität ist ein Vorbereitungsseminar, welches er absolvieren muss, um mobil zu sein:

Freiwillige_r: (...) dann war halt dieses Seminar von der Organisation, die Freiwilligendienste organisiert (.). Und ich hatte GAR keine Lust, hinzugehen. ÜBERHAUPT nicht. Also ich war wirklich so komplett: (.) Ei (.) das (.) Ich hab jetzt noch SO wenig Zeit, die will ich mit meinen FREUNDEN verbringen und nicht mit irgendwelchen FREMDEN, die ich nicht kenne,

(Interviewer_in: Hm.)

Freiwillige_r: die ich (.) so. Und, (.) ähm (.) Und dann hab ich auch schon so gedacht: 'Oh je.' Weil relativ viele sind aus Hamburg gekommen,

(Interviewer_in: Mhm.)

Freiwillige_r: und dann hab ich gedacht, das sind bestimmt alles solche Ökos und so. Ist ja ni (.) ni (.) nichts Schlimmes oder so, aber ich hab jetzt gedacht, so: 'Okay, so (.) so richtig (.) Alternative.' Und dann komm ich da zum Bahnhof und es waren halt wi (.) also wir (.) also richtige (.) Pfadfinder, mehr oder weniger. Und ich hab so gesagt: 'Oh je, (lacht), wie wird das jetzt alles?'

Zitatquelle: vwDEy03

Hier wird durch den Freiwilligen ein klares Bild von der Ablehnung zur (An)Passung an die organisationale Mitgliedschaft gezeichnet. Der Freiwillige hat „GAR“ keine Lust, muss diese organisatorische Rolle aber „spielen“ bzw. aufrechterhalten, um mobil werden zu können: das heißt, er muss auf dieses Vorbereitungsseminar gehen und sich den Bedingungen, spezifischen Verhaltensweisen und Positionen der Organisation (in diesem Fall der Entsendeorganisation) anpassen. Er wird so Mitglied einer Organisation, in dem seine individuellen Handlungsweisen keine Relevanz haben und, überspitzt gesagt, selber zum Öko oder Pfadfinder – also Teil einer Gruppe, von der er sich anfangs noch abzugrenzen versucht.

Diese Passung wird in Assessments im organisationalen Kontext geprüft: das heißt, hier stehen Kriterien und Standards im Fokus, die die Organisation für eine Mobilität vorschreibt. Aufgrund der Tatsache, dass die Nachfrage nach Mobilitätsmöglichkeiten für junge Menschen höher ist als das Angebot, findet in dieser Situation eine soziale Selektion statt. Das folgende Zitat verdeutlicht, dass auch nationale Zuschreibungen diese Passungsarbeit durch die Assessments strukturieren. In dieser Passage berichtet eine junge Frau aus Polen von einer Freundin, die eine Arbeitsstelle in Luxemburg sucht.

Freiwillige_r: And she looked at the CV and said: 'Okay, but she has no experience'. I said 'No, she has experience, look, she (.) she already has two years, okay? She has two (.) two years of experience in Poland', and she said: 'We don't consider that experience here in Luxembourg' and I said, 'why?' Because (...) they don't consider Poland as a country the same, like Belgium, France or Germany (.) because she had the same (...) um situation as another person there who already had some experience in (.) I don't remember, was it Belgium or France, with two years and she considered this experience so this is something different, also.

Zitatquelle: emLUy05²

Die junge Frau erläutert, wie die Arbeitserfahrung unterschiedlichen Wert erhält, je nachdem, wo sie gemacht wurde. Ihre Erfahrungen zeigen, dass es Diskriminierungen in der Passungsarbeit für Mobilität (hier eine Anstellung im Ausland) gibt. Zumindest in diesem Einzelfall wird herausgestellt, dass die Erfahrung, zwei Jahre in Polen gearbeitet zu haben, nicht gleich behandelt wird wie eine zweijährige Erfahrung in Belgien, Frankreich oder Deutschland.

Ob sich diese Erfahrung auch flächendeckend nachzeichnen lässt, kann durch diese Erhebung nicht gesagt werden. Dennoch sind die Hinweise zentral, dass in der Erfahrung der jungen Frau eine Bewertung erfolgt, durch die europäische Versprechen von Gleichbehandlung nicht eingehalten werden. Dieses Versprechen fordern die jungen Menschen aber ein und dies sollten sie auch.

Das Zitat verdeutlicht auch, wie Nicht-Passung und Nicht-Mobilität verarbeitet werden: Aus der Perspektive der jungen Frau ist die Freundin qualifiziert (auch unter Verweis auf andere Personen mit ähnlichem Status) – aus Sicht der Organisation nicht. Es verweist aber auch darauf, dass zu prüfen ist, wie transparent die Kriterien sind und wie sie von wem flexibel ausgelegt werden und welche Kriterien gelten.

Es existieren in der Bildungsforschung, z. B. in Bezug auf Schullaufbahneempfehlungen, vielfältige Befunde, dass in Zweifelfällen soziale Kriterien herangezogen werden, die junge Menschen mit weniger sozialen und finanziellen Ressourcen sowie mit Mobilitätserfahrung benachteiligen. Die qualitativen Analysen unserer Erhebung deuten in eine ähnliche Richtung und wären auf jeden Fall diesbezüglich weiter zu prüfen.

Insgesamt erscheint der Zugang die Passungsarbeit zum Mobilitätsticket in EU-Programmen gegenwärtig als eine Blackbox. Sie ist kaum transparent. Man kann versuchen die Kriterien, Qualifikationen und Sprachkenntnisse zu erfüllen – es kann

aber im Assessment auch andere Kriterien geben, die nicht benannt sind und dennoch relevant werden (vgl. Altissimo/Bartels/Herz 2008, S. 43 f.). Die „Gatekeeper-Funktion“ in den organisationalen Strukturen der EU-Programme sollte auf den Prüfstand gestellt werden. Die Anti-Diskriminierungsrichtlinien könnten hier ein Maßstab sein.

Die Tickets sind begrenzt – Organisationale Bevorzugungsmechanismen

Im Ergebnis des MOVE-Projektes können wir festhalten, dass die Passungsarbeit im Assessment dazu führt, dass in erster Linie junge Menschen mit hohen Bildungsabschlüssen in diesen Programmen mobil sein können. Die Rede ist hier von einer recht homogenen Gruppe, die ihren Auslandsaufenthalt in einen linearen Bildungsverlauf einbetten kann und die keine großen Probleme hat, sich den Erwartungen in den Assessments anzupassen. Junge Menschen mit niedrigen Bildungsabschlüssen und nicht-linearen Bildungsverläufen scheinen sich entweder erst gar nicht zu bewerben oder erfüllen in der Passungsarbeit nicht die Erwartungen.

Diese Beobachtung macht eine Diskussion um Zugänge zur EU-Mobilität für junge Menschen unverzichtbar – z. B. ob nicht viel mehr gruppenbezogene Programme aufgelegt werden sollen. Die EU-Programme brauchen zudem stärker Anregungen und Anschlüsse an eine aufsuchende Jugendarbeit und weniger marginalisierende Assessmentverfahren. Sie brauchen partizipative Strukturen, in denen junge Menschen mit ganz unterschiedlichen Mobilitätserfahrungen eingeladen sind, die Programme mitzugestalten und als „agent of change“ (Lutz, 2007) zu wirken.

Zudem müssen die Organisationsstrukturen der EU-Programme ihre eigene „Effektivitätsfalle“ (Munsch, 2004) reflektieren. So hat der Druck auf die Programme, „erfolgreiche“ Mobilitäten zu ermöglichen, die Bürokratisierung und Anforderungen an Assessments erhöht. Es liegt im Erfolgsinteresse der Organisationen, dass junge Mobile nicht „abbrechen“, was wiederum dazu führen kann, dass vorrangig diejenigen ausgewählt werden, die bereits in anderen Kontexten „erfolgreich“ waren. Es stellt sich hier die Frage: Welche Ein- und Ausschlusskriterien werden hier – möglicherweise unhinterfragt – wirksam? Diese Bürokratisierung und Assessments überlagern inzwischen den eigentlichen „Kern“ der Jugendmobilität: die Erfahrungen der jungen Menschen in ihrem Mobil-Sein in Europa. //

Die Autor_innen:

Agnetha Bartels, wissenschaftliche Mitarbeiterin:
bartelsa@uni-hildesheim

Theresa Brust, wissenschaftliche Mitarbeiterin:
brustth@uni-hildesheim

Wolfgang Schröer, Hochschullehrer für Sozialpädagogik:
schroeer@uni-hildesheim.de

Alle drei am Institut für Sozial- und Organisationspädagogik der Universität Hildesheim.

Anmerkungen:

- ¹ Für das Forschungsprojekt MOVE wurden qualitative Interviews mit jungen Erwachsenen aus Deutschland geführt, die für einen Freiwilligendienst im Ausland waren.
- ² Für das Forschungsprojekt MOVE wurden von den MOVE-Projektpartner_innen der Universität Luxemburg qualitative Interviews mit jungen Erwachsenen aus Luxemburg geführt, die für eine Studierendenmobilität im Ausland waren.

Literatur:

Altissimo; Bartels; Herz (2018): „Mobil sein heißt, Assessment bestehen“. In: Joachim Lange (Hrsg.): Jugendmobilität als europäische Strategie. Wer und was bewegt Jugendliche?, Loccumer Protokolle 66/2017, Hildesheim/Rehburg Loccum 2018. S. 43–46.

Munsch, C. (2004): Die Effektivitätsfalle. Hohengehren.

Schröer, Wolfgang (2018): Jugend und Mobilität in Europa. Ein einführendes Essay. In: Joachim Lange (Hrsg.): Jugendmobilität als europäische Strategie. Wer und was bewegt Jugendliche?, Loccumer Protokolle 66/2017, Hildesheim/Rehburg Loccum. S. 7–15.

Lutz, H. (2007): Vom Weltmarkt in den Privathaushalt. Die neuen Dienstmädchen im Zeitalter der Globalisierung. Opladen.

Lewin, K. (1947): Frontiers in Group Dynamics, Human Relations, Heft 1, Nr. 2, S. 145.

MOVE
MOVE

Mapping mobility. Formen, Institutionen und strukturelle Effekte von Mobilität junger Menschen in Europa

→ Siehe Infos auf Seite 8



INTERNATIONALITÄT FÜR ALLE JUGENDLICHEN

– ein nicht eingelöstes Versprechen

Dieser Aufsatz skizziert vor dem Hintergrund europäischer Politikentwicklungen, die kurz mit dem Begriff „Rechtsruck“ beschrieben werden können, die Relevanz Internationaler Jugendbildung in der Bundesrepublik Deutschland.

Zijad Naddaf und Prof. Dr. Andreas Thimmel

Fragestellungen zum Umgang mit gesellschaftlich strukturierten Ungleichheitsverhältnissen und post-demokratischer EU-Politik (vgl. Guérot, 2016) verweisen in den letzten Jahren vermehrt auf die Initiierung von Bildungsprozessen und internationalen Bildungsprojekten, die als Teillösung der strukturellen Probleme behauptet werden. Im Fokus einer globalisierten Politik der Bildungsbeanspruchung werden demnach schulische sowie

außerschulische Bildungsmaßnahmen vermehrt als Problemlöser herangezogen und ihr Wert zumindest symbolisch erkannt.

Diesem programmatischen Ruf nach „mehr“ formaler und non-formaler Bildung des Internationalen folgt dann aber zu meist keine Umsetzung in finanzieller und infrastruktureller Hinsicht. Es bleibt meist bei Symbolpolitik.

„... den gesellschaftlichen Ungleichgewichten mit kritischer Gesellschaftsanalyse begegnen.“

Im Folgenden werden internationale Aktivitäten der Jugendsozialarbeit in ihrer Funktion als Teil global orientierter politischer Bildung hervorgehoben. Inzwischen ist die Relevanz von internationalen Modulen der Jugendsozialarbeit ebenso durch andere Studien gut begründet, auch im Bereich der individuellen und fachlichen Kompetenzerweiterung.

In einem ersten Schritt wird die Frage verfolgt, warum internationale Perspektiven wichtig sind. Mit einem kleinen Exkurs über die „Entgrenzung“ von Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit (vgl. z. B. Thimmel, 2018; Dubiski, 2014) werden zweitens zentrale Ergebnisse der von 2016 bis 2018 durchgeführten Zugangsstudie zur internationalen Jugendarbeit vorgestellt. Drittens werden die Bedeutung und das Potenzial einer Internationalen Jugendsozialarbeit aufgezeigt, für die internationale Aktivitäten zum Standard einer adäquaten und qualitativ hochwertigen Arbeit gehören.

Warum internationale Perspektiven in der Jugendarbeit wichtig sind

Schaut man sich europäische und weltweite gesellschaftliche Entwicklungen an, scheint eine internationale (und transnationale) Perspektive auf Bildung und Bildungspolitik das Gebot der Stunde. Dies bedeutet immer auch solidarische Bildung und kritisiert die Engführung auf individuelle Kompetenzerweiterung in den letzten Jahrzehnten als vorrangiges Bildungsziel. Im Kontext einer möglichen europäischen Krisenbewältigung erscheinen rechtspopulistische und rechtsradikale Strömungen häufig als Komplex vielfältiger Krisenphänomene, indem die gesellschaftlichen Individualisierungs- und Entpolitisierungstendenzen der letzten 40 Jahre (für Deutschland gesprochen) eine Artikulationsnische für rechte Politiken freigemacht haben (vgl. z. B. Spoo, 2017).

Die Politikwissenschaftlerin Ulrike Guérot (2016) zeigt beim Blick auf rechtspopulistische Tendenzen, dass es nicht ausreicht, auf populistische Parolen durch Moralreden zu reagieren. Neben einer grundsätzlichen Infragestellung postdemokratischer Strukturen in Europa scheint es vielmehr an der

Zeit, den gesellschaftlichen Ungleichgewichten mit kritischer Gesellschaftsanalyse zu begegnen. Eine lohnenswerte Strategie eines Gegendiskurses könnte richtungweisend in Konzepten kritischer politischer Bildung im Rahmen von Internationaler Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit zur Anwendung kommen (vgl. Thimmel, 2010). Dazu bedarf es allerdings eines emanzipatorischen Ansatzes und der Unabhängigkeit von den strengen Vorgaben der Förderungsmechanismen. Diese jedoch – so ist selbstkritisch einzugestehen – sind in vielen Fällen in der Praxis von Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit wiederzufinden.

Internationale Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit

Internationale Jugendarbeit ist ein eigenständiges sozialpädagogisches Arbeitsfeld und Teilbereich der Jugendarbeit, die sich wiederum in Jugendbildung, Jugendverbandsarbeit und Offene Kinder- und Jugendarbeit ausdifferenziert. An der Schnittstelle von Jugendpolitik und auswärtiger Kulturpolitik entwickelte sich Internationale Jugendarbeit in der Bundesrepublik Deutschland als ein insbesondere vom Bund geförderter Bereich, der Jugendliche und ihre Jugendorganisationen als zivilgesellschaftliche Akteure in Prozesse der internationalen Verständigung einzubeziehen versuchte (vgl. Thimmel, 2001).

Heute ist Internationale Jugendarbeit ein interdisziplinäres Arbeits-, Diskurs- und Forschungsfeld, das sich auf internationale Jugendbegegnungen, internationalen Fachkräfteaustausch und den internationalen Freiwilligendienst erweitert hat. Insbesondere der individuelle Kompetenzerwerb im Ausland spielt hier eine wichtige Rolle. Internationale Jugendarbeit richtet sich grundsätzlich an alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen und hat zur Aufgabe, sie in ihrer Persönlichkeitsentwicklung zu fördern und ihre Entwicklung als Bürger_innen politischer Gemeinwesen in einer globalisierten Welt anzuregen. Politisch proklamiert wird eine Erfahrung der Internationalität für alle Jugendlichen.

Auch die Jugendsozialarbeit beteiligt sich an diesem Projekt internationaler Bildung und kann auf eine lange Tradition des internationalen Austauschs zurückblicken. Dabei konnte

in den letzten Jahren auch nachgewiesen werden, dass nicht privilegierte Jugendliche dann Interesse an Auslandaktivitäten haben, wenn diese in den Alltag der Maßnahmen der Jugendsozialarbeit sinnvoll integriert sind. Dies bedarf der nötigen finanziellen und sachlichen Infrastruktur und der langfristigen Kooperation mit Partnern im Ausland.

Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit folgen einer jeweiligen Eigenlogik und sind voneinander zu unterscheiden. Eine zentrale Differenz zwischen Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit bezieht sich auf die unterschiedliche Finanzierung, administrative Zuordnung, Trägerstruktur sowie auf die grundsätzliche Zielgruppen-Spezifika (Benachteiligung) und kompensatorische Begründung der Jugendsozialarbeit (vgl. § 13 SGB VIII und die jeweiligen Landesausführungsgesetze).

Trotz dieser Differenzierung, die sich in dieser Weise in anderen europäischen Ländern und im europäischen Diskurs um youth work so nicht wiederfindet (Thimmel, 2018b), zeigen sich für die internationale Dimension von Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit methodische und konzeptionelle Gemeinsamkeiten. Auch Jugendsozialarbeit engagiert sich im Internationalen Jugendaustausch und kann mit guten Beispielen aufwarten (vgl. u. a. IJAB, 2010, 2015).

Die hier kurz skizzierten Übergänge und beiderseitigen Einwirkungen von (internationaler) Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit deuten auf Verflechtungen hin, die bereits in den Diskursen der arbeitsfeldspezifischen Forschungen thematisiert wurden und als Entgrenzungsphänomen verstanden werden können (vgl. Timmel, 2018a).

Entgrenzungsdimensionen

Neben vielen anderen greift auch der 15. Kinder- und Jugendbericht die „Entgrenzungstendenzen“ auf. Hier kann z. B. der sogenannte „Mitternachtsfußball“ genannt werden oder ähnliche Angebote der Jugendarbeit (vgl. Deutscher Bundestag, 2017: 405 ff.), die sich scheinbar beiläufig zu einem zielgruppenspezifischen Angebot mit Präventionslogik verschieben. Damit erhalten Angebote sowie ihre Teilnehmenden den Stempel des Besonderen – und leicht wird dann Angebot mit Maßnahme verwechselt. Es wird ersichtlich, wie weit sich Jugendarbeit und insbesondere kommunale bzw. lokale Jugendarbeit verschiebt und schnittstellenübergreifend agiert. Diese Entgrenzungsthematik der Jugendarbeit findet sich natürlich auch an den Schnittstellen zur Schulsozialarbeit, Jugendberufshilfe u. a. Dabei erfolgen die Überschneidungen und gegenseitigen Einwirkungen aus beiden Richtungen. Internationale Bildungsangebote aus den Rechtskreisen um § 13 SGB VIII, II und III sowie der beruflichen Bildung werden als Aktivitä-

ten der Internationalen Jugendarbeit adressiert (Vgl. Metzdorf, 2017). Zudem gewinnen die Agenturen für Arbeit/Jobcenter als Kooperationspartner von Trägern der Jugendarbeit zunehmend an Bedeutung.

Was bedeuten diese Zusammenhänge und Entgrenzungsthematiken nun vor dem Hintergrund der Zugangsstudie?

In der Zugangsstudie fanden durch ein interdisziplinäres Forschungskonsortium sowohl quantitative als auch qualitative Methoden Anwendung. Im Folgenden wird ein zentraler Punkt aus dem Gesamtrepertoire der Ergebnisse vorgestellt, der unseres Erachtens für die Frage des Verhältnisses von Jugendarbeit zu Jugendsozialarbeit Relevanz besitzt:¹

Die mit den Fachkräften aus der Internationalen Jugendarbeit geführten Interviews verweisen auf zwei dominante Erzählweisen. Zum einen existieren wiederholte Erzählmuster, in denen Internationale Jugendarbeit als „überbürokratisierte Luxusaktivität“ und „hochkomplexes Geschäft“ benannt wird. Zum anderen dominiert eine Erzählweise über die Nicht-Teilnehmenden als „benachteiligte Jugendliche“. Dieser Topos soll im Folgenden genauer erläutert werden. Innerhalb der Strukturebene ist dieser vorherrschende Benachteiligungskurs im Hinblick auf mindestens zwei Aspekte interessant: In dieser Lesart zeigt sich, dass die Erzählweisen der Internationalen Jugendarbeit als „Luxusaktivität“ in einem engen Zusammenhang mit der Rede über benachteiligte Jugendliche stehen. Hier stehen sich mit anderen Worten zwei konstruierte Bilder gegenüber, die einander bedingen. Vereinfachend kann man sagen, dass Jugendliche umso benachteiligter erscheinen, je „luxuriöser“ und hochschwelliger die Internationale Jugendarbeit repräsentiert wird. Mit dieser Argumentation erscheint die Frage des Zugangs zur Internationalen Jugendarbeit als eine Frage der Passung von Jugendlichen an das „System“. Dies bedeutet: Wer an den bestehenden Aktivitäten der klassischen etablierten „Internationalen Jugendarbeit bzw. am langfristigen Einzelschüler_innenaustausch“ nicht partizipiert oder partizipieren kann, scheint benachteiligt zu sein. Eine solche Argumentation sucht die Gründe für Zugangsbarrieren zur Internationalen Jugendarbeit nicht in den Strukturen, Finanzierungsmodalitäten und der Vernachlässigung der Partner, sondern bei den einzelnen Jugendlichen. Auf der anderen Seite wird dieser Benachteiligungsdiskurs von Förderprogrammen aufgenommen und durch Sonderprogramme für benachteiligte Jugendliche reproduziert. Mit dieser förderpolitischen Konzentration auf Benachteiligung bzw. sogenannte benachteiligte Jugendliche kann eine affirmative Erzählung bundesdeutscher internationaler Jugendpolitik propagiert werden, die den Anspruch, alle Jugendlichen zu erreichen, aufgegeben hat und stattdessen die Aufmerksamkeit verschiebt und auf soziale Benachteiligung lenkt.

„Jugendliche erschienen umso benachteiligter, je ‚luxuriöser‘ und hochschwelliger die Internationale Jugendarbeit repräsentiert wird.“

Zugespielt kann formuliert werden, dass die strukturellen Dimensionen sehr dominant sind. Das gegenseitige Verhältnis von Diskurs und Struktur zeigt im Ergebnis eine dauerhafte Verschiebung der Repräsentation von „Nicht-Teilnehmenden“ zu „benachteiligten Jugendlichen“. Dieser Benachteiligungsdiskurs in der Praxis der Internationalen Jugendarbeit ist umso frappierender und delikater, konnte doch der Forschungspartner SINUS in der Zugangsstudie nachweisen, dass entgegen der bislang kursierenden Vorstellungen von Nicht-Teilnehmenden an internationalen Jugendaustauschprojekten bei Jugendlichen ein positives Interesse an gruppenbezogenen Auslandsaktivitäten besteht. Dieses Interesse findet sich in allen soziokulturellen Milieus. Unterschiede zeigen sich je nach Lebenswelt, spezifischen Interessen, unterschiedlichen Zugängen zur Thematik, einer je spezifisch gelagerten kommunikativen Ästhetik und Länderpräferenzen.

„Die strukturellen Dimensionen sind sehr dominant.“

Zwei Phänomene lassen sich hier feststellen: einerseits eine diskursiv erzeugte Homogenität von Jugendlichen als „Benachteiligte“, die programmatisch in den Förderstrukturen reproduziert wird, und andererseits eine soziale Wirklichkeit und empirisch messbare Gruppe derjenigen Jugendlichen, die milieuübergreifend potenzielles Interesse an internationalem Jugendaustausch haben.

Diesem Interesse von Jugendlichen wird aber keine bis sehr wenig Aufmerksamkeit geschenkt, da zum einen in der Praxis ein Primat von Formstrukturen, Organisation und Finanzierungsregelungen verhindert, dass Internationalität ein integraler Bestandteil von Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit ist. Zum anderen sehen sich die Jugendarbeiter_innen häufig selbst nicht verantwortlich für die internationale Dimension ihrer Besucher_innen des Jugendzentrums oder des Jugendverbandes, sondern verschieben diese Verantwortung auf die Schule.

Überlegungen im Anschluss an die Zugangsstudie

Die oben getroffene Auswahl der vorgestellten Ergebnisse lässt sich abschließend in zwei zentralen Punkten zusammenfassen: Die Zugangsstudie markiert eine empirisch fassbare Diskrepanz zwischen den strukturell hochschwelligsten Teilnahmevoraussetzungen auf der einen Seite und auf der anderen Seite

einer offensichtlichen Verschiebung des Diskurses über diejenigen Jugendlichen, die nicht an internationalen Jugendbegegnungen teilnehmen. Damit verlagert sich der Anspruch, alle Jugendlichen zu erreichen, zu einer Rede darüber, dass nun auch die „benachteiligten Jugendlichen“ vermehrt teilnehmen sollen und können. Diese Verschiebung, die sich auch in den Förderstrukturen widerspiegelt, geschieht vor der Kulisse einer recht großen empirisch fassbaren Gruppe von Jugendlichen, die nicht als benachteiligt ausgewiesen werden kann und die den Ergebnissen von Sinus nach zu urteilen prinzipielles Interesse an internationalen Jugendbegegnungen hat. In der Gesamtschau verweisen die Ergebnisse damit auf eine Passungsproblematik in dem Sinne, dass sich Jugendliche an die bestehenden Strukturen anpassen sollen bzw. müssen. Die zentrale Forderung, die sich daher aus der Zugangsstudie ergibt, knüpft daran an, die Internationalität von Jugendbildung wieder mehr von den Prinzipien einer professionellen Jugendarbeit aus zu denken, also im Sinne einer Subjektorientierung (Scherr, 2010) und den Arbeitsprinzipien der Jugendarbeit folgend.

Aus Sicht der Zugangsstudie steht die Jugendsozialarbeit im Feld der Internationalen Jugendarbeit dadurch vor einigen Herausforderungen. Der dominante Benachteiligungsdiskurs innerhalb der internationalen Jugendarbeit sollte dazu auffordern, den Begriff der Benachteiligung und sein effektives Hineinwirken in Förderstrukturen zu überdenken und zu reflektieren. Was wird eigentlich konkret unter Benachteiligung verstanden? Wann und unter welchen Voraussetzungen ist es gerechtfertigt und vielleicht sogar notwendig, eine Gruppe junger Menschen als „benachteiligt“ zu markieren? Hier geht es um eine konkrete begriffliche Bestimmung, die weitreichende Folgen mit sich bringt. Hier sollte (so noch nicht vorhanden) eine Sensibilität und ein reflektiertes Bewusstsein eingefordert werden, und zwar einerseits über die Bezeichnung von Gruppen und ihre Auswirkungen auf Strukturen nachzudenken. Auf der anderen Seite (und dringlicher noch) ist es notwendig, zu realisieren, dass sich Markierungen auch in Menschen „hineinschreiben“.

Jugendsozialarbeit versteht sich als Hilfe zur Lebensbewältigung; es ist ihr besonderes Anliegen, subjektorientierte Bildungsprozesse zu ermöglichen. Jugendsozialarbeit könnte hier vor dem Hintergrund einer Repolitisierung der Jugendarbeit gezielt eine kritische Debatte über die Konzepte Lebensbewältigung, Subjektorientierung und Bildung anstoßen und weiterentwickeln. Damit wäre es ihr gleichzeitig möglich, Politik auf die strukturellen Bedingungen sozialer Notlagen hinzuweisen und damit vor das individuelle Verhalten die Verhältnisse zu setzen. Und dies bezieht natürlich die internationale, europäische und globale Perspektive mit ein.

Dies kann nicht Aufgabe der Praxis allein sein und stellt auch Forschung vor große Herausforderungen, umso mehr, da sie

keine Expertin jugendsozialarbeiterischer Praxis ist. Wie kann Jugendsozialarbeit und Jugendarbeit im Feld der Internationalen Bildung auf die gesellschaftlichen Entwicklungen positiv einwirken? Die Ergebnisse der Zugangsstudie verweisen darauf, dass sich hier ein großer Arbeitsbereich eröffnet, der nur gemeinsam mit Praxis, Forschung und Politik zu bewerkstelligen ist. //

Die Autoren:

Zijad Naddaf ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Forschungsschwerpunkt Nonformale Bildung der Technischen Hochschule Köln. Dort hat er in den letzten zwei Jahren u. a. an dem Forschungsprojekt „Warum nicht? Studie zum internationalen Jugendaustausch: Zugänge und Barrieren“ gearbeitet. zijad.naddaf@th-koeln.de

Prof. Dr. Andreas Thimmel lehrt Soziale Arbeit an der Fakultät für Angewandte Sozialwissenschaften der Technischen Hochschule Köln. Er ist Leiter des Forschungsschwerpunktes Nonformale Bildung. andreas.thimmel@th-koeln.de
www.nonformalebildung.de

Anmerkungen:

- ¹ Die Gesamtergebnisse der Zugangsstudie werden in einer ausführlichen Publikation im Wochenschau Verlag voraussichtlich Anfang 2019 erscheinen.

Literatur:

Deutscher Bundestag (2017): 15. Kinder- und Jugendbericht. Bundestagsdrucksache 18/11050. Berlin.

Dubiski, Judith (2014): „young workers for europe“. Ergebnisse der quantitativen Evaluation. Köln. Von: http://www.aktuelles-forum.de/fileadmin/Inhalte/Dokumente/Bericht_young_workers_for_europe_FH_Ko_In.pdf, entnommen am 14.08.2018.

Guérot, Ulrike (2016): Das Versagen der politischen Mitte. Die EU und der Aufstieg des Rechtspopulismus. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. 6, S. 59–67.

IJAB – Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e. V. (Hrsg.) (2010): Forum Jugendarbeit International. Internationale Jugendarbeit und Chancengleichheit (2008–2010). Bonn.

IJAB – Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e. V. (Hrsg.) (2015): Forum Jugendarbeit International. Kinder- und Jugendhilfe transnational gestalten (2013–2015). Bonn.

Lindner, Werner (2012): Klar zur Wende? Jugendpolitik und Jugendarbeit in asynchronen Dynamiken. In: Lindner, Werner (Hrsg.) (2012): Political (Re)Turn. Impulse zu einem neuen Verhältnis von Jugendarbeit und Jugendpolitik. Wiesbaden. Springer VS. S. 3–20.

Metzdorf, Stefan (2017): Mehr Auslandsaufenthalte im Rahmen einer Berufsausbildung. Die Informations- und Beratungsstelle für Auslandsaufenthalte in der beruflichen Bildung (IBS) macht den Weg frei für berufsbezogene Lernaufenthalte im Ausland. In: Schriftenreihe internationale Jugendmobilität. Heft 1/2017. S. 115–119.

Pingel, Andrea; Steimle, Hans E. (2015): „Jugendsozialarbeit macht MobilPlus“. Wie Jugendsozialarbeit grenzüberschreitende Mobilität junger Menschen ermöglicht. In: IJAB – Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e. V. (Hrsg.) (2015): Forum Jugendarbeit International. Kinder- und Jugendhilfe transnational gestalten. Bonn. S. 77–99.

Scherr, Albert (2010): Subjektorientierte Jugendarbeit. Pädagogische Hochschule Freiburg, Freiburg. Zugriff unter: <https://phfr.bsz-bw.de/frontdoor/index/index/docId/362>

Thimmel, Andreas (2018a): Jugendbildungsarbeit in Europa. In: Coelen, Thomas, Otto, Hans-Uwe (Hrsg.) Grundbegriffe Ganztagsbildung. 2. Auflage im Erscheinen. Wiesbaden: VS Verlag.

Thimmel, Andreas (2018): Zusammenfassung der Ergebnisse der Zugangsstudie & Schlussfolgerungen, Kurzfassung. Öffentliches Manuskript der Abschlusskonferenz „Ergebnisse der Zugangsstudie“ in Köln-Bensberg am 07. und 08. Juni 2018.

Thimmel, Andreas (2010): Internationale Jugendarbeit und kritische politische Bildung. In: Lösch, Bettina; Thimmel, Andreas (Hrsg.): Kritische politische Bildung. Ein Handbuch. Wochenschau-Verlag, Schwalbach/Ts., S. 497–508.

Thimmel, Andreas (2011): Internationale Bildung – Internationale Jugendbildung. In: Hafeneger, Benno (Hrsg.) (2011): Handbuch Außerschulische Jugendbildung. Grundlagen – Handlungsfelder – Akteure. Schwalbach/Ts. Wochenschau Verlag.

Thimmel, Andreas (2001): Pädagogik der Internationalen Jugendarbeit. Geschichte, Praxis und Konzepte des Interkulturellen Lernens. Schwalbach/Ts. Wochenschau Verlag.

Thimmel, Andreas; Schäfer, Stefan (2017): Mobilitätspuzzle – Konzeptuelle Überlegungen zum Zusammenspiel zwischen Kinder- und Jugendreisen, Internationaler Jugendarbeit und Schüleraustausch. In: Forschung und Praxis im Dialog (Hrsg.): Fact Sheets. Nr. 1/2017. Köln.



Lebensumstände junger Alleinerziehender in Bezug auf Mobilität, Flexibilität und Ausbildung

Die Ausübung einer qualifizierten Berufstätigkeit ist für Alleinerziehende nicht nur für die finanzielle Situation von großer Bedeutung. Sie steckt auch den zeitlichen Rahmen ab, der für das Familienleben zur Verfügung steht und gewährt Kindern und Eltern gesellschaftliche Anerkennung.

Dr. M. Tuan Nguyen

Im Jahr 2017 lebten in Deutschland etwa 1,55 Millionen alleinerziehende Mütter und Väter mit Kindern unter 18 Jahren. Innerhalb der letzten 20 Jahre nahm die Zahl der Alleinerziehenden um 250.000 zu, während der Anteil von Familien mit Kindern an allen Haushalten in Deutschland insgesamt seit Jahren rückläufig ist. Inzwischen machen Alleinerziehende fast ein Fünftel der Familien mit minderjährigen Kindern aus. In neun von zehn Fällen sind es die Mütter, die ihre Kinder allein erziehen. Die mit dem Status „alleinerziehend“ verbundenen Herausforderungen betreffen damit vor allem Mütter.¹

Im Allgemeinen ist die Erziehung von Kindern mit einem großen zeitlichen und finanziellen Aufwand verbunden. Kinder müssen versorgt werden, weil sie ihren eigenen Lebensunterhalt nicht bestreiten können. Hinzukommt die zeitliche Investition der Eltern in die Erziehungsarbeit, die häufig ihre Erwerbstätigkeit verringert, wenn die Kinder noch klein sind. Es sind Mütter, die die Hauptverantwortung der Erziehungsarbeit tragen. Das hängt mit tradierten, geschlechtsspezifischen Normen zur Verantwortlichkeit für unbezahlte Erziehung zusammen. Bei Geburt eines Kindes übernehmen Frauen den Großteil der unentgeltlichen Familienarbeit. Dies hat langfristige Auswirkungen für ihre Erwerbsbiografie. Bei jungen Eltern ist es in der Regel die Mutter, die ihre beruflichen Ambitionen zurückstellt. Berufstätige Mütter nehmen meistens die Rolle einer Zuverdienerin in Form von Minijobs beziehungsweise Teilzeitbeschäftigungen ein, während die Väter das Haupteinkommen aufbringen. Kommt es zu einer Trennung, werden die geschlechterspezifischen Nachteile deutlich. Denn die Verantwortlichkeit für die Erziehung von Kindern bleibt meist auch nach einer Trennung bestehen. In der Regel leben die Kinder mit der Mutter – vor allem bei kleinen Kindern, die eine intensive Betreuung benötigen. Dagegen ist die große Mehrheit der alleinerziehenden Väter für Kinder verantwortlich, die schon jugendlich sind und im Alltagsleben schon einen großen Grad an Selbständigkeit erreicht haben. Alleinerziehende Mütter machen häufig eine stärkere und länger andauernde Doppelbelastung von Erziehungs- und Erwerbsarbeit durch.²

Die Erwerbstätigkeitsquote von Alleinerziehenden hängt im Wesentlichen vom Alter der Kinder und von ihrer Qualifikation ab. Die Aufnahme einer Ausbildung oder Beschäftigung wird bei Alleinerziehenden stärker vom Kinderbetreuungsaufwand eingeschränkt als bei Müttern in Paarhaushalten. In den vergangenen Jahren gab es viele Reformen, die Eltern helfen sollen, Familie und Ausbildung oder Erwerbstätigkeit besser miteinander in Einklang zu bringen. Insbesondere ist ein ausreichendes Angebot an öffentlich bereitgestellter Kinderbetreuung von großer Bedeutung. Mitte der 1990er Jahre wurde der rechtliche Anspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab drei Jahren eingeführt. 2013 wurde dieser Anspruch auf die

Kinder ab einem Jahr erweitert und die Kinderbetreuungskapazitäten wurden ausgebaut. Doch das Angebot unterscheidet sich regional weiterhin stark in seiner Verfügbarkeit und in seinen Öffnungszeiten. Es gibt nach wie vor nicht immer genug Vollzeitbetreuungsplätze für kleine Kinder beziehungsweise Nachmittagsbetreuung für Schulkinder. Im Allgemeinen wird erwerbstätigen Eltern der Zugang zur Kinderbetreuung bevorzugt eingeräumt. Doch dieses Privileg erschwert insbesondere sehr jungen arbeitssuchenden oder sich noch in einer Ausbildung befindlichen Alleinerziehenden, einen Betreuungsplatz zu bekommen und eine Erwerbstätigkeit zu beginnen.³ Auch im Hinblick auf Mobilität sind viele größeren Herausforderungen ausgesetzt. Ist ein Umzug für eine Aufnahme einer Erwerbstätigkeit in einen anderen Ort notwendig, bedeutet dieser Umstand ein erheblicher Organisationsaufwand beispielsweise bei Schul- und Kitawechsel.

„Alleinerziehende machen fast ein Fünftel der Familien mit minderjährigen Kindern aus.“

Auch nach der Trennung sind normalerweise beide Elternteile gegenüber den Kindern in Bezug auf Betreuungs- und Barunterhalt verpflichtet. Aber nur die Hälfte von ihnen kommt tatsächlich ihren Pflichten nach. Insgesamt nur 50 Prozent der geleisteten Unterhaltszahlungen mit dem festgelegten Mindestunterhalt werden tatsächlich geleistet. Dadurch entsteht eine große Einkommenslücke für Alleinerziehende, die durch staatliche Transferleistungen als Unterhaltsvorschüsse nur zum Teil ausgeglichen wird⁴. Laut Bundesministerium für Arbeit und Soziales bekommen 38 Prozent der Alleinerziehenden SGB-II-Leistungen, dagegen nur 7 Prozent der Paarfamilien. Ein zentrales Manko, welches zur schwierigen wirtschaftlichen Lage der Alleinerziehenden beiträgt, ist, dass trotz der Berufstätigkeit zum Teil nicht bedarfsdeckende Einkommen erzielt werden können. Dies hat zur Folge, dass 35 Prozent der Alleinerziehenden erwerbstätig sind, aber weiterhin SGB-II-Leistungen zum Leben benötigen.⁵ Die finanzielle Knappheit hat viele gravierende Auswirkungen auf ihre Mobilität. Obwohl es für Bedürftige Sozialtarife und Zuschüsse für die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs gibt, schränken sie Fahrten auf das Nötigste ein. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) kritisiert, dass Betroffene häufig vor der Frage stehen, sich für Nahrungsmittel oder Bustickets entscheiden zu müssen. Ihnen drohe soziale Isolation. Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts solle umgesetzt werden, wonach jedem Individuum ein Anspruch auf ein Mindestmaß der Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben zustehe.⁶

Die Zahl der erwerbstätigen Alleinerziehenden nimmt mit der Qualifikation und dem Alter der zu betreuenden Kinder zu. 12 Prozent der alleinerziehenden Mütter verfügen über einen Hochschulabschluss, 8 Prozent über einen Fachschulabschluss und 50 Prozent über eine Berufsausbildung im dualen System. Somit sind noch 30 Prozent der Alleinerziehenden ohne qualifizierenden Abschluss.⁷

Die wesentliche Grundlage für das materielle Wohlergehen sind Einkommen aus Erwerbsarbeit und die Basis hierfür ist ein berufsqualifizierender Abschluss. Fehlende Ausbildungsabschlüsse erschweren die Aufnahme von Erwerbstätigkeit und münden im Regelfall in ein niedriges Erwerbseinkommen und zur langfristigen Abhängigkeit von Sozialleistungen. Etwa 30 Prozent der Alleinerziehenden sind jünger als 35 Jahre alt.⁸ Es gibt eine kleine, aber kontinuierlich wachsende Zahl von jungen Frauen, die durch die Geburt des ersten Kindes außerhalb einer festen Partnerschaft alleinerziehend werden. Diese Frauen sind in der Regel unter 25 Jahre, haben zum Zeitpunkt der Geburt des Kindes noch keine berufliche Ausbildung abgeschlossen und beziehen zum größten Teil staatliche Transferleistungen. Ihnen droht die Verfestigung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Situation.⁹

„Im Hinblick auf Mobilität sind Alleinerziehende größeren Herausforderungen ausgesetzt.“

Eine abgeschlossene Berufsausbildung wäre für diese Alleinerziehenden und ihren Kindern von großer Bedeutung, um langfristig finanziell unabhängig zu sein und gesellschaftlich teilzuhaben. Für diese Gruppe sind einerseits Art und Umfang der Ausbildung von essenzieller Bedeutung, andererseits welche Betreuungsarrangements realisiert werden können, um Erwerbstätigkeit und elterliche Verantwortung miteinander in Einklang zu bringen. Doch eine klassische Berufsausbildung mit einer 40-Stunden-Arbeitswoche ist für diese Alleinerziehenden kaum realisierbar. Für sie käme eine Teilzeitausbildung (TZA) in Frage, die eine Sonderform im dualen System der Berufsausbildung¹⁰ ist und ihnen mehr Flexibilität bietet. Grundlage für eine TZA bildet das Berufsbildungsgesetz (BBiG). Demnach sind Auszubildende, die ein eigenes Kind betreuen müssen, berechtigt, eine Teilzeitausbildung zu absolvieren. Bei ihr wird die wöchentliche Ausbildungszeit im Unternehmen reduziert. Auszubildende_r und Betrieb einigen sich auf eine wöchentliche Ausbildungszeit zwischen 20 und 35 Stunden. Die betrieblichen Abläufe und die Ausbildungszeit werden flexibel an die Bedürfnisse der_des Auszubildende_n

angepasst. Der berufsschulische Teil der Ausbildung sowie die überbetrieblichen Lehrgänge bleiben unverändert und müssen in Vollzeit absolviert werden.¹¹ Wie alle Teilzeitkräfte verfügen Auszubildende in Teilzeit über den gleichen Anspruch auf Urlaub wie Beschäftigte in Vollzeit. Bei Teilzeitauszubildenden, die nicht an jedem Tag in der Woche arbeiten, wird der Urlaubsanspruch im Verhältnis zu den wöchentlichen Arbeitstagen berechnet.¹² Ähnlich verhält es sich im Krankheitsfall von Kindern: Wird ein Kind krank und die Mutter beziehungsweise der Vater kann deshalb nicht arbeiten, wird die Vergütung je nach Tarif und Klausel vom Arbeitgeber oder der Krankenkasse fortgezahlt. Pro Kalenderjahr stehen jeder_m Mitarbeiter_in für jedes Kind zehn Arbeitstage zu, bei Alleinerziehenden sind es 20 Arbeitstage. Sind mehr als zwei Kinder im Haushalt, beträgt der Höchstanspruch 25 Arbeitstage, bei Alleinerziehenden sind es 50 Arbeitstage.¹³

Für Alleinerziehende liegt der Vorteil einer Teilzeitausbildung darin, dass sie Familie und Berufsausbildung besser vereinbaren können. Die Auszubildenden erlangen einen anerkannten beruflichen Abschluss, der die Chancen für die weitere berufliche Laufbahn verbessert. Für die Betriebe können sich Teilzeitauszubildende lohnen, weil sie dadurch eigene Fachkräfte ausbilden, die in der Regel durch ihre familiäre Situation ein hohes Maß an Verantwortungsbewusstsein, Lebenserfahrung und Organisationsfähigkeit besitzen. Auch im Fall, dass Auszubildende während ihrer Ausbildung ein Kind bekommen und zeitlichen Einschränkungen ausgesetzt sind, können sie ihre Ausbildung in Teilzeit abschließen und bleiben dem Betrieb erhalten.¹⁴ Aus gesellschaftlicher Perspektive bietet die TZA jenen Menschen die Chance, eine Ausbildung zu absolvieren, die auf dem Ausbildungsmarkt aufgrund ihres familiären Engagements bisher eher auf Vorbehalte gestoßen sind. Den meisten Betrieben ist diese Ausbildungsform bisher weitestgehend unbekannt. Sie haben gegenüber Teilzeitauszubildenden Bedenken, da sie vor allem befürchten, dass zeitliche Einschränkungen, mangelnde Flexibilität (z. B. Wochenend- und Schichtarbeit) und häufige Arbeitsausfälle (z. B. im Falle der Erkrankung der Kinder) auftreten können. Viele Unternehmen verbinden außerdem die Teilzeitausbildung mit größerem Ressourcenaufwand durch höheren Einsatz an Personalbetreuung und -organisation, Lücken in Arbeitsabläufen aufgrund der geringeren Arbeitszeit, Defiziten in den berufsschulischen Inhalten, schwieriger Integration der Teilzeitauszubildenden und lehnen diese daher ab.¹⁵

Neben den betrieblichen Vorbehalten gegenüber Teilzeitauszubildenden gibt es noch erhebliche strukturelle Probleme in der Berufsschule, was für viele Teilzeitauszubildende eine große Herausforderung darstellt. Im Ausbildungsbetrieb arbeiten Teilzeitauszubildende nicht nur zeitreduziert, sie können mitunter auch flexible Anfangs- und Endzeiten vereinbaren. Konträr dazu sind Unterrichtsbeginn und -ende an Berufsschulen

„30 Prozent der Alleinerziehenden sind ohne qualifizierten Abschluss.“

in der Regel nicht verhandelbar. Insbesondere der Unterrichtsbeginn ist für Teilzeitauszubildende oftmals ein Problem, weil er schwer mit den Öffnungszeiten der öffentlichen Kinderbetreuung vereinbar ist.¹⁶ Obwohl die gesetzlichen Grundlagen seit über zehn Jahren TZA erlauben, ist ihr Anteil im dualen Ausbildungsmarkt marginal. Laut Berufsbildungsbericht der Bundesregierung lagen im Jahr 2016 exakt 2.043 neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in Teilzeit bundesweit vor, was nur einen Anteil von 0,4 Prozent aller Neuabschlüsse entspricht.¹⁷

Um die berufliche, finanzielle und gesellschaftliche Situation von Alleinerziehenden und ihren Kindern langfristig und effektiv zu verbessern, besteht Handlungsbedarf. In Bezug auf familiäre Gemeinschaften sollte die gleichberechtigte Verantwortung für Erziehungs- und Erwerbsarbeit von Müttern und Vätern weiter gefördert werden. Hierbei sollte frühzeitig das Bewusstsein über tradierte Rollenmodelle und ihre Auswirkungen auf Erwerbsbiografien thematisiert werden. Sozialtarife im öffentlichen Nahverkehr sollen weiter gefördert werden, damit die Mobilität der Betroffenen gesichert ist. Um die Erwerbsmöglichkeiten langfristig zu verbessern, sollten vor allem für junge Alleinerziehende mit geringer oder ohne abgeschlossener Berufsausbildung Qualifizierungs- sowie Weiterbildungsangebote, wie etwa die Teilzeitausbildung, weiter ausgebaut werden. Berufsfachschulen wie etwa in den Bereichen Gesundheit (Altenpflege, Gesundheits- und Krankenpflege) und Sozialwesen (Sozialpädagogische Assistenz und Erzieher_in) sollten noch aktiver Ausbildungsgänge in Teilzeit anbieten.

„Alleinerziehende sind in der Regel Fachkräfte, die ein hohes Maß an Verantwortungsbewusstsein mitbringen.“

Damit diese Ausbildungsform in Zukunft an Popularität und Akzeptanz gewinnt, müssen beispielsweise die Sicherung des Lebensunterhalts der Teilzeitauszubildenden, die Abstimmung mit den Berufsschulen und das Beratungsangebot für interessierte Menschen verbessert werden. Betriebe sollten Anreize erhalten, familienfreundliche und zeitlich flexible Ausbildungsplätze zu schaffen. Gleichwohl sollte über die Einführung einer gesetzlichen Quote für Teilzeitausbildungsstellen diskutiert werden. Außerdem muss die flächendeckende und zeitlich umfangreiche Kinderbetreuung (Ganztagsplätze für Kitakinder und die Betreuungskapazitäten am Nachmittag für Schulkinder) weiter ausgebaut werden. //

Der Autor:

Dr. M. Tuan Nguyen ist Referent bei KWB Koordinierungsstelle Weiterbildung und Beschäftigung e. V. sowie Lehrbeauftragter an der Universität Hamburg und Hochschule Braunschweig/Wolfenbüttel. E-Mail: nguyen@kwb.de

Anmerkungen:

- ¹ Vgl. Statistisches Bundesamt (2018), S. 11 ff.
- ² Vgl. Hübgen, Sabine (2017).
- ³ Vgl. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung.
- ⁴ Vgl. Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration Hamburg; vgl. Hübgen, Sabine (2017).
- ⁵ Vgl. BMAS (2017), S. 49.
- ⁶ Vgl. Sueddeutsche Zeitung Online.
- ⁷ Vgl. BMAS (2017), S. 22.
- ⁸ Vgl. BMAS (2017), S. 21.
- ⁹ Vgl. Hübgen, Sabine (2017).
- ¹⁰ Umschulungen und schulische Ausbildungen wie etwa Erzieher_in und Altenpfleger_in können auch in Teilzeit durchgeführt werden und sind bisher eher die Ausnahme. An den Umschulungen, deren Finanzierung über die Arbeitsagentur oder das Jobcenter läuft, können Menschen auch ohne Berufsabschluss teilnehmen. Vgl. BMBF 2013, 21 und 135 ff.
- ¹¹ Vgl. BIBB (2008), S. 3 f.; vgl. BMBF.
- ¹² Koordinierungsstelle Weiterbildung und Beschäftigung KWB (2018), S. 2.
- ¹³ Vgl. Techniker Krankenkasse.
- ¹⁴ Vgl. BMBF.
- ¹⁵ Vgl. BMBF (2013), S. 18 f.
- ¹⁶ Vgl. BMBF (2013), S. 92 f.
- ¹⁷ Vgl. BMBF (2018), S. 84.





Jugendwohnen im Rahmen der Jugendsozialarbeit:

*(Nicht nur) ein Angebot zur Förderung der
Ausbildungsmobilität junger Menschen*

*Im Gespräch mit:
Frank Gärtner, Geschäftsführer von Kolping Jugendwohnen
und Sprecher von AUSWÄRTS ZUHAUSE*



Wohnraum wird immer teurer. Eine Wohnung zu finden wird immer schwieriger, besonders für junge Menschen. Und besonders dann, wenn man noch in der Ausbildung ist und kein festes Einkommen hat. Jugendwohnen ist deshalb ein wichtiger Bestandteil, der die Mobilität von jungen Menschen erleichtern oder überhaupt ermöglichen kann.

DREIZEHN befragte Frank Gärtner, Geschäftsführer bei Kolping-Jugendwohnen und Sprecher von AUSWÄRTS ZUHAUSE, zu Details im Ablauf des Jugendwohnens, der sozialpädagogischen Betreuung und auch zu Finanzierungsmöglichkeiten.

1. DREIZEHN: Schön, dass wir uns treffen können und Sie uns als Interviewpartner zu unserem Schwerpunktthema „Mobilität und Jugend“ zur Verfügung stehen.

Frank Gärtner: Sehr gerne.

2. DREIZEHN: Bevor wir inhaltlich einsteigen, könnten Sie sich kurz vorstellen und uns erläutern, welche Verbindung Sie zum Thema haben.

Frank Gärtner: Ich bin als Geschäftsführer von Kolping Jugendwohnen tätig. Wir betreiben an elf Standorten in Deutschland Jugendwohnheime und wenn ich „wir“ sage, dann meine ich, dass dort die Federführung vom Kolpingwerk Deutschland übernommen worden ist. Deutschlandweit gibt es noch gut dreißig weitere Kolping Jugendwohnheime, die in Kolpinghäusern von lokalen Kolpingträgern geführt und verantwortet werden. Für unsere Jugendwohnheime ist es selbstverständlich, dass wir unter anderem die Qualitätsstandards vom AUSWÄRTS ZUHAUSE einhalten, und da wir bundesweit aktiv sind, ist eine engagierte Rolle in einem pluralen Zusammenschluss der Jugendwohnheime für uns selbstverständlich.

3. DREIZEHN: Können Sie uns in einem kurzen Abriss das Jugendwohnen als Aufgabe und Handlungsfeld der Jugendsozi-

alarbeit erläutern. Wer macht da was, auf welcher Grundlage und für wen?

Frank Gärtner: Jugendwohnen ist ein Angebot für junge Menschen im Alter von 14 bis 27 Jahren, die ausbildungs- oder arbeitsmarktbedingt, beispielsweise in einer Berufsausbildung oder in Berufsschulen, oder aus irgendwelchen anderen Mobilitätsgründen ihre Familie verlassen. Insbesondere geht es darum, einen bezahlbaren Wohnraum, in der Regel mit Gleichaltrigen, zur Verfügung zu stellen. Außerdem meistens mit Voll- oder seltener mit Teilverpflegung. Das Kernstück unseres Angebotes ist natürlich die sozialpädagogische Begleitung, die individuell unterschiedlich intensiv ausfällt. All das passiert als gesetzliche Grundlage basierend auf § 13.3 Sozialgesetzbuch VIII des Kinder- und Jugendhilfegesetzes.

4. DREIZEHN: Was hat Jugendwohnen im Rahmen der Jugendsozialarbeit mit der Mobilität von jungen Menschen zu tun?

Frank Gärtner: Jugendwohnen ist ein Angebot, um jungen Menschen die Integration in den Arbeitsmarkt zu erleichtern oder überhaupt zu ermöglichen. Unser Ziel ist es, durch die Angebote des Jugendwohnens einen Beitrag zur Minimierung der sogenannten Passungsprobleme zu leisten. Insbesondere geht es den jungen Menschen darum, die Distanzen zwischen Ausbildungsstätte und Wohnort zu reduzieren, damit Pendelzeiten wegfallen und der Fokus auf die Ausbildung gelegt werden kann. Natürlich sind das auch die ersten Schritte in die Selbständigkeit, die dabei unterstützt werden. Wenn man sich selbst daran zurückerinnert, das erste Mal eine eigene Wohnung zu finden und eine örtliche Umgebung zu wählen, wo nicht mehr das soziale Umfeld der Familie und Freunde da ist, war das ja eine besondere Herausforderung. Dafür bieten wir den jungen Menschen hier eine Perspektive, damit ihr soziales Umfeld gesichert ist und die Ausbildung gut absolviert werden kann.

5. DREIZEHN: Gibt es unterschiedliche Formen des Jugendwohnens im Rahmen der Jugendsozialarbeit? Welche Zielgruppen werden damit erreicht?

Frank Gärtner: Jugendwohnen versteht sich als sozialpädagogisches Angebot für junge Menschen vor oder während einer Berufs(aus)bildung. Die Zielgruppen je Haus können sehr unterschiedlich sein, denn die Konzeption je Haus variiert. Was aber alle eint, ist die gesetzliche Grundlage. Die Angebote richten wir an junge Menschen, die sich in vier Gruppen mit drei klassischen Zielgruppen unterteilen lassen. Das sind in erster Linie die Auszubildenden, die als Dauerbewohner zum Jugendwohnen kommen, weil sie ihre duale oder vollschulische Ausbildung absolvieren. Als zweites gibt es die Blockschüler_innen, die in zeitlichen Abständen wie-

„Es sind die ersten Schritte in die Selbständigkeit, die dabei unterstützt werden.“

derkehrend in ein Jugendwohnheim kommen, um Blockschulungen oder auch überbetriebliche Unterweisungen zu absolvieren. Die dritte Zielgruppe sind junge Menschen mit Behinderung, die im Rahmen von Reha-Maßnahmen untergebracht sind. Neben den drei klassischen Zielgruppen des Jugendwohnens arbeiten viele unserer Träger von Jugendwohnheimen in ihren Häusern auch mit individuell oder sozial benachteiligten Jugendlichen. In diesem Fall sollte das Wohnangebot im Jugendwohnheim mit einem intensiveren sozialpädagogischen Unterstützungsangebot kombiniert werden. Einige Jugendwohnheimträger bieten unter ihrem Dach auch noch andere Angebote an, beispielsweise Studentenwohnen, Wohnraum für Kurzzeitpraktikanten oder sozialpädagogische Jugendhilfeangebote für junge Menschen, die im Rahmen von Hilfen zur Erziehung gefördert werden.

6. DREIZEHN: Wie erfahren junge Menschen und Ausbildungsbetriebe vom Angebot des Jugendwohnens und auch wo es die Einrichtungen des Jugendwohnens gibt?

Frank Gärtner: Junge Menschen erfahren von unserem Angebot in der Regel über das Internet. Wir haben eine eigene Webseite „AUSWÄRTS ZUHAUSE“, wo alle Jugendwohnheime aufgelistet sind. Die Jugendwohnheime, die sich im Besonderen für AUSWÄRTS ZUHAUSE einsetzen und engagieren, werden dort mit ihren Kontaktdaten gelistet. Die Webseite der Bundesagentur für Arbeit beinhaltet ebenfalls Hinweise zum Thema Jugendwohnen und auch dort sind wir verlinkt. Die Betriebe, die in einem Einzugsgebiet eines Jugendwohnheims liegen, kennen außerdem in der Regel das Angebot und können den Bewerbern davon berichten. Das Gleiche gilt für Innungen und Kammern. Daneben ist es natürlich auch immer Aufgabe eines pluralen Netzwerks, wie es AUSWÄRTS ZUHAUSE ist, Marketingmaßnahmen voranzubringen und das Jugendwohnen in den Fokus zu rücken. Natürlich ist auch jedes Jugendwohnheim selbst verantwortlich und engagiert sich über Mailings oder geht gezielt auf Ausbildungsmessen. Jegliche weitere Maßnahmen, den Bekanntheitsgrad von Jugendwohnen zu erhöhen, wie zum Beispiel dieses Interview jetzt, sind natürlich auch gerne gesehen.

7. DREIZEHN: Ist Jugendwohnen Antwort oder Ziel auf die Frage der Mobilität?

Frank Gärtner: Ja, das ist eine gute Frage und eine gute Frage hat in der Regel auch eine gute Antwort und die heißt „Sowohl-als-auch“. Es kommt darauf an, aus welcher Sichtweise und mit welcher Brille man dieser Frage nachgeht. Wenn ich ein junger Mensch in einer Region bin, in der mein Wunschausbildungsberuf, in dem ich meine Perspektiven sehe, nicht angeboten wird, ist das Jugendwohnen sicherlich eine Antwort auf ein Mobilitätsproblem. Habe ich die Brille eines

Unternehmens oder eines Betriebes auf und ich bekomme keine passenden oder gar keine Auszubildenden, dann kann es auch ein Ziel sein, Jugendwohnen zu integrieren und dies als Möglichkeit zu gestalten, junge Menschen zu gewinnen und noch einmal anders abzuholen und zu begleiten.

8. DREIZEHN: Sie sind Sprecher des Zusammenschlusses AUSWÄRTS ZUHAUSE. Wer ist dort zusammengeschlossen und was sind die Ziele von AUSWÄRTS ZUHAUSE?

Frank Gärtner: AUSWÄRTS ZUHAUSE ist der Zusammenschluss von Trägern von Jugendwohnheimen und von Verbänden der Jugendsozialarbeit. Aktuell haben wir achtzig aktive Einrichtungen, die sich in AUSWÄRTS ZUHAUSE einbringen, mit steigender Tendenz. Diese achtzig Einrichtungen beteiligen sich auch an den Kosten von AUSWÄRTS ZUHAUSE. Aufgabe ist es auch, den fachlichen Austausch zu forcieren. Dafür gibt es jedes Jahr eine Jahrestagung, die gezielt Inhalte von Einrichtungen in den Fokus nimmt. So haben wir uns im letzten Jahr mit den Themen „Werbung für das Jugendwohnen“ und „Auswirkungen der SGB-VIII-Novellierungsvorschläge auf das Jugendwohnen“ beschäftigt. Es gab viel zu beratschlagen, welche Auswirkungen eine solche Gesetzesreform auf das Jugendwohnen und die Träger von Jugendwohnheimen haben wird. In diesem Jahr war die Jahrestagung zum Thema Digital 4.0. Also, welche Auswirkungen hat Digitalisierung auf unser Jugendwohnen und auf das Zusammenleben in einem Jugendwohnheim? Daneben macht AUSWÄRTS ZUHAUSE auch gemeinsame Marketingmaßnahmen. Diese sind ein wichtiger Teil, weil vielen Trägern dafür die Zeit fehlt, sich damit intensiv auseinanderzusetzen. Da gibt es die Homepage, Flyer, Beschreibungen für die Öffentlichkeit oder es wird an Fachmessen wie zum Beispiel dem Deutschen Jugendhilfetag teilgenommen. All das würde einem einzelnen Haus natürlich schon deutlich schwererfallen.

9. DREIZEHN: Der Begriff „zuhaus“ ist ja bereits im Namen AUSWÄRTS ZUHAUSE enthalten. In welchem Alter kommen Jugendliche in die Wohnheime von AUSWÄRTS ZUHAUSE? An welchem Punkt werden Sie abgeholt und was ist nötig, um sie gut zu empfangen?

Frank Gärtner: In der Regel kommen die jungen Menschen zu Beginn ihrer Ausbildung zu uns. Das heißt, dass das Einzugsalter in der Regel zwischen 16 und 20, 21 Jahren liegt. Jugendwohnen stellt für die Bewohner_innen ein niederschwelliges und auch freiwilliges Angebot dar. Es bietet insbesondere auch die Unterstützung des jungen Menschen im Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf. Und wenn man bedenkt: Der junge Mensch hat eine Ausbildungsstelle gefunden und freut sich dort, Fuß zu fassen,

„Dem einen fällt es leichter, sich um Wäsche zu kümmern, dem anderen sich auch mal selbst das Frühstück zu machen.“

kommt dann eine nächste Hürde, die eine besondere Herausforderung darstellt: Das ist der neue Lebensraum, wenn man sich mobilitätsbedingt umorientiert hat. Oftmals ist für die jungen Menschen damit verbunden, dass sie in eine andere Stadt und oftmals in eine größere Stadt ziehen. Wir sind der Überzeugung, dass das mit einem guten, sozialpädagogisch begleiteten Angebot deutlich besser funktioniert als ohne. Und auf die Frage hin, wo die jungen Menschen abgeholt werden, kann ich im Prinzip nur sagen: Da wo der junge Mensch steht. Die jungen Menschen kommen mit unterschiedlichen persönlichen Voraussetzungen zu uns. Dem_der einen fällt es leichter, sich um die Wäsche zu kümmern. Dem_der anderen fällt es leichter, sich auch einmal das Frühstück zu machen oder sein Badezimmer sauber zu halten. Natürlich gibt es auch Unterschiede, wie geschult ein junger Mensch im Umgang mit Behörden ist. Damit der Start gut gelingen kann, ist es auch ganz besonders wichtig, dass der junge Mensch seine Nachbarschaft kennenlernt. Unsere pädagogischen Fachkräfte entwickeln gezielt freizeitpädagogische Angebote um das gegenseitige Unterstützen und Kennenlernen zu forcieren. Zu einem individuellen Einzug gehört auch das Gespräch mit jedem einzelnen. In der Regel gibt es eine_n Bezugsbetreuer_in. Dann finden auch Gespräche statt über Wünsche, über Fördermöglichkeiten, und Absprachen: Wie wollen wir die Zusammenarbeit und auch das Zusammenleben gestalten?

10. DREIZEHN: Wie sieht die pädagogische Betreuung aus? Gibt es zum Beispiel regelmäßige Termine?

Frank Gärtner: Grundsätzlich sind die Jugendwohnheime in ihrer Konzeption frei. So kann jedes Jugendwohnheim seine eigenen Schwerpunkte festlegen und in der Regel sind die Konzepte der pädagogischen Begleitung natürlich der Zielgruppe angepasst. So haben Häuser, die mehr mit Blockschüler_innen zusammenarbeiten, einen anderen Ansatz als Häuser mit Langzeitbewohnern. In der Regel gibt es in jedem Wohnbereich eine zuständige pädagogische Fachkraft, die als erste Ansprechperson für alle Bewohner_innen in dieser Wohngruppe zur Verfügung steht. Zudem organisiert sie mit den Bewohner_innen auch den Wohnbereich. Das bedeutet, dass es dort regelmäßige Gruppentermine gibt, wo das praktische und organisatorische Zusammenleben diskutiert wird: Wie ist die Küche gestaltet? Wer ist für die Sauberkeit in den Bädern zuständig? Wie sieht es aus mit der Lautstärke abends oder frühmorgens?

Aber natürlich wird bei diesen Gruppenterminen auch die emotionale Ebene der Bewohner_innen thematisiert. Das gehört auch dazu, dass diese Dinge nicht verschwiegen, sondern klar angesprochen werden, wenn es z. B. einmal zu Differenzen untereinander gekommen ist. Ein weiteres Thema in diesen Runden sind berufsbedingte Themen. Dort sollen die

Bewohner_innen sich gegenseitig von ihren Erfahrungen berichten und jede_r Bewohner_in soll davon profitieren, dass er_sie in einem Wohnheim lebt.

Und die Bewohner_innen sollen bei uns auch Freude haben, denn Ausbildung macht ja besonders dann viel Spaß, wenn auch das soziale Umfeld und die Freizeitaktivitäten stimmen. Es gibt beispielsweise Kicker-Turniere, Sportangebote, Kennenlern-Wochenenden, Aktivitätsgeschichten, ...

11. DREIZEHN: Stehen Sie in Kontakt mit den Eltern der Jugendlichen, wenn sie noch unter 18 sind?

Frank Gärtner: Ja, wir stehen auch im Kontakt mit Eltern, das gehört zum Angebot dazu. Bei den Dauerbewohner_innen ist oftmals sogar der Erstkontakt, der über die Eltern läuft, weil sie eine Anfrage stellen, ob ihr Sohn, ihre Tochter bei uns unterkommen kann. Als erstes findet dann in der Regel eine Hausbesichtigung statt. Bei der Hausbesichtigung ist der wichtigste Player natürlich der_die Bewohner_in. Aber meistens sind Eltern oder Geschwister auch dabei und schauen sich das Jugendwohnheim mit an. Während des Aufenthalts kann es ebenfalls einen weiteren Kontakt mit den Eltern geben, aber sehr wichtig ist uns dabei, dass der junge Mensch damit einverstanden ist. Dasselbe gilt auch für den Ausbildungsbetrieb. Ganz pragmatisch muss es aber eine gewisse Zusammenarbeit mit den Eltern geben, beispielsweise wenn es darum geht, eine Zuschussbeantragung durch die Berufsausbildungsbeihilfe zu tätigen. Da ist die Mitwirkung aller Beteiligten notwendig.

Wie also die ganze Zusammenarbeit und der Kontakt mit Eltern, des Betriebs und der Schule läuft, ist abhängig von den Absprachen und des wirklichen Bedarfs.

12. DREIZEHN: Haben Sie Erfahrungen mit Ausgrenzung, Aggression, Isolation unter den Jugendlichen? Wie wird in solchen Fällen reagiert?

Frank Gärtner: In einem Jugendwohnheim leben viele Menschen auf einem relativ engen Raum, daher wäre es vermessend zu sagen, es würde dort nicht auch zu Differenzen kommen. Es gibt schon mal Auseinandersetzungen oder auch Ausgrenzungen, die dann von unseren pädagogischen Mitarbeiter_innen thematisiert werden. Bei uns arbeiten Fachkräfte, die gelernt haben, mit solchen Situationen umzugehen und Lösungsmöglichkeiten anzubieten. Zudem hat jede unserer Einrichtungen ein Beschwerdemanagement, wo die Bewohner_innen Vorkommnisse melden können, und das teilweise auch anonym. Außerdem bieten die regelmäßigen Gruppentermine die Möglichkeit, solche Themen anzusprechen. Unsere Mitarbeiter_innen reagieren dann dem Anlass entsprechend. Diese anlassbezogene Reaktion kann ein Einzelgespräch oder Kleingruppengespräch sein, welches durch

die pädagogischen Fachkräfte begleitet und wo eine vermittelnde Rolle eingenommen wird.

13. DREIZEHN: Gibt es Prozesse oder Hilfestellungen, die Sie in Gang setzen können, wenn Jugendliche und deren Eltern sich den Auszug zuhause eigentlich nicht leisten können?

Frank Gärtner: Im Rahmen der Anbahnung eines Zusammenlebens werden natürlich auch die Kosten thematisiert: Wie kann dieser Aufenthalt finanziert werden? Unsere Mitarbeiter_innen sind durch ihre Ausbildung auch darin geschult, sich in den relevanten Sozialgesetzen auszukennen und Wege aufzuzeigen, wie eine mögliche Finanzierung realisiert werden kann. Durch Berufsausbildungsbeihilfe oder BAföG gibt es beispielsweise Möglichkeiten. Bei den Blockschüler_innen gibt es teilweise unterschiedliche Zuschüsse von den jeweiligen Bundesländern. Oder es besteht die Möglichkeit einer Kostenübernahme über die öffentliche Jugendhilfe. Das wird individuell mit dem_der jeweiligen Interessent_in besprochen.

14. DREIZEHN: Welche Rahmenbedingungen müssten aus Ihrer Sicht verändert werden? Welche Wünsche haben Sie an die politisch Verantwortlichen in Bund, Ländern und Kommunen?

Frank Gärtner: Grundsätzlich ist es für uns wichtig, dass der Zugang zum Jugendwohnen als Mobilitätshilfe und als pädagogisches Dialogangebot während der Ausbildung für möglichst viele Jugendliche offen ist. Im Kern geht es uns darum, dass Ungleichheiten im Zugang beseitigt werden. Schnittstellen von Leistungssystemen müssen geschaffen beziehungsweise optimiert werden. Bundesweit gibt es wirklich sehr große Unterschiede in diesem Bereich, unter anderem aufgrund föderaler Strukturen. Da hat jedes Bundesland seine eigenen Rahmenbedingungen, die beispielsweise den pädagogischen Schlüssel festlegen. Dieser berücksichtigt oft nicht die unterschiedlichen Zielgruppen, die ich in der Eingangssituation unseres Interviews erklärt habe. Da müsste es wesentlich differenzierter zugehen, so dass Angebote individueller ausgerichtet und auch finanziert werden können. Eine flächendeckende Gleichbehandlung nicht nur beim Zugang, sondern auch bei der Finanzierung wäre ein großer Fortschritt.

Und auf Ihre Frage hin möchte ich gerne den Bereich „Wünsch dir was“ eröffnen, denn da liegen mir noch vier Punkte am Herzen.

Derzeit sind junge Menschen, die sich in einer vollzeit-schulischen Ausbildung befinden, also beispielsweise Krankenpfleger_innen, Physiotherapeut_innen und Erzieher_innen, nicht durch die Berufsausbildungsbeihilfe förderungsberechtigt. Dies zu ändern würde den Ausbildungsmarkt deutlich stärken und junge Menschen unterstützen. Ähnliches gilt auch

für die zweijährigen Helfer_in-Ausbildungen. Hier müsste man sich auch einmal Gedanken machen, wie eine Unterstützung erfolgen könne. Die Helfer_in-Ausbildung hat sich deutlich weiterentwickelt in den letzten Jahren. Wir merken schon aufgrund der Anfragesituation, dass in diesem Bereich ein deutlicher Bedarf an Jugendwohnheimplätzen entstanden ist. Beim dritten Punkt, der wirklich von großer Relevanz für unsere Auszubildenden ist, geht es um die Zeit nach der Absolvierung einer Ausbildung oder wenn es doch mal zu einem Abbruch der Ausbildung kommt. Die Zuschussfähigkeit endet in der Regel direkt an dem Tag, an dem die Ausbildung abgeschlossen oder eben abgebrochen wird. Das erzeugt ein großes Dilemma. Der junge Mensch hat ausreichend damit zu kämpfen, die Situation des Umbruchs beruflicher Natur zu bewältigen, und dann wird ihm auf diesem Wege auch noch unmittelbar der Wohnraum streitig gemacht und er_sie muss eine andere Bleibe finden. Wir brauchen einen geordneten Übergang, der jungen Menschen erst einmal die Ruhe zum Beenden seiner Ausbildung lässt. Anknüpfend an meinen dritten Punkt gibt es nochmal eine besondere Zielgruppe. Das sind die ehemaligen unbegleiteten minderjährigen geflüchteten Menschen, die bei uns im Rahmen ihrer Ausbildung betreut werden. Bei dieser Gruppe ist es ganz existenziell, wenn dort ein Ausbildungsabbruch oder das Ende der Ausbildung ansteht, da in diesem Fall kein anderes System hinter ihnen steht und die Zuständigkeit des Jugendamtes ist in der Regel nicht mehr gegeben ist. Für diese jungen Menschen bedarf es einer Übergangslösung, die die Umstände solcher beruflichen Veränderungen weicher abfedert.

DREIZEHN: Vielen Dank für das Interview.

Das Interview führte Hans Steimle, Bundesarbeitsgemeinschaft evangelische Jugendsozialarbeit e. V.

Kontakt: Frank Gärtner ist Geschäftsführer von Kolping Jugendwohnen und Sprecher von AUSWÄRTS ZUHAUSE
E-Mail: info@kolping-jugendwohnen.de

Berufliche Mobilität benachteiligter und beeinträchtigter Jugendlicher

Lebenschancen zu nutzen, hängt in modernen Gesellschaften wesentlich von der Bereitschaft und von der Befähigung zu Mobilität ab. Die Manege gGmbH hat mit einer Pilotstudie die Mobilität von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in ländlichen und randurbanen Räumen der ostdeutschen Bundesländer genauer untersucht. Die Pilotstudie wurde im Rahmen der Projektförderung der Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS) e. V. realisiert.

Schwester Margareta Kühn SMMP und Silke Starke-Ueckermann

Es ist immer eine besondere Herausforderung, einen Ausbildungsplatz oder eine Arbeitsstelle in weiterer Entfernung zum bisherigen Wohnort anzunehmen. Gewohnheiten zu verändern, das bekannte soziale Umfeld zu verlassen und ohne Eltern, Freund_innen oder Vertraute das Leben an einem unbekannten Ort meistern zu müssen, ist besonders für Jugendliche und junge Erwachsene zu Beginn des Berufslebens eine große Hürde.

Eine Einrichtung der katholischen Jugendsozialarbeit in Berlin-Marzahn, die Manege gGmbH, wollte genauer wissen, unter welchen Umständen jungen Menschen, die sozial benachteiligt und/oder individuell beeinträchtigt sind, berufliche Mobilität gelingt. Welche Faktoren begünstigen oder behindern sie? In der Pilotstudie von Manege (2015) wurde der Blick besonders auf Jugendliche und junge Erwachsene in ländlichen Räumen ostdeutscher Bundesländer und in Berlin gelegt.

In der gesellschaftlichen sowie politischen Debatte zur regionalen Mobilität beim Ausbildungs- und Erwerbseinstieg von in den ostdeutschen Bundesländern lebender Jugendlicher und junger Erwachsener ist recht viel über die Probleme der ostdeutschen Regionen, sehr wenig hingegen über die Jugendlichen und jungen Menschen zu erfahren.

Bisherige Befunde zur regionalen Mobilität oder Migration zeigen, dass in den ostdeutschen Bundesländern wesentlich mehr Jugendliche als in den westdeutschen Bundesländern bereits zu Ausbildungsbeginn mobil werden. Jedoch geht keine der Untersuchungen auf die Integrations- und Mobilitätsprobleme derjenigen Jugendlichen und jungen Menschen ein, die aufgrund ihrer individuellen Voraussetzungen oder aufgrund ihrer sozialen Situation als benachteiligt anzusehen sind (vergleiche dafür SGB VIII, SGB II, SGB III).

Aus der praktischen Umgangserfahrung mit dieser Gruppe ist allerdings bekannt, dass diese im Vergleich zu nicht

„Wenn wir zur Arbeit pendeln oder gar umziehen, stellt das einen großen Eingriff in die bisherigen Lebensgewohnheiten dar.“

benachteiligten und/oder individuell beeinträchtigten Jugendlichen und jungen Erwachsenen stark mobilitätsgehemmt ist.

Einerseits spielen kontextuelle Bedingungen wie sozialstaatliche Interventionen und individuelle Merkmale eine Rolle. Aber auch vorherige Mobilitätserfahrungen, individuelle und/oder familiäre Ressourcenausstattung sowie lokal verankerte Sozialbindungen und soziale Netzwerke sind von Wichtigkeit. Regionale Mobilität kann von bestimmten Lebensereignissen abhängen und deshalb im Verlaufe einer Biografie variieren. Diese Statuspassage markiert das Erwachsenwerden, in dessen Verlauf sich sowohl die mobilitätsrelevanten individuellen Kompetenzen Jugendlicher als auch die ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen und Sozialbindungen stark verändern. Trifft das auch auf junge Menschen in ländlichen Räumen ostdeutscher Bundesländer zu, die aufgrund ihrer sozialen Situation als benachteiligt anzusehen sind?

An diesem Punkt setzt das im Netzwerk der Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS) e. V. durchgeführte Forschungsprojekt an. Dazu wurden 35 junge Menschen aus den östlichen Bundesländern befragt. Zum Zeitpunkt der Befragung nahmen sie an Aktivierungsmaßnahmen teil. Demnach ist den befragten Jugendlichen bewusst, dass außerhalb ihres Lebensorts Chancen bestehen, die ihnen selbst bei verbesserter Qualifikation an ihrem Lebensort weder gegenwärtig gegeben sind noch zu einem späteren Zeitpunkt gegeben sein werden, und dass Abwanderung eine Option der Verbesserung ihrer Lebenschancen darstellt.

Abwanderung und Pendeln zwischen Lebensort und Arbeit wird nicht als wachsende Lebenschance wahrgenommen. Dies liegt daran, dass Jugendliche und junge Menschen, die zur Klientel von Projekten der Aktivierungshilfe gehören, ihre Lebenssicherheit aus der unmittelbaren räumlichen Nähe zu ihrer Familie, ihrer Verwandtschaft und ihnen seit ihrer Kindheit bekannten lebensweltlichen Verkehrskreisen gewinnen. Dies ist selbst dann der Fall, wenn diese Bezugsgruppen den Befragten bei ihrer sozialen und beruflichen Integration keine Unterstützung sind.

Das Vertrauen der Jugendlichen in sich selbst, die eigenen Fähigkeiten und Fertigkeiten spielt eine untergeordnete Rolle. Sie gewinnen Lebenssicherheit durch eine aus einer ausschließlich an Personen gebundenen, enttäuschungsfreien und verlässlichen sozialpädagogischen Begleitung. Besonderes Gewicht besitzt dabei das gewachsene Vertrauen in eine professionelle Dauerpräsenz. Nicht „Mobilität an sich“, sondern vielmehr „unbegleitete Mobilität“ ist für die Klientel der Projekte der Aktivierungshilfen ein Problem. Allein der Gedanke an unbegleitete Mobilität verstärkt bei der Mehrheit der Befragten vorhandene Hilflosigkeits- und Verlassenheitsgefühle und reaktiviert die in hohem Maße vorhandenen Traumata, Unterle-

genheits- und Minderwertigkeitsgefühle. Diese resultieren aus erlebtem und nicht bewältigtem Versagen.

Daraus folgt, dass die Gewährleistung von Lebenssicherheit als Erwartung an externe Instanzen gebunden wird: an „die, die mir hier geholfen haben“, von denen „ich weiß, weil ich es erfahren habe, dass sie mich respektieren und verstehen“ und an das Versprechen dieser Instanzen, entweder „vor Ort präsent“ oder „immer für mich da zu sein“.¹ Die Extremposition zeigt sich in der Aussage eines Teilnehmers an einem Projekt der Manege gGmbH: „Ich würde versuchen, mir woanders ein eigenes Leben aufzubauen, und dazu auch von meiner Familie weggehen, wenn ich wüsste, dass die Manege mitkommen würde.“

Konkrete Ergebnisse

Das Durchschnittsalter der Befragten betrug 21 Jahre. Befragt wurden 11 weibliche und 24 männliche Teilnehmer_innen aus Maßnahmen der Aktivierungshilfen.

● Lebenslauf und regionale Mobilität

Von insgesamt 35 Befragten leben 23 (66 %) seit ihrer Geburt an dem Ort, an dem sie zum Zeitpunkt der Befragung lebten. Nur sehr wenige Befragte sind jemals „aus ihrem Wohnort herausgekommen“. Zwölf Befragte (34 %) leben seit einem Zeitraum zwischen zwei und fünf Jahren an dem Ort, an dem sie zum Zeitpunkt der Befragung wohnten. Auch die Entfernung der Projektstandorte zum örtlichen Lebensmittelpunkt der Befragten erzwingt keinen nennenswerten Mobilitätsaufwand: 14 Befragte (40 %) erreichen den Projektstandort zu Fuß, und die Mehrheit dieser Befragten erreicht den Projektstandort innerhalb eines Zeitraums von 20 Minuten. 16 Befragte (46 %) erreichen den Projektstandort mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Diese Kleinräumigkeit charakterisiert auch die räumliche gesellschaftliche Teilhabe der Befragten: Sie beschränkt sich (in subjektiv befriedigendem Maße) auf einen eingegrenzten Lebensraum.

● Berufliches Selbstbild – Vorhandensein und Eigeninitiative

Die Jugendlichen wissen, was sie wollen, und es trifft in keiner Weise zu, dass ihnen ein berufliches Selbstbild fehlt. Tatsache ist vielmehr, dass sie präzise und selbstbewusst anzugeben wissen, wer sie beruflich sein möchten, wenn sie es nur könnten. Sie wissen, dass ein Beruf und damit eine berufliche Ausbildung Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und Integration – auch für gesellschaftliche Integration im Sinne von „sozialer Anerkennung“ – sind. Sie erkennen, dass ihre berufliche Selbstprojektion nicht zu realisieren ist, und entwerfen alternative berufliche Selbstprojektionen, die kognitiv und motivational vorhanden sind. Nahezu die Hälfte der Befragten kann

„Den befragen Jugendlichen ist bewusst, dass außerhalb ihres Lebensorts Chancen bestehen.“

eine deutliche berufliche Zweitprojektion benennen. Den Befragten ist bewusst, dass ihnen zum gegenwärtigen Zeitpunkt biographisch bedingt die Voraussetzungen für eine ihrem (beruflichen) Selbstbild entsprechende Lebens- und Zukunftsgestaltung fehlen. Sie wissen aber auch, dass ihnen diese bei den Angeboten der Träger vermittelt werden können. Sie erkennen dies ausdrücklich an und sind in einer bemerkenswert großen Anzahl von Fällen explizit dankbar dafür. Gleichwohl bestehen Zweifel an den eigenen Fähigkeiten, eigenverantwortlich das Leben zu gestalten und eigene Vorstellungen zu realisieren. Ohne die Hintergrundsicherheit durch die Angebote der Träger dominieren Selbstzweifel und Versagensängste.

● Mobilitätsbereitschaft und Hilfe

12 der mobilitätsbereiten Befragten (34 % aller Befragten) vertraten die Auffassung, zur Verwirklichung ihrer Mobilitätsbereitschaft auf Hilfe angewiesen zu sein. Ob diese Hilfe von der bisher in den Projekten erfahrenen Art sein solle, beantworteten alle 12 mit Ja.

An Leistungswillen und der Bereitschaft, sich anzustrengen, mangelt es nicht. Die Jugendlichen erfahren fachliche und soziale Kompetenz sowie die bedingungslose Gewährleistung von Hilfe, und dies gibt ihnen Sicherheit. Verkehrstechnische Beschränkungen spielen für die Befragten keine Rolle.

Mobilität wird, sofern nicht durch externe Umstände erzwungen, realisiert auf der Grundlage einer Entscheidung zwischen den Alternativen „Bleiben“ oder „Gehen“. Wenn sich jemand für Mobilität entscheidet, wird dies bedingt durch den Wunsch, nicht für immer „hier“ bleiben zu wollen. Ob und in welchem Maße dieser Wunsch bei der Klientel der in diese Pilotstudie einbezogenen Projekte vorhanden ist, wurde erfragt: „Möchtest du für immer hierbleiben?“ 57 % antworteten mit Nein, 43 % mit Ja. Die Verteilung war bei weiblichen und männlichen Befragten exakt gleich. 80 % der Befragten, die die Frage bejahten, sind nach eigenen Angaben nicht aus objektiven Gründen mobilitätsbeschränkt. Sie sind vielmehr subjektiv mobilitätsunwillig. Sie könnten mobil sein, wenn sie es wollten, möchten aber nicht beispielsweise für einen Ausbildungs-/Arbeitsplatz pendeln oder an einen anderen Ort ziehen. Nach ihren subjektiven sozialen und emotionalen Präferenzen überwiegen die Vorteile des „Hierbleibens“. Mit dem „Weggehen“ wäre der Vorteil verbunden, woanders einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz im ersten Ausbildungs-/Arbeitsmarkt zu erhalten und dadurch das Ausmaß der gesellschaftlichen Teilhabe zu erhöhen.

Als Bleibegründe werden aufgeführt:

- „Mir gefällt es hier.“
- „Hier bin ich jemand.“
- „Weil es die Einrichtung gibt, und weil die Einrichtung für

mich da ist und mir hilft, mit meinem Leben zurechtzukommen und mich noch nie enttäuscht hat.“

- „Weil meine Eltern, meine Familie und meine Freund_innen hier bleiben und ich von denen nicht weg will.“
- „Weil ich hier durch meine Freundin/meinen Freund und durch deren/dessen Familie erlebe, was Geborgenheit ist und mich das glücklich macht. Woanders würde ich immer einsam sein!“
- „Weil ich nie etwas anderes kennengelernt habe und auch nichts anderes kennenlernen will.“
- „Ich weiß, dass ich weggehen könnte, wenn ich das wollte, aber dann würde ich meine Heimat verlieren.“
- „Ich hätte draußen nur Angst, weil die, die mir hier helfen und die mich lieb haben, dann ja nicht da wären.“

Die Befragten, die äußerten, „für immer hier bleiben“ zu wollen, wurden mit der Frage konfrontiert: „Aber was würdest du denn machen, wenn du nach Ende der Projektlaufzeit hier keinen Ausbildungsplatz oder keinen Arbeitsplatz finden würdest?“ Mit Ausnahme von 3 Befragten, die das „Für-immer-Hierbleiben-Wollen“ mit der Präsenz der Einrichtung verknüpften, antworteten alle Befragten mit familien- und/oder lebensweltbezogenen Gründen nach dem Muster: „Das weiß ich nicht, aber ich hätte dann ja meine Familie und meine Freunde!“ Weitere Antworten waren nicht zu erhalten.

Erkenntnisse und perspektivischer Handlungsbedarf

Die Mehrheit der Befragten möchte nicht mobil werden, weil in ihrer individuellen Kosten-Nutzen-Rechnung der erwartete Nutzengewinn regionaler Mobilität die sozialen und psychischen Einbußen nicht übersteigt. Diese Tatsache beruht auf der sozialen Benachteiligung und/oder individuellen Beeinträchtigung dieser Jugendlichen. Ihnen mangelt es an kulturellem und sozialem Kapital. Daraus folgt ein Mangel an Handlungskompetenz zu einer eigenverantwortlichen Lebensführung.

Zum Ausgleich dieser benachteiligungs- und beeinträchtigungsbedingten Mangellagen sind nicht nur Projekte, sondern zeitlich, sachlich und personell stabile organisatorische Arrangements einer professionellen Hilfe zur Alltagsbewältigung erforderlich. Die Jugendlichen müssen wissen, dass auch dann, wenn sie formal nicht mehr zu einem Projekt gehören, in allem, was sie betrifft, eine Stelle bedingungslos für sie da ist.

Jugendliche, die in Aktivierungshilfen ihre Problemlagen bearbeiten, brauchen eine rechtliche Gewährleistung solcher Arrangements und Hilfsangebote. Damit kann der junge Mensch

auch im Anschluss an die Maßnahme befähigt werden, berufsbegleitende regionale Mobilität in seine Lebensplanung zu integrieren. So können Arbeitsmarktchancen zur gesellschaftlichen Teilhabe der jungen Menschen werden.²

Ein solches Arrangement ist nicht nur sachlich geboten, sondern es erfüllt zugleich den vom Gesetzgeber als *lex specialis* zu § 1 Kinder- und Jugendhilfegesetz mit der Zentralnorm § 13, Jugendsozialarbeit, versehenen Anspruch sozial benachteiligter und/oder individuell beeinträchtigter Jugendlicher auf spezifische Hilfe. Diese sozialpädagogische Hilfe ist auszurichten „auf den Ausgleich sozialer Benachteiligungen“ und „auf die Überwindung individueller Beeinträchtigungen“. Sie dient dazu, Voraussetzungen für die Erlangung von Lebenschancen zu schaffen. Der Gesetzgeber weist diesen durch sozialpädagogische Begleitung zu erbringenden Hilfen ausdrücklich Vorrangstellung vor den arbeitsmarktzentrierten Leistungen nach SGB II zu.

Pilotstudie zur Mobilität sozial benachteiligter und/oder individuell beeinträchtigter Jugendlicher und junger Erwachsener in den ländlichen Räumen der ostdeutschen Bundesländer: Die Ergebnisse wurden in der Zeitschrift ASPEKTE der Jugendsozialarbeit Ausgabe 76 veröffentlicht. Die Zeitschrift kann bestellt werden bei lydia.kraemer@jugendsozialarbeit.de oder online gelesen werden unter <https://www.bagkjs.de/aspekte>.

Die Daten wurden mittels qualitativer Interviews in folgenden Projekten/Einrichtungen gewonnen:

- Caritas Berlin, Region Vorpommern, Jugendhilfeprojekt „Aufwind“, Pasewalk
- Don Bosco Haus, Chemnitz, Deutsche Provinz der Salesianer Don Boscos (SDB), Ludwig-Kirsch-Str. 13, Chemnitz: Modellprojekt „Startklar“, Binnendifferenzierte Aktivierungshilfe
- Don Bosco JugendWerk gGmbH Sachsen, Berufliche und gesellschaftliche Rehabilitation – Anerkannter Träger der Freien Jugendhilfe, Chemnitzer Str. 92, Burgstädt
- Manege gGmbH: Seit 2005 Träger von Projekten der Jugendsozialarbeit, insbesondere der Jugendberufshilfe und der Jugendhilfe zur Arbeit mit sozial benachteiligten und schwer zu erreichenden jungen Menschen nach dem Recht Sozialgesetzbuch, Zweites Buch (SGB II) – Grundsicherung für Arbeitsuchende – und nach dem Recht Sozialgesetzbuch Drittes Buch (SGB III) – Arbeitsförderung //

Die Autorinnen:

Schwester Margareta Kühn SMMP ist seit 2005 Einrichtungsleiterin und Geschäftsführerin der Manege gGmbH im Don-Bosco-Zentrum Berlin Marzahn. E-Mail: info@manege-berlin.de

Silke Starke-Uekermann arbeitet seit 2006 bei der Bundesarbeitsgemeinschaft katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS)

e. V. Als Referentin für Öffentlichkeitsarbeit und Jugendsozialarbeit ist sie u. a. für die Publikation ASPEKTE und Monitor Jugendarmut sowie den Blog <https://jugendsozialarbeit.news/> zuständig.

Anmerkungen:

¹ Protokollierte Antworten aus Interviews, vorwiegend mit Jugendlichen aus der Klientel von Projekten der Aktivierungshilfe und der Jugendsozialarbeit, die von der Manege gGmbH durchgeführt werden.

² Vgl. in diesem Zusammenhang die Vorschläge von Christiane Hillig und Christiane Bollig zum Einsatz virtuellaufsuchender Arbeit in der mobilen Jugendarbeit im ländlichen Raum: Hillig, Christiane/Bollig, Christiane: „Virtuellaufsuchende Arbeit in der mobilen Jugendarbeit im ländlichen Raum“, in: Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit (Herausgeber): Mobilität - eine Herausforderung in ländlichen Räumen. Wie Jugendsozialarbeit berufliche Teilhabechancen junger Menschen unterstützen kann (Beiträge zur Jugendsozialarbeit Nr. 5), S. 28–37.

Mit dem Leihfahrrad zum Praktikum

*Die Jugendwerkstatt Langenaltheim
unterstützt Jugendliche im ländlichen
Franken.*

Josefine Janert

Azubi Daniel auf dem Dienstfahrrad vor der Jugendwerkstatt

Daniel hat im Frühsommer zwei Dinge geschafft, die ihm wichtig sind. Er hat seine Ausbildung als Polster- und Dekorationsnäher erfolgreich abgeschlossen und den Führerschein gemacht. „Ich bin selbstbewusster geworden“, resümiert der 21-Jährige mit dem dunklen Haar und dem knallgelben T-Shirt die vergangenen drei Jahre. 2015 sah es nicht so aus, als ob er auf dem Arbeitsmarkt Fuß fassen könnte. Da hing der schlaksige junge Mann viel mit Freunden herum. Fremden gegenüber war er zurückhaltend. Morgens sagte er „Hallo!“ und abends „Auf Wiedersehen!“ und dazwischen nicht viel mehr. Keine guten Voraussetzungen für den Beruf, den er damals ergreifen wollte: Verkäufer. Da muss man reden können, Kunden ein Produkt erklären und sie davon überzeugen. „Nach dem Hauptschulabschluss habe ich erst einmal keinen Ausbildungsplatz gefunden“, sagt Daniel. Die Arbeitsagentur schickte ihn in die Jugendwerkstatt Langenaltheim. Das Dorf mit 2.200 Einwohnern ist elf Kilometer von Daniels Wohnort Treuchtlingen entfernt. Dieser liegt südwestlich von Nürnberg, in Franken.

Dass Daniel jetzt den Führerschein hat, ist auch der Jugendwerkstatt zu verdanken. Sie hat sich an den Kosten beteiligt – mit Spenden, die sie eigens dafür eingeworben hat. Voraussetzung war, dass Daniel während der Ausbildung gute Leis-

tungen zeigte und sich mit 500 Euro an den Fahrstunden beteiligte. „Das war hart“, sagt er. „Ich bin wenig ausgegangen und habe jeden Monat etwas zurückgelegt.“ Wenn er jetzt am Steuer sitzt, ist die Freude umso größer.

Erst einmal ist es das Steuer des roten Dienstwagens der Jugendwerkstatt. Neben Daniel sitzt Anette Pappler, die die Jugendwerkstatt leitet. Da er die Fahrprüfung gerade erst bestanden hat, hat sie ein Auge auf seinen Fahrstil. „Das handhaben wir bei allen Jugendlichen so“, sagt die resolute Frau mit der blonden Kurzhaarfrisur. Und zu Daniel: „Guck, ob die Straße frei ist!“ Die beiden hatten in Treuchtlingen etwas Dienstliches zu erledigen. Die 46-Jährige spannt die Jugendlichen bei solchen Gelegenheiten gern mit ein, damit sie sich an die Routinen des Arbeitsalltags gewöhnen: mit dem Dienstwagen einem Kunden ein Produkt liefern, einen Gast der Jugendwerkstatt vom Bahnhof abholen.

Zaghaft kurvt Daniel durch Treuchtlingen, das 13.000 Einwohner hat. Er lässt Wohnblocks hinter sich. Nun fliegen Felder und Kuhweiden am Autofenster vorbei. Unter Anette Pappplers wachsamem Blick biegt er in die Bundesstraße 2 ein. Dort herrscht um die Mittagszeit reger Betrieb. Ein Wäldchen, wieder Felder, eine kleine Straße. Das Auto rollt durch Langenaltheim.

Daniel parkt den Dienstwagen vor einem dreistöckigen Gebäude mit gepflegter gelber Fassade. Darin war früher eine Polizeiwache untergebracht. Gegenüber befand sich ein Landkrankenhaus. Beide Einrichtungen sind längst verschwunden. Immerhin gibt es in Langenaltheim ein Hotel, einen Lebensmittelladen, einen Friseursalon und Bankfilialen, aber zu ihrem Arbeitgeber müssen die meisten Leute länger fahren als vor 50 Jahren üblich. Doch seit 1986 hat das Dorf die Jugendwerkstatt. Sie ist eine hundertprozentige Tochter des Vereins der evangelischen Bildungszentren im ländlichen Raum in Bayern e. V. Seit 2017 agiert sie als gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Zielgruppe sind 15- bis 25-Jährige mit erhöhtem Förderbedarf, die nach § 13 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes gefördert werden. Zurzeit beschäftigt die Werkstatt 22 Jugendliche; die meisten sind älter als 18. Zwei Drittel sind junge Männer.

Ländlicher Raum – das bedeutet keinesfalls, dass die Mehrheit der Menschen in der Region von der Landwirtschaft lebt. Jobs gibt es in der kunststoffverarbeitenden Industrie, bei Zulieferern der Autohersteller, bei Bau- und Handwerksbetrieben, im Handel und in der Dienstleistungsbranche, im Gesundheitswesen. Manche Menschen pendeln von Treuchtlingen nach Nürnberg oder Ingolstadt. Entscheidend dafür, ob ein Berufsweg gelingt, ist oft die Frage, ob und wann Züge oder Busse zum Arbeitsort fahren, ob jemand ein Auto oder Fahrrad besitzt.

„Ländlicher Raum – das bedeutet keinesfalls, dass die Mehrheit der Menschen in der Region von der Landwirtschaft lebt.“

Damit die Jugendlichen unter all diesen Verkehrsmitteln wählen können, organisiert die Jugendwerkstatt die Kofinanzierung des Führerscheins durch Spenden. Falls nötig, üben Anette Pappler, ihre Kolleginnen und Kollegen mit ihnen, Bus- und Zugverbindungen herauszusuchen und Bahnfahrkarten zu buchen. Die jungen Leute brauchen die Tickets nicht nur für den täglichen Arbeitsweg. Die Berufsschulen sind bis zu 250 Kilometer von Langenaltheim entfernt. Sich zu organisieren, das hat mancher zu Hause nicht gelernt. „Viele Jugendlichen stammen aus einem bildungsfernen Umfeld, aus nicht intakten Familien“, sagt Anette Pappler. „Da gibt es niemanden, der sich um ihre Entwicklung kümmert.“

Die meisten Menschen in der Jugendwerkstatt stammen aus kleineren Orten in der Umgebung. Zwar fährt ein Linienbus nach Langenaltheim, aber nicht zu passenden Zeiten. Daher holt ein Bus der Werkstatt die Jugendlichen um sieben Uhr am Bahnhof Treuchtlingen ab und bringt sie nachmittags zurück. Hat jemand einen Praktikumsplatz bei einem Unternehmen gefunden oder hat dort ein Vorstellungsgespräch für einen festen Job, stellt die Werkstatt ein Leihfahrrad oder ein Auto zur Verfügung, wenn kein Bus oder Zug dorthin fährt. Dadurch bietet sie einen Service, den Stadtbewohner durch den Boom beispielsweise des Leihfahrrads an jeder Ecke haben können. Das Rad hat Radsport Gruber gespendet, eine örtliche Firma, deren Inhaberin Vizechefin der Industrie- und Handelskammer Mittelfranken ist und als solche die Jugendwerkstatt unterstützt. Pappler und Kollegen sind mit Unternehmen, Ämtern und anderen lokalen Akteuren gut vernetzt. Sie wissen: Im ländlichen Raum ist das womöglich noch wichtiger als in einem strukturstarken Ballungsgebiet. Dass sich Anette Pappler in der SPD engagiert, ist beim Netzwerken durchaus von Vorteil.

Die Chefin hat Pädagogik und im Nebensstudium Sozialmanagement studiert. Die Werkstatt beschäftigt elf hauptamtliche Mitarbeiter_innen sowie mehrere nebenberufliche: Sozialpädagog_innen, Pädagog_innen, eine Verwaltungsfachwirtin, einen Kaufmann sowie Fachleute für die Gewerke, in denen die Werkstatt Ausbildungsplätze und Praktika anbietet: Schneiderei, Schreinerei, Forst- und Gartenlandschaftsbau. Ausgebildet wird in sechs Berufen. Für alle gibt es in der Region Arbeitsplätze. „Wir suchen auch in Nischen“, sagt Anette Pappler und erzählt von einem Hersteller von Hubschraubern, der Polster für Sitze benötigt.

Für viele Jugendliche ist die Werkstatt nach vielen Misserfolgen in der Schule und auf dem Arbeitsmarkt die letzte Hoffnung. Mancher hat schon phasenweise zu viel Alkohol getrunken oder hatte Ärger mit der Polizei. Andere haben keinen Schimmer, welcher Beruf zu ihnen passt. Wenn sie nicht oder noch nicht ausbildungsfähig sind, machen sie in der Jugendwerkstatt das einjährige Projekt „Arbeiten und Lernen“, das ihnen Einblicke in verschiedene Arbeitsfelder bietet. Dabei werden sie zu Helfern qualifiziert. Außerdem unterstützen Pappler und Kollegen sie dabei, Wissenslücken zu schließen. „Wir haben schon mit Jugendlichen die Grundrechenarten gepaukt“, sagt sie. Besser als blanke Theorie sei es, einen Bezug zum Arbeitsalltag herzustellen. Wenn der junge Mann weiß, dass er den Dreisatz täglich in der Werkstatt benötigt, fällt es ihm leichter, ihn zu lernen.

Daniel hat 2015 mit „Arbeiten und Lernen“ begonnen und dabei die Textilwerkstatt im Erdgeschoss der Jugendwerkstatt kennengelernt. Es stellte sich heraus, dass er gern mit Stoffen und Polstern arbeitet. Seine Fähigkeit, konzentriert an einer Sache dranzubleiben, kommt dabei zum Tragen. Sein erfolgreichstes

„Sich zu organisieren, das hat mancher zu Hause nicht gelernt.“

Projekt: Er nähte für mehrere Kirchen der Umgebung Sitzpolster für die langen Bänke. „Das kann er richtig gut!“, lobt ihn Anette Pappler für seine Geduld. Daniel grinst verlegen und sagt dann: „Ich hab den Ehrgeiz: Ich will das fertigkriegen.“

Die Textilwerkstatt bildet neben den Polster- und Dekorationsnäherinnen auch Änderungs- und Maßschneider_innen aus. An einer Nähmaschine sitzt die 24-jährige Alyssa. Vorsichtig streicht die dunkelhaarige Frau über die Weste, an der sie gerade arbeitet. Der Stoff darf keinen Schaden nehmen, sonst ist der Kunde womöglich unzufrieden. Er ist Mitglied der Feuerwehrkapelle und braucht die Weste für Auftritte. „Er kam her, damit wir Maß nehmen konnten“, sagt Alyssa. An einer Schneiderpuppe hängt ein Kleid mit geschlitzten Ärmeln und Schnürung an der Taille. Das Kleidungsstück im sogenannten Renaissancestil wurde für einen Mittelaltermarkt bestellt. Billig wird die Handarbeit nicht. „Wir arbeiten in der Regel zu marktüblichen Preisen“, sagt Anette Pappler. Die Kunden sind Privatleute, Unternehmen und Institutionen aus der Region.

Die angehenden Schreiner_innen und Fachpraktiker_innen für Holzverarbeitung sowie die Forstwirte_innen haben ihre Werkstatt ein paar Minuten vom Haupthaus entfernt. Hier ist der 18-jährige Lukas am Werk. Er entfernt scharfe Kanten von Brettern für eine Gartenbank. Nebenan steht eine hölzerne Weltkugel zum Entdecken und Hineinkriechen. Eine Kita hat sie bestellt. Ein Verkaufshit der Werkstatt ist ein Verbissschutz, der junge Bäume vor Tieren schützt. „Der Draht muss nicht zurückgebaut werden“, sagt Anette Pappler stolz. „Er verrottet nach ein paar Jahren.“

Ihr Kollege Wolfgang Neff ist Forstingenieur und bildet Forstwirte_innen aus. Gerade diskutiert der hochgewachsene Mann mit einem Jugendlichen über dessen Berichtsheft. Darin soll der junge Mann Erkenntnisse und Fortschritte während seiner Ausbildung eintragen, was für jemanden, der das Fach Deutsch in der Schule nicht eben geliebt hat, eine Herausforderung ist. Das Schwierigste an Neffs Job? „Termine einhalten, Qualität liefern, gleichzeitig den Jugendlichen etwas beibringen und sie motivieren“, sagt er. „Bei 30 Grad Hitze auf schrägem Gelände mit einem sechs Kilo schweren Gerät Gehölze zu entfernen, das macht nicht immer Spaß.“ Wolfgang Neff versucht, bei der Arbeit für Abwechslung zu sorgen, so dass das Schuften am Hang nur ein paar Stunden dauert. „Und dann geh ich eben als Zugpferd voran“, sagt er.

Verlässlichkeit und das Gefühl, in einer Gemeinschaft geborgen zu sein – das haben viele Jugendliche zu Hause kaum kennengelernt. Sie trainieren in der Jugendwerkstatt auch scheinbar simple Dinge für den Alltag. So holt der Hausdienst für das gemeinsame Frühstück Brötchen vom Bäcker. Er räumt die Spülmaschine aus, deckt den Tisch, räumt ihn später wieder



Anette Pappler leitet die Jugendwerkstatt Langenlathen

ab. „Wenn sie sich an der Berufsschule mit anderen Azubis austauschen, merken sie, wie stark wir hier den Fokus auf ihre Bedürfnisse legen“, sagt Anette Pappler. Viele andere Betriebe könnten das nicht leisten.

In der Stadt leben viele Menschen anonym nebeneinanderher. Man könnte meinen: Auf dem Land kennt und unterstützt man sich. Doch Pappler und ihr Team haben die Erfahrung gemacht, dass viele Familien darauf achten, dass sie nach außen weiter intakt wirken, auch wenn es Spannungen gibt. Daher bleiben die Schwierigkeiten, mit denen manche Jugendliche kämpfen, oft erst einmal unentdeckt von Menschen, die helfen könnten. „Die Dunkelziffer der jungen Menschen, die psychische Beeinträchtigungen und Benachteiligungen erleiden, ist im ländlichen Raum womöglich noch größer als in der Stadt“, sagt Anette Pappler. Nach ihren Beobachtungen haben psychische Beeinträchtigungen in den vergangenen Jahren sogar zugenommen: etwa Phobien, Zwangsgedanken und die Folgen davon, dass Jugendliche mit Eltern aufwachsen, die ihrerseits psychische Probleme haben. Falls nötig, sorgt die Werkstatt dafür, dass ein Jugendlicher einen Platz für eine Psychotherapie bekommt.

Damit nach der Jugendwerkstatt der Anschluss auf dem Arbeitsmarkt klappt, organisieren Pappler und Kolleg_innen Betriebsbesichtigungen. Daniel, der junge Mann mit dem knallgelben T-Shirt, hat so Kontakt zu einem Einrichtungshaus in der Nähe geknüpft. Da er jetzt besser vorbereitet ist, brauchte er nur eine Bewerbung zu schreiben. Sein neuer Arbeitgeber schätzt besonders, dass Daniel als Polsternäher weiß, was ein gutes Sofa ausmacht. Im Herbst wird er seine zweite Ausbildung beginnen: als Verkäufer. //

Die Autorin: Josefine Janert ist freie Journalistin. E-Mail: josefine.janert@web.de

Mit dem Europäischen Freiwilligendienst nach Deutschland

Finnin engagiert sich ein Jahr lang im Berliner Circus Schatzinsel

Monika Kophal

Auf dem Tempelhofer Feld in Berlin laufen die letzten Vorbereitungen für das jährliche Circus-Festival: Junge Menschen hämmern die letzten Nägel in die Tribüne, bauen Getränkestände auf, malen Holzzäune an und basteln Windlichter. Das große, weiße Circuszelt ist längst aufgebaut und fällt schon von Weitem auf. Mittendrin in den Vorbereitungen ist auch Christine Kölbel. Sie ist die Projektleiterin des Circus Schatzinsel, ein Circusprojekt, bei dem 6- bis 27-Jährige kostenlos in den Disziplinen Jonglieren, Kugellauf und Vertikaltuch-Akrobatik trainiert werden. Daraus entstehen jährlich zwei bis drei eigene Circus-Produktionen, im vergangenen Jahr zum Beispiel das Stück „Nebelwelten“ vom Jungen Ensemble. Ein Stück, das überzeugt hat – und deswegen nun auch auf dem Festival aufgeführt wird.

Doch der Großteil der Arbeit findet nicht einmal jährlich auf dem Tempelhofer Feld, sondern in den Räumen der Schatzinsel statt. Etwa 130 Kinder werden hier mehrmals die Woche von professionellen Trainer_innen unterrichtet. Vier Festangestellte und 16 Honorarkräfte gehören zum Team von Christine Kölbel. Unterstützt wird die Mannschaft jedes Jahr von einem European Voluntary, also von einem jungen Menschen aus Europa, der sich innerhalb des Europäischen Freiwilligendienstes (EFD) ein Jahr lang bei der Schatzinsel engagiert. In diesem Jahr war dies die Finnin Laura Salomaa. Grundsätzlich dauert der EFD zwischen 2 und 12 Monate, die jüngsten Teilnehmer_innen sind 16, die ältesten 30 Jahre alt. Das seit 1996 bestehende Förderprogramm gehört zur Europäischen Kommission. Ziel ist es, junge Menschen, die ihren Freiwilligendienst in einer gemeinnützigen Einrichtung in Europa absolvieren, finanziell zu unterstützen. Der EFD gehörte 20 Jahre zum Programm „Jugend in Aktion“ und läuft seit 2018 unter dem Dach und Namen des Förderprogramms „Europäisches Solidaritätskorps“.



Christine Kölbel (l.), Projektleiterin des Circus Schatzinsel, und die Finnin Laura Salomaa (r.), die sich ein Jahr lang bei der Schatzinsel engagiert

Im vergangenen September startete die Finnin Laura Salomaa ihren EFD beim Circus Schatzinsel. Mit dem Festival auf dem Tempelhofer Feld hat sie eigentlich nichts mehr zu tun, nutzt jedoch ihre letzten Tage im Dienst, um ihre Chefin dort zu besuchen. Die beiden Frauen ziehen sich in das weiße Mitarbeiter_innen-Zelt zurück und trinken einen Kaffee. Sie wirken vertraut miteinander, lachen gemeinsam. Laura Salomaa ist eine zierliche Frau. Einen Teil ihrer mittellangen blonden Haare hat sie zu einem Dutt gebunden, an ihren Ohren hängen pinke Fransenohrringe. Wenn sie an die vergangenen zwölf Monate zurückdenkt, wird ihr klar, wie viel Glück sie hatte. „Alles war ganz leicht. Es gab keine Probleme“, sagt sie in einem fast perfekten Deutsch.

Im Juni 2017 beendet die heute 28-Jährige ihr Studium an einer finnischen Filmhochschule mit Schwerpunkt Drehbuch. Lange schon trägt sie die Idee mit sich herum, noch einmal ins Ausland zu gehen, um neue Erfahrungen zu sammeln. „Eine Freundin von mir hatte den Europäischen Freiwilligendienst bereits hinter sich und war sehr zufrieden.“ Sie versucht ihr Glück und registriert sich bei einer finnischen Organisation, die den Freiwilligendienst im Ausland vermittelt, und lässt sich in den E-Mail-Verteiler aufnehmen. Es dauert nicht lange, da kommt per E-Mail die Stellenausschreibung des Circus Schatzinsel in Berlin. Laura Salomaas Interesse ist geweckt. „Ich wollte gern nach Deutschland, weil es hier eine große Filmbranche gibt und außerdem habe ich Deutsch in der Schule gelernt“, sagt sie. Auch die Idee, ihre Medienkompetenz in einem „Neuen Circus“ einzusetzen, reizt sie und so bewirbt sie sich – mit Erfolg. „Neuer Circus“, das bedeutet, alte Traditionen des Circus werden gebrochen und Elemente der Akrobatik verschmelzen mit Theater, Musik, Tanz, neuen Medien und bildender Kunst.

„Die ijgd betreuen jährlich etwa 5.000 Freiwillige.“

Mit dem Auswahlverfahren haben Christine Kölbel und ihr Team wenig zu tun. Seit mehr als zehn Jahren arbeiten sie mit den Internationalen Jugendgemeinschaftsdiensten (ijgd) zusammen. Die ijgd betreuen jährlich etwa 5.000 Freiwillige in den verschiedensten Diensten in Deutschland und der ganzen Welt. Der Circus Schatzinsel arbeitet eng mit der Organisation zusammen. „Wir schreiben die Stelle in Europa aus, den Rest machen die ijgd“, sagt Kölbel. Das bedeutet, die Organisation nimmt die Bewerbungen entgegen, führt Gespräche mit den Interessierten, sucht daraufhin ein bis zwei passende Bewerber_innen aus und stellt dann den Kontakt zum Circus her. Laut Kölbel sei die Zusammenarbeit so eng, dass die Mitarbeiter_in-

nen der ijgd ganz genau wüssten, wer zu ihrem Circus passt und wer nicht. „Wir verlassen uns da voll und ganz auf die Vorauswahl.“ Im vergangenen Jahr fiel diese Vorauswahl nach einem längeren Skype-Gespräch auf Laura Salomaa. Eine gute Wahl, wie die Projektleiterin findet.

„Die Organisation informiert zum Beispiel, ob ein neuer Handyvertrag oder ein Bankkonto benötigt wird.“

In den letzten Monaten vor ihrer Abreise nach Berlin gilt es, einiges zu erledigen. Doch das meiste davon übernehmen die Organisationen, erzählt Laura Salomaa. Die Organisation in Finnland informiert die Freiwilligen zum Beispiel darüber, welche Kleidung für Deutschland praktisch ist, ob ein neuer Handyvertrag oder ein neues Bankkonto benötigt wird. Die ijgd in Deutschland hingegen kümmern sich um die Versicherung, stellen ein Zimmer in einer Wohngemeinschaft zur Verfügung, organisieren den Sprachkurs und besorgen das Monatsticket des Nahverkehrs. Da Finnland Mitglied der EU ist, benötigt sie kein Visum. Kurz vor ihrer Abreise im September erhält Laura Salomaa eine E-Mail mit der genauen Wegbeschreibung vom Flughafen zu ihrer neuen Wohnung in Kreuzberg. Als sie dort ankommt, wird sie direkt von Mitarbeiter_innen der ijgd begrüßt. Sie zeigen ihr, wo sich der nächste Arzt/die nächste Ärztin und der nächste Supermarkt im Kiez befinden und wie das Internet funktioniert. „Ich hatte von Anfang an feste Ansprechpartner und das hat mir das Ankommen sehr leicht gemacht“, sagt die 28-Jährige.

Die junge Frau startet nicht direkt im Circus. Zunächst findet eine Einführungswoche der ijgd statt, in der die insgesamt 18 Freiwilligen aus ganz Europa auf ihre Zeit in ihren Projekten und in Deutschland vorbereitet werden. Ihnen wird erklärt, was in Deutschland erlaubt ist und was nicht. So wird ihnen beispielsweise geraten, keine Filme oder Musik im Internet zu downloaden, da dies hierzulande nicht immer legal ist. Außerdem sollen die jungen Menschen an diesen Tagen die Möglichkeit erhalten, sich untereinander kennenzulernen. „Wir waren alle zusammen Minigolf spielen und haben gemeinsam gegrillt“, sagt Laura Salomaa. Sie versteht sich gut mit den anderen Teilnehmer_innen, mit drei von ihnen lebt sie sogar zusammen. Darunter eine Spanierin, eine Türkin und ein Bulgare. „Die Spanierin war gleich wie eine Schwester für mich. Doch leider ging sie schon nach drei Monaten zurück in die Heimat, weil sie dort einen Job bekommen hatte.“ Die neue Mitbewohnerin kommt aus Dänemark. „Da hatte ich dann Verstärkung aus dem Norden“, sagt sie. In der Wohngemeinschaft klappt es

sehr gut: Jeder hat sein eigenes Zimmer, außerdem gibt es ein großes Wohnzimmer. Die jungen Menschen kochen zusammen, unterhalten sich über ihre Arbeit – und entdecken Deutschland gemeinsam. Alle Mitbewohner_innen sind fremd in einem Land, das schweißt die Gruppe zusammen. Um ihr Deutsch aus der Schule zu verbessern, besucht Laura Salomaa in den ersten drei Monaten dreimal pro Woche einen Sprachkurs.

Der Kaffee ist leer. Zwei junge Frauen treten in das weiße Mitarbeiter_innen-Zelt, machen es sich auf dem Boden gemütlich und beginnen, mit Papier und Kleber zu hantieren. Christine Kölbel unterbricht das Gespräch mit Laura Salomaa, sie muss sich nun nämlich um das Essen für die Festivalmitarbeiter_innenkümmern. Kölbel arbeitet ehrenamtlich für das Festival und ist für das Mittag- und Abendessen des Teams zuständig. Heute will sie Humus und Ei für das Team zubereiten. Laura Salomaa bleibt sitzen und erinnert sich an die ersten Tage in der Schatzinsel, die nun ein Jahr zurückliegen. „Alle waren sehr lieb zu mir und haben sich gleich für mich interessiert“, sagt sie. Von Anfang an arbeitet sie als Co-Trainerin in den Akrobatikkursen mit. Schon nach kurzer Zeit erzählt sie von ihren Filmideen für die Circusarbeit, die dankend angenommen werden. „Ich wurde wie ein echtes Teammitglied behandelt und nicht wie eine Praktikantin.“ In den folgenden Monaten produziert sie aus altem Filmmaterial einen Kurzfilm über die Schatzinsel, erstellt aus gemalten Bildern von Kindern eine Stop-Motion-Animation und schreibt für einen Film über eine aktuelle Produktion selbst das Drehbuch und übernimmt die Kameraführung. „Ich konnte mich fachlich gut einbringen und auch auf der sozialen Ebenen hat es super funktioniert.“

Christine Kölbel kommt zurück ins Zelt und setzt sich wieder zu Laura Salomaa. Dass es auf der sozialen Ebenen gut läuft für die Freiwilligen, ist der Projektleiterin sehr wichtig. „Wir übernehmen zwar keine organisatorischen Dinge während des Freiwilligendienstes, dafür helfen wir bei allem anderen.“ So wollen die Mitarbeiter_innen der Schatzinsel, dass sich die Freiwilligen von Anfang an wohl- und vom Team ernst genommen fühlen. Deswegen wird gleich zu Beginn besprochen, wie sich die jungen Menschen ihre Zeit in Berlin vorstellen und welche Kompetenzen sie in die Schatzinsel einbringen möchten. Es habe schon Fälle gegeben, wo die Freiwilligen am Ende des Jahres enttäuscht von der Arbeit waren. „Das wollen wir natürlich vermeiden“, sagt Christine Kölbel. Auch wolle man für die jungen Menschen ein Ansprechpartner für private Angelegenheiten sein. Vor einigen Jahren beispielsweise habe eine Kurdin ihren Freiwilligendienst im Circus absolviert, als zur selben Zeit einige ihrer Freund_innen in der Heimat aus politischen Gründen erschossen wurden. Das sei keine leichte Zeit für die junge Mitarbeiterin gewesen. „Wir wollen wissen, was die Freiwilligen beschäftigt, denn nur so können wir ihnen helfen.“ Und deswegen legt Kölbel großen Wert darauf, nach-

zufragen, was die Freiwilligen am Wochenende vorhaben, wie es ihnen geht und ob sie bereits Freund_innen gefunden haben.

Polen, Portugal, Frankreich – die Freiwilligen kommen aus ganz Europa. Sprachbarrieren versucht das Team zu lösen. „Die jungen Menschen kommen von Anfang mit in die Team-meetings“, so die Projektleiterin, „danach setzt sich ein ein_e Mitarbeiter_in mit ihnen zusammen und erklärt alles noch einmal auf Englisch.“ Nach der Arbeit wird gern noch zusammen gegrillt, wozu ab und an auch noch die ausländischen Freiwilligen anderer Projekte eingeladen werden. Wer in einem Land fremd ist, die Sprache nicht so gut spricht, findet Christine Kölbel, benötigt Unterstützung. „Denn nur wenn das Sozialgefüge stimmt, kann ich mich auch richtig wohlfühlen.“ Sie glaubt, dass die jungen Menschen in den ijd sehr gut betreut werden.

„Denn nur wenn das Sozialgefüge stimmt, kann ich mich auch richtig wohlfühlen.“

Laura Salomaa fühlt sich das ganze Jahr über sehr wohl in der Schatzinsel, aber auch in Berlin. Negative Geschichten von anderen Teilnehmern hört sie nicht. „Ich kann den EFD nur jedem weiterempfehlen.“ Eigentlich gibt es rein gar nichts zu beanstanden, sagt sie. Höchstes, dass es am Anfang ein bisschen viel Input gab. „Aber das lässt sich wohl auch nicht vermeiden.“ Sie findet, dass Deutschland ein sehr gutes Land ist, um dort seinen Freiwilligendienst zu absolvieren, vor allem in Berlin. „Die Stadt ist so international und offen, da fühlt man sich schnell angenommen.“ Mittlerweile fühlt sie sich sogar ein bisschen zu Hause in der Hauptstadt – und deswegen will sie auch erst einmal bleiben. „Ich bin jetzt auf der Suche nach Jobs in der Filmbranche“, sagt sie. Auch die Arbeit im Circus, die immer mehr auf den Einsatz von Medien setzt, kann sie sich weiterhin gut vorstellen. In ihrem WG-Zimmer in Kreuzberg kann sie aber nicht bleiben, da die Wohnung von den ijd betreut wird und nur für Menschen ist, die den EFD machen. Sie hat jedoch bereits ein neues Zimmer gefunden und zieht in ein paar Tagen nach Tempelhof. Dass der EFD sie nun langfristig ins Ausland führt, damit habe sie vor einem Jahr nicht gerechnet. Ihren neuen Lebensabschnitt will sie nun erst einmal genießen und schauen, welche Türen sich für sie öffnen. //

Die Autorin:

Monika Kophal ist freie Journalistin.

E-Mail: monika.kophal@gmail.com

JiVE Jugendarbeit international – Vielfalt erleben

*Ein Projekt mit klarer Strategie und
verwertbaren Ergebnissen*

Das Jugendalter ist die zentrale Lebensphase, in der junge Menschen sich selbst in den sozialen, ökonomischen, kulturellen und politischen Zusammenhängen unserer Gesellschaft platzieren.¹ Ein wichtiger Baustein in dieser Lebensphase sind Lernerfahrungen durch Auslandsaufenthalte. Zusammenarbeit ist dabei eines der wichtigsten Stichworte.

Maria Schwille und Hans Steimle

Auslandsaufenthalte sind in ihrer Bedeutung für die persönliche Entwicklung wie auch für die Beschäftigungsfähigkeit jedes Einzelnen und als wichtiger Faktor für die Lebens- und Berufsbiografien von jungen Menschen anerkannt. In einer Stellungnahme vom Bundesministerium für Bildung und Forschung sowie der Kulturministerkonferenz zum Grünbuch „Mobilität junger Menschen zu Lernzwecken fördern“² wird bestätigt: „Auslandsaufenthalte junger Menschen zu Lernzwecken tragen dazu bei, Fähigkeiten auszubauen, Wissen zu vertiefen und die persönliche Entwicklung zu fördern. Ebenso erfahren die teilnehmenden Personen den Wert der Zusammenarbeit über nationale Grenzen hinaus und verstehen sich stärker als europäische Bürger. Im Allgemeinen können darüber hinaus Verbesserungen bei den Sozialkompetenzen, bei den Sprachkenntnissen, beim Kulturbewusstsein und bei den beruflichen Kompetenzen der mobilen Personen festgestellt werden“³.

Sehr häufig wird betont, dass es besonders wichtig ist, benachteiligte Zielgruppen zu fördern. Der Grund: Viele Erfahrungen zeigen, „dass die Durchführung von Auslandsaufenthalten für benachteiligte Jugendliche in außerordentlichem Maße dazu beitragen, ihre sozialen Kompetenzen und ihre Beschäftigungsfähigkeit zu erweitern. Dies gilt explizit für die Programme und Maßnahmen, die sich speziell um die Einbeziehung von benachteiligten jungen Menschen bemühen und deren Struktur und Förderung sehr gezielt auf deren Bedürfnisse ausgerichtet sind.“⁴

Tatsache ist aber, dass benachteiligte junge Menschen in den Auslands- und Mobilitätsprogrammen weiterhin unterrepräsentiert sind. Insbesondere junge Menschen mit niedrigem Qualifikations-

„Benachteiligte junge Menschen sind in Mobilitätsprogrammen weiterhin unterrepräsentiert.“

niveau und diejenigen, die nicht Teil der höheren schulischen Bildungsgänge, arbeitslos oder in Arbeitsverhältnissen im unteren Einkommensbereich beschäftigt sind, werden nur selten erreicht und partizipieren daher kaum von diesen wichtigen Lernerfahrungen. Zu dieser Gruppe mit geringer Teilhabe gehören auch Jugendliche mit Migrationshintergrund und jene, deren familiärer und kultureller Kontext den Nutzen, die Notwendigkeit und die Bedeutung von Mobilitätsanforderungen für die persönlichen und beruflichen Entwicklungschancen gar nicht oder nur sehr gering schätzt. Dass die Diskussion über diese Sachverhalte immer noch aktuell ist, dokumentiert auch die aktuelle Studie „Warum nicht? Studie zum Internationalen Jugendaustausch: Zugänge und Barrieren“.⁵ Und genau darum geht es auch bei JiVE.

JiVE – eine jugendpolitische Initiative für Bildung und Teilhabe

Seit 2010 beteiligt sich die Jugendsozialarbeit gemeinsam mit vielen unterschiedlichen Partnerinstitutionen an der jugendpolitischen Initiative JiVE, koordiniert von IJAB – Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e. V. und gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. JiVE setzt sich für verbesserte Chancengerechtigkeit ein und zielt darauf, Angebote der Internationalen Jugendarbeit auch denjenigen Jugendlichen zugänglich zu machen, die bislang nicht davon profitieren konnten.

JiVE richtet sich allerdings nicht nur an Jugendliche selbst, sondern schafft insbesondere auch Angebote für Fachkräfte und Institutionen. Der fachliche Austausch mit Kolleginnen und Kollegen aus anderen Ländern erweitert erwiesenermaßen den professionellen und persönlichen Horizont und trägt zur Sensibilisierung und zur interkulturellen Qualifizierung der eigenen Arbeit auf dem Feld der Kinder- und Jugendhilfe bei.

Ziele der jugendpolitischen Initiative JiVE sind insbesondere:

- Die Internationale Jugendarbeit mit der persönlichkeitsfördernden und integrativen Wirkung vor Ort bekannt zu machen und gezielt zur Förderung bisher schwer zu erreichender Zielgruppen einzusetzen, d. h., grenzüberschreitende Mobilität zu ermöglichen.
- Die Internationale Jugendarbeit als non-formales Bildungsangebot stärker zu profilieren und zur politischen und gesellschaftlichen Anerkennung der non-formalen Bildung in Formaten der Internationalen Jugendarbeit beizutragen.
- Einen Beitrag zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland insbesondere ihrer Europäisierung und Internationalisierung zu leisten.
- Fachkräfte für die Internationale Jugendarbeit zu motivieren und zu qualifizieren.

JiVE steht für Trägervielfalt und zahlreiche Teilinitiativen

Herzstück von JiVE sind die einzelnen Teilinitiativen. Diese werden jeweils von unterschiedlichen Partnerinstitutionen umgesetzt, von freien Trägern über öffentliche Einrichtungen bis hin zu Stiftungen. Zentrale Stärke von JiVE war und ist die gelungene sektorenübergreifende Zusammenarbeit einer Vielzahl unterschiedlicher Organisationen. Über eine gemeinsame Steuergruppe und Fachveranstaltungen vernetzen sich die beteiligten Akteure regelmäßig untereinander. Die Initiative JiVE trägt zur Umsetzung der EU-Jugendstrategie in Deutschland und der nationalen Jugendstrategie des Bundes bei.

Im Lauf der rund zehnjährigen Umsetzung von JiVE wurden einzelne Teilinitiativen bereits abgeschlossen, andere laufen weiterhin, beispielsweise:

- **Kommune goes International – IJAB e. V.**
Eine bundesweite Initiative mit dem Ziel, die Internationale Jugendarbeit auf kommunaler Ebene politisch und strukturell zu verankern und Zugänge für alle Jugendlichen zu schaffen, insbesondere solche, die bisher unterrepräsentiert sind. Darüber hinaus wird die Vernetzung auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene gefördert und es werden Fachkräfte für die Internationale Jugendarbeit qualifiziert.
- **AG International mobil zum Beruf – aktuelles forum e. V.**
Bundesweites Forum mit dem Ziel, internationale Mobilität zum integralen Bestandteil jeder berufsbildenden oder arbeitsmarktpolitischen Fördermaßnahme oder der Jugendarbeit werden zu lassen. Fachliches Ziel der Arbeitsgemeinschaft ist es, die für eine erfolgreiche Umsetzung nötigen Rahmenbedingungen zu beschreiben und so eine qualitätsvolle Arbeit zu ermöglichen.
- **Jugendsozialarbeit macht mobil – Mitglieder im Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit**
Ziel der Teilinitiative der Jugendsozialarbeit ist es, Jugendlichen mit besonderem Förderbedarf Auslandserfahrungen zu ermöglichen und ihnen dadurch den Übergang in den Beruf zu erleichtern. Erste Erfahrungen und Ergebnisse wurden in der Fachöffentlichkeit bekannt gemacht und verstärkt in die Praxis umgesetzt. Darüber hinaus soll die Zusammenarbeit mit den Betrieben und der Wirtschaft verstärkt werden.
- **Sportive – Deutsche Sportjugend**
Diese Teilinitiative hat zum Ziel, zur weiteren Verknüpfung von Vielfalt und Teilhabe mit der internationalen Perspektive und einer anhaltenden Sensibilisierung für das Themenfeld

„Einzelne Förderprogramme von Auslandsmaßnahmen müssen besser ineinandergreifen.“

beizutragen. Hierfür werden in neu entstehenden Materialien konsequent die entsprechenden Zielgruppen berücksichtigt und die Kommunikation mit den Trägern verstärkt. Das Netzwerk des Themenfeldes soll ausgebaut und dafür der Austausch mit Migrantenjugendselbstorganisationen sowie kommunalen Partnern gesucht werden. Schließlich wird der Prozess, Inklusion im Sport strategisch zu denken, weiter gefördert und eigene Maßnahmen im olympischen Bereich werden inklusiv gestaltet.

● JugendAuslandsBerater (JAB NRW) – transfer e. V.

Die Konzeption des Jugendauslandsberaters verfolgt den Peer-to-Peer-Ansatz. Jugendliche sollen ihre Mitschüler_innen über Möglichkeiten für Auslandserfahrungen – gemeint sind interkulturelle/internationale Programme von gemeinnützigen Anbietern – informieren und zur Teilnahme ermutigen. Den jugendlichen Peers sollen zur Unterstützung erwachsene Personen als Tandempartner zur Seite stehen.

Eine Übersicht über alle unterschiedlichen Bausteine und Teilinitiativen von JiVE findet sich unter www.jive-international.de.

Zusammenfassung und Ausblick

Die jugendpolitische Initiative JiVE befindet sich aktuell im elften und letzten Jahr. Was bleibt, sind die Ergebnisse und die vielen Prozesse und Partnerschaften, die die Initiative angeschoben hat.

Was ebenfalls bleibt, ist die Aufgabe, noch mehr benachteiligte junge Menschen an Auslandsmaßnahmen teilhaben zu lassen. Wichtig dabei ist, dass die einzelnen Förderprogramme von Auslandsmaßnahmen besser ineinandergreifen. Als Erfahrung aus der Projektlaufzeit nehmen wir in der Jugendsozialarbeit mit, dass es besonders wichtig ist, die Strukturen, die mit benachteiligten Jugendlichen zusammenarbeiten und die direkt mit benachteiligten jungen Menschen in Kontakt sind, in die Organisation von internationalen Maßnahmen einzubeziehen.

Dabei geht es dann nicht in erster Linie darum, diese Institutionen, wie z. B. die Träger der Jugendsozialarbeit selbst, in ihren Strukturen zu fördern, sondern darum, diesen Institutionen gezielt Mittel für den internationalen Austausch zur Verfügung zu stellen, um sie – neben ihren vielfältigen anderen Aufgaben – auch dazu in die Lage zu versetzen, junge Menschen auf Auslandsmaßnahmen vorzubereiten und sie dahin und darin zu begleiten.

Ich spreche in diesem Zusammenhang des Öfteren vom mix-matching. Damit sind zwei Dinge gemeint: Zum einen sollen Grup-

pen, die sich auf internationale Maßnahmen vorbereiten und die diese gemeinsam „erleben“, gemischt werden. Der zweite Aspekt zielt auf die Zusammensetzung der Akteur_innen ab. Es braucht eine Mischung aus denjenigen Organisationen, die erfahrene Träger in der Internationalen Jugendarbeit und in europäischen Austauschmaßnahmen sind, mit den Organisationen, die kontinuierlich mit benachteiligten Jugendlichen zusammenarbeiten.

Wenn dann auch noch Mittel für diese Zusammenarbeit und Mittel für die Motivations- und Vorbereitungsarbeit und für die Begleitung von jungen Menschen zur Verfügung stehen, kann es gelingen, dass deutlich mehr junge Menschen mit erhöhtem Förderbedarf einen Auslandsaufenthalt absolvieren können.

Denn: Erfahrungen im Ausland prägen das Leben, keine Auslandserfahrung prägt das Leben auch. //

Die Autor_innen:

Hans Steimle, Geschäftsführer Bundesarbeitsgemeinschaft evangelische Jugendsozialarbeit e. V., beschreibt im einleitenden Text die Rahmenbedingungen und Erwartungen an Mobilität innerhalb der Jugendsozialarbeit und schreibt den Aus- und Rückblick. E-Mail: steimle@bagejsa.de

Maria Schwille, Projektkoordinatorin für internationale jugendpolitische Zusammenarbeit bei IJAB – Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e. V., erklärt im zweiten Teil des Artikels die konkreten Strukturen von JiVE und gibt Beispiele über die Vielfältigkeit des Programms. E-Mail: schwille@ijab.de

Anmerkungen:

- ¹ 15. Kinder- und Jugendbericht: Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder und Jugendhilfe in Deutschland Deutscher Bundestag Drucksache 18/11050, 01.02.2017.
- ² GRÜNBUCH: Die Mobilität junger Menschen zu Lernzwecken fördern; KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Brüssel, 8.7.2009, KOM(2009).
- ³ Stellungnahme des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und der Kultusministerkonferenz zum Grünbuch der EU-Kommission „Die Mobilität junger Menschen zu Lernzwecken fördern“.
- ⁴ Thimmel, Andreas, „Chancen des internationalen Jugendaustausches für junge Migranten“. In: „Mobilität – wozu? Die Bedeutung von Mobilitätserfahrungen für die Integration junger MigrantInnen“, BAG EJSA, Stuttgart / Berlin 2010.
- ⁵ Warum nicht? Studie zum Internationalen Jugendaustausch, <http://zugangsstudie.de/>.



Das ‚FSJ in der interkulturellen Arbeit‘¹ als Arbeit am Konflikt

Das Spannungsfeld von Bildungs- und Sozialpolitik aus der Perspektive einer diversitätsbewussten Migrationspolitik

Markus Weißschnur und Norman Böttcher

Historie des (sozial-)pädagogischen Konzepts

Mit der Wiedervereinigung und dem Zusammenbruch des Ostblocks ging einerseits eine enorme Integrationsaufgabe einher, andererseits musste dem gesellschaftlich umgreifenden Rassismus begegnet werden, der von der Asyldebatte und Helmut Kohls Anti-Einwanderungscredo Anfang der 1990er Jahre noch befeuert wurde und in der Aushebelung des Grundrechts auf Asyl (sog. Asylkompromiss) mündete. Zwar begaben sich nach den nationalistischen und rassistischen Pogromen (Rostock-Lichtenhagen etc.) in München Ende 1992 zur Lichterketten-Kampagne gegen Fremdenfeindlichkeit mehr als 400.000 Menschen auf die Straße. Es war jedoch kaum mehr als ein symbolischer Akt. Das besagte migrationspolitische Credo blieb bis Ende der 1990er Jahre aufrechterhalten. Recht asynchron zu dieser Bundespolitik wurde auf Landesebene in Bayern im Bereich der ‚Ausländer_innen-Arbeit‘ nach Perspektiven gesucht. Als Resultat einer landesweiten Ausschreibung zur Ausweitung des Freiwilligen Sozialen Jahres (FSJ) erhielt

die Evangelische Jugendsozialarbeit (EJSA) den Zuschlag zur Entwicklung und Erprobung eines ‚FSJ in der Ausländerarbeit‘ in Trägerschaft der Freiwilligen Dienste Südbayerns (FSD). Im Jahr 1995 wurde so, initiiert vom Bund und in einer gemeinsamen Förderung aus Bundesmitteln und Mitteln des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit, dieses FSJ-Format als Vorgänger des heutigen ‚FSJ in der interkulturellen Arbeit‘ ins Leben gerufen. Bereits diese Verbindung eines FSJ, das regulär aus Bundesmitteln des Bildungsministeriums bezuschusst wird, mit Initiativen der, wie es offiziell hieß, ‚Ausländerbetreuung‘, welche bisher einzig vom Sozialministerium des Landes gefördert wurden, deutete die besondere Stellung dieses FSJ-Modells zwischen Bildungs- und Benachteiligungs- bzw. Sozialintegrationsaufgaben, also eine neue Form ‚sozial-‘, ‚pädagogischer‘ Arbeit, an. Im Bereich der noch bis in die 1990er Jahre hinein primär defizitorientierten Ausländer_innen-Pädagogik fanden erste Forschungsbemühungen in der Fremdsprachendidaktik für Schwierigkeiten von Einwanderer_innenkindern im Schulunterricht statt. Zunehmend wurden ‚die Probleme‘ jedoch nicht nur in der Schule diagnostiziert, sondern zur sozialpä-

dagogischen Aufgabe. Die ‚Problembearbeitung‘ wurde ‚lebensweltorientiert‘ in den Sozialraum der (Post)Migrant_innen hineinverlagert, um außerschulische Bildungsprozesse anzuregen. Das ‚FSJ in der Ausländerarbeit‘ sollte „einen wertvollen Beitrag zur Verständigung und Integration“ (Jahreskurzbericht zum Modellprojekt, 1999) über die Hausaufgabenhilfe in sog. Initiativgruppen leisten. Auf diesem Wege sollten „die ausländischen Arbeitnehmer[_innen] und ihre Familien bei der Sozialisation und Integration“ (Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums zur Beantragung der Weiterförderung an die kommunalen Zuschussgeber, 1999) unterstützt und den Freiwilligen „[g]leichzeitig [...] für sich selber Handlungsmöglichkeiten in der Begegnung mit dem Fremden“ (Jahreskurzbericht, 1999) nähergebracht werden. Unter dem Deckmantel der Verständigungsorientierung werden klar „Strategien der Regulation“ (Kunstreich, 2014: 57), hier v. a. der „Kolonialisierung“ (ebd.: 59), angewendet: Im Nahraum ‚der Ausländer_innen‘ wurde versucht, ihnen hegemoniales Wissen zu ‚übermitteln‘, also insbesondere „für“ sie und nicht „mit“ ihnen zu arbeiten (vgl. ebd.: 96).

„Mit einem gemeinsamen Lernort sind die Probleme längst noch nicht gelöst.“

Ende des Jahres 1999 wurde das Modellprojekt des Landes eingestellt. Aufgrund der guten Evaluationsergebnisse wurde allerdings die Förderung der neuen Einsatzstellen fortgesetzt, so auch durch das Sozialreferat Münchens. Von Beginn an wurden keine Menschen mit eigener Migrationsgeschichte als Freiwillige ausgeschlossen. Jedoch erst als das bis dato prägende Modell der „Assimilation“, wonach „ein Zusammenleben nur funktionieren könne, wenn Minderheiten in Deutschland alle ihre Spezifika (Sprache, Kultur, Gewohnheiten etc.) ablegten und sich vollkommen in der Mehrheit auflösten“ (Küçük, 2017: 55 f.), brüchig wurde, hielten de facto auch mehr (Post-)Migrant_innen Einzug in das ‚FSJ in der interkulturellen Arbeit‘. In den letzten Jahren hat sich ihr Anteil auf nun 50 Prozent deutlich erhöht, was auch an der Erweiterung der Einsatzstellen und der konzeptionellen Neuausrichtung des FSJ-Formats lag: Freiwillige mit und ohne Migrationsgeschichte arbeiten nun beispielsweise auch im offenen Ganztagsbetrieb, in Jugendtreffs oder Behinderteneinrichtungen – also überall, wo inzwischen ein interkultureller Bedarf besteht. Die konzeptionelle Veränderung ist, dass die FSJ-Seminare sich nun aus ‚regulären‘ Freiwilligen und solchen, deren Einsatzstellen die besondere Förderung erhalten, zusammensetzen. Die gegenwärtige Rekonzeptualisierung hat die Akquise anderer passender Einrichtungen und die Anpassung der Fördermaßstäbe

zum Ziel. Die das FSJ begleitenden Seminare sollen dabei einen ‚ko-produktiven‘ Ort darstellen. Mit dem gemeinsamen Lernort sind jedoch ‚die Probleme‘ längst noch nicht ‚gelöst‘. Es kommt immer wieder vor, dass die eigentlich in der Bildungsarbeit verorteten FSJ-Seminare Anteile von Jugendsozialarbeit erforderlich machen – eine Schnittstellendebatte, die seit jeher das Arbeitsfeld prägt.

Strukturelle und organisationale Konflikte

Die Spannung zwischen Bildungsauftrag und dem Ausgleich sozialer Ungleichheitsverhältnisse zeigt sich auf unterschiedlichen Ebenen. Sozialpädagogische Aufgaben liegen darin, in Kooperation mit den Einsatzstellen für Entlastung und Reflexionsräume zu sorgen und diese so zu gestalten, dass das FSJ den Vorstellungen der Freiwilligen entspricht. Einerseits müssen sie vor einem negativen Praktikant_innenstatus, andererseits vor Überlastung und Übertragung zu hoher Verantwortung bewahrt werden. Das FSJ muss trotz widerstreitender Interessen von allen Beteiligten primär als Lern- und Erfahrungsort begriffen werden. Eine höhere Unabhängigkeit der sozialpädagogischen Arbeit und der Erhaltung des Bildungsauftrags gegenüber der einseitigen Arbeitskraftvernutzung (sog. Arbeitsmarktneutralität, vgl. Klenter et al., 2015: 152), indem alle anfallenden Arbeiten auch weitestgehend ohne Freiwillige funktionieren müssen, besteht im Rahmen des ‚FSJ in der interkulturellen Arbeit‘ vor allem bei den geförderten Einsatzstellen, da diese deutlich weniger finanzielle Eigenleistung erbringen.

Die sozialpädagogische Arbeit liegt häufig darin, Diskriminierungen in den Einsatzstellen zu thematisieren und abzubauen. Der Erfahrungsraum (post)migrantischer Freiwilliger zeigt, dass ihre eigene lebensweltliche Nähe zu den Adressat_innen für das Arbeitsfeld eine Ressource darstellt. Die Barrieren hingegen sind für diese Zielgruppe wie für andere, strukturell Benachteiligte vielfältig. So gibt es beispielsweise nur wenig bezahlbaren Wohnraum in München für die Freiwilligen, die allesamt eine zu geringe Aufwandsentschädigung für ihre Arbeit erhalten (beim FSD Südbayern je nach Zusammensetzung von Verpflegungs-, Taschen- und Wohngeld zwischen 436 und 662 Euro netto). Nur sehr wenige Einsatzstellen halten eigene Wohneinheiten vor. Die chronische Unterfinanzierung des Sozialwesens führt dazu, dass trotz der zu geringen Auszahlung an die Freiwilligen einige Einsatzstellen aufgrund ihrer guten Betreuung gehalten werden müssen. Freiwillige, die kostenlos und konfliktfrei bei Eltern oder Bekannten wohnen können, haben fraglos Vorteile gegenüber jenen, die aus beengten und konfliktbeladenen sozialen Verhältnissen kommen und bspw. auf das Taschengeld angewiesen wären. Während dieses jedoch

auf die Sozialleistungen (etwa ALG II und sogar Jugendhilfemaßnahmen) angerechnet wird, erhalten es die Privilegierten ‚on top‘. Zudem führen Sprachbarrieren sowie mangelnde Informationsnetzwerke dazu, dass die Zugänglichkeit zum ohnehin eher bildungsbürgerlich geprägten FSJ-Programm beschränkt ist.

Nicht selten spiegelt die Zusammensetzung der Freiwilligen schon den Nexus von sozialer Stellung und Bildungsbenachteiligung wider, aus der eine unterschiedliche Motivation resultiert: Während sich Abiturient_innen seltener in sozialen Notlagen und unter Erfolgsdruck befinden, sondern das FSJ viel mehr eine Art ‚Softskill-Bescheinigung‘ für ihre spätere berufliche Tauglichkeit darstellt, dient es zugleich für Abschlusslose, Haupt- und Realschüler_innen als Grund- bzw. Nachqualifizierung. All dies zumindest partiell auszugleichen, ist Ziel der begleitenden Seminare.

(Sozial-)pädagogische Seminargestaltung und Konfliktinszenierung

Eine neue Strategie des FSD-Südbayerns ist die besagte Anpassung des ‚sozial‘-,pädagogischen‘ Konzepts, welches die Maxime von Radical Diversity auf alle FSJ-Gruppen zu übertragen versucht.

Im Seminarkontext aller FSJ-Gruppen beim FSD Südbayern bedeutet der o. g. Zwiespalt von Bildungs- und sozialpädagogischem Auftrag einen Ausgleich der benannten strukturellen Defizite und eine Sensibilisierung für Alltagsrassismus unter den Freiwilligen herzustellen. Grundvoraussetzung hierfür ist zunächst die Sensibilität der Seminarleitung, strukturelle Defizite nicht voreilig als individuelle Fehlleistungen zu deuten und sie als Teil einer systemimmanenten Verwertungslogik wahrzunehmen.

Das seit 2002 gesetzlich vorgegebene Bildungsziel der Vermittlung interkultureller Kompetenzen soll nun am Beispiel des bisherigen Konzepts exemplarisch dargelegt werden. Die meisten Seminare finden im fünftägigen Format statt. Es bestehen besondere Schwerpunkte darauf, wie (1) mit dem Kennenlernen – sich selbst und anderen gegenüber – umgegangen wird; (2) die Ausgestaltung der Teilhabemöglichkeiten der Freiwilligen erfolgt; (3) Mehrsprachlichkeit Beachtung finden kann; (4) den Grundsätzen der Prozesshaftigkeit in Form fortwährender Aushandlungsprozesse und der Förderung informeller Lernprozesse entsprochen und (5) Theaterpädagogik als besondere Lernform nutzbar gemacht werden kann. Gemeinsamer Referenzpunkt dieser Zugänge ist die Idee, allen Freiwilligen

‚Fremdheitserfahrungen‘ zu ermöglichen und dadurch die sozial konstruierten Unterschiede zumindest für den Kontext des Seminars partiell aufzuheben. Die Seminare finden daher teils explizit zu Themen wie Diversität oder Diskriminierung bzw. (Anti-)Rassismus (vgl. Liebscher et al., 2010) statt. Aber auch Inhalte politischer Bildungsarbeit, wie Demokratieerziehung (vgl. Ulrich et al., 2006), Erinnerungs- oder Kulturarbeit, spiegeln mindestens implizit durch die Seminarkonstellation die Idee einer Gesellschaft der Vielen wider.

Ein großer Vorteil des bisherigen ‚FSJ in der interkulturellen Arbeit‘ ist, dass die im FSJ entstandenen Beziehungen den weniger privilegierten Freiwilligen nicht nur neue, empowernde Erfahrungen, sondern eventuell auch einen Zugang zu bisher verstellten Netzwerken für eine adäquate Anschlussperspektive erlauben. Außerdem werden die häufig durch Sprachbarrieren und unterschiedliche soziale Hintergründe entstehenden Konflikte im (relativ) ungezwungenen Seminarkontext stets zum Anlass von Konfliktbearbeitung genommen und so als individuell-informeller Lernprozess verstanden. Im ‚FSJ in der interkulturellen Arbeit‘ wird mittels Ansätzen der Theaterpädagogik Diversität immer wieder aufgegriffen und (re-)inszeniert. Auf der Ebene der (Selbst-)Erfahrung geht es dabei nicht nur (und nicht einmal primär) darum, die Biografien der nicht privilegierten Freiwilligen erfahrbar zu machen, sondern normalisierte Wahrnehmungen zu irritieren, teils über unbekannte und ‚amorphe‘ Objekte und Situationen. In den letzten beiden Jahren wurden so beispielsweise ein rollenspielbasiertes Empowermenttraining zur #metoo-Debatte und ein Forumtheaterstück zum Thema „Diskriminierung in der Einsatzstelle“ erarbeitet.

Resümee und Ausblick

Benachteiligte und marginalisierte Gruppen bringen – egal ob damit die Zielgruppen in den Einsatzstellen oder die Freiwilligen selbst gemeint sind – in Hinblick auf die sozialpädagogische Arbeit in den Einsatzstellen wie auch den Kontext der Seminargruppen qua ihrer Multiperspektivität und der Vielschichtigkeit ihrer Erfahrungen stets eine ‚Vielfalt‘ mit sich. Erst durch die Erfahrung eines Zustands, „in dem man ohne Angst verschieden sein kann“ (in Anlehnung an Adornos Diktum: Khanide & Giebler, 2006), kann innerhalb des FSJ-Jahres auf der Grundlage der entstandenen Beziehungen eine andere Perspektive eingenommen werden. Konkret heißt das z. B., Ängste gegenüber Erwartungen und Leistungsdruck abzubauen sowie den Freiwilligen mehr Freiheiten als gewohnt zu bieten.

Vor diesem Hintergrund ist Angela Merkels Kommentar im Sommerinterview (Merkel, 2018), wonach – wohlwollend ge-

deutet – das FSJ als Rechtsanspruch (nicht als Dienstpflicht) auch für Geflüchtete möglich würde, wozu selbst innerhalb der CDU Unstimmigkeit herrscht, aus kritischer Distanz zu begrüßen. (Post)Migrantische Freiwillige sollten jedoch nicht, wie es entsprechende Kapitalfraktionen der Industrie und des Handels seit dem sog. Sommer der Migration 2015 unermüdlich fordern, auch im Bereich des Sozialwesens lediglich als billige Arbeitskräfte angesehen und in Konkurrenzsituationen zu den restlichen Angestellten gebracht werden. Die Dequalifizierung und der Ausbau des Niedriglohnsektors im Zuge der Agenda 2010 sind schon viel zu weit fortgeschritten. Die genannten Forderungen nach besserer Vergütung der Freiwilligen durch den Ausbau staatlicher Förderungen und die Bereitstellung anderer, dringend erforderlicher materieller Güter, wie Wohnraum oder höhere Taschengeldsätze, ermöglichen, wie am Bsp. des ‚FSJ in der interkulturellen Arbeit‘ dargelegt, ‚kulturelle Teilhabe‘ und bieten erst die Voraussetzung von ‚Interkulturalität‘ auf Augenhöhe. Eine weitere dringende Forderung, die an die Öffnung des FSJ für Geflüchtete geknüpft sein sollte, ist, dass ihnen dadurch automatisch ein gesicherter Aufenthaltsstatus zu gewähren sei. Die so geminderten Existenzängste wären in Bezug auf die ‚sozialpädagogische‘ Ausgestaltung des FSJ ein erster Schritt in Richtung des erwünschten ‚Verschieden-sein-Könnens‘, was zugleich eine größere Unabhängigkeit und Deinstrumentalisierung der Sozialen Arbeit am Konflikt bereithielte. //

Die Autoren:

Markus Weißschnur ist Bildungsreferent bei der Evangelischen Jugend München, seit 2016 für die pädagogische Weiterentwicklung des ‚FSJ in der interkulturellen Arbeit‘ zuständig. E-Mail: markus.weisschnur@elkb.de

Norman Böttcher ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Fachbereichs Sozial- und Gesundheitswesen der Hochschule Ludwigshafen am Rhein. Bis 2017 war er Projektleiter der Internationalen Jugendbegegnung Dachau, zu deren Trägerkreis auch die Evangelische Jugend München gehörte. E-Mail: Norman.Boettcher@hs-lu.de

Anmerkung:

¹ Aufgrund der schwer zugänglichen Quellenlage und der inzwischen über 20 Jahre zurückliegenden Dokumentation finden sich im Artikel einige Aussagen, die nur im Gespräch mit der damaligen Projektleitung rekonstruiert werden konnten. An dieser Stelle wollen wir uns bei ihr – auch für die vielen hilfreichen Kommentare zum Skript des Aufsatzes – recht herzlich bedanken.

Literatur:

Khanide, M. & Giebeler, K. (Hrsg.) (2006): Ohne Angst verschieden sein – in der Fremde sich selbst begegnen: Ein Pra-

xishandbuch für die interkulturelle Arbeit. 2. Aufl. Gütersloh: Verl. Bertelsmann-Stiftung.

Küçük, E. (2017): Vom Paradigmenwechsel – ein langes Ringen um einen unvermeidlichen Wandel. In: Jalta. Positionen zur jüdischen Gegenwart. Ausg. 2/2017 ‚Desintegration‘. S. 52–60.

Kunstreich, T. (2014): Grundkurs Soziale Arbeit. Sieben Blicke auf Geschichte und Gegenwart Sozialer Arbeit. Bd. I. Impulse – Werkstatt Fachhochschule. Bielefeld.

Liebscher, D.; Fritzsche, H. & Pates, R. (2010): Antidiskriminierungspädagogik: Konzepte und Methoden für die Bildungsarbeit mit Jugendlichen. 1. Aufl. Wiesbaden VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Merkel, A. (2018): Sommerinterview. In: ARD-Hauptstadtstudio: Berichte aus Berlin (hier Minute 10,5). Siehe: <https://www.ardmediathek.de/tv/Bericht-aus-Berlin/bericht-aus-berlin/Das-Erste/Video?bcastId=340982&documentId=55436246> (zul. akt. am 09.09.2018).

Ulrich, S.; Wenzel, Florian M.; Winter, Doerthe et al. (2006): Praxishandbuch Sprache macht Demokratie: Politische Bildung in der Einwanderungsgesellschaft. Schwalbach/Ts: Wochenschau-Verlag.



700 Millionen Euro hat die EU-Kommission ab 2021 für kostenfreie Interrail-Tickets in Aussicht gestellt. Eine Chance für Europa, die junge Generation und die Jugendarbeit. Ein Plädoyer.

Vincent-Immanuel Herr und Martin Speer

Wie wäre es, wenn jeder junge Mensch in Europa zum 18. Geburtstag kostenfrei einen Gutschein für einen 1-Monats-Interrailpass erhalten würde, proaktiv von der EU-Kommission zugesandt und innerhalb von sechs Jahren einlösbar? Was als einfache Frage und Idee am Abendbrottisch in Wien während einer eigenen Interrailreise im Jahr 2014 begann, ist heute auf dem besten Weg, ein eigenständiges und großes Jugendprojekt des Programms Erasmus+ zu werden. Die ersten 15.000 jungen Menschen sind im Rahmen eines Pilotprojektes diesen Sommer schon auf den Reisen. Mit 700 Millionen kann daraus eine Erfahrung für über 1,5 Millionen junge Menschen werden. Wie kam es dazu und wie kann das Programm neue Perspektiven für junge Menschen und die Jugendarbeit eröffnen und zugleich Europas Zusammenhalt langfristig stärken?

Als wir selbst auf Interrailreise durch 14 europäische Länder – von Schweden bis Spanien, von Polen bis nach Griechenland – waren und über 200 Interviews mit jungen Menschen zwischen 18- und 35-Jahren führten (die Reise wurde übrigens mit 7.000 Euro von den Stiftungen Mercator und Heinrich-Böll finanziert), begegneten wir einem Kontinent und einer Generation mit jeder Menge ungenutztem Potential und denkwürdigen Spaltungstendenzen. Renationalisierung, Rechts- wie Linkspopulismus, prekäre Lebensbedingungen für junge Menschen in vielen Mitgliedsstaaten und wachsende Ressentiments gegenüber Minderheiten und Andersdenkenden gaben uns Anlass zur Sorge. Viel mehr aber sahen wir in diesen Entwicklungen einen Ansporn zu Veränderung. An dieser Haltung hat sich bei uns bis heute nichts geändert. Die EU, kurzum wir als Gesellschaften, brauchen neue Lösungsansätze, um Spaltung zu überwinden, mehr Teilhabe und

„Die EU braucht Lösungsansätze, um Spaltung zu überwinden und mehr Teilhabe und Chancen zu ermöglichen.“

Chancen zu ermöglichen und den europäischen Zusammenhalt zu sichern. Der Schlüssel liegt hier bei der jungen Generation. Verliert sie den Glauben an die europäische Idee, werden ihr keine neuen Perspektiven eröffnet, kommt sie nicht noch breiter und vielfältiger miteinander in Kontakt, ist es um die Zukunft des Kontinentes nicht gut bestellt. Schon heute gibt es großartige Jugendprogramme und wirkungsvolle Jugendarbeit über Ländergrenzen, die genau dort ansetzt. Wichtige Arbeit, die nicht oft genug gewürdigt und gefördert werden kann. Doch das wird nicht reichen! Wir müssen weitergehen, breiter und vernetzter denken. Noch immer erreichen EU-Jugend- und Austauschprogramme nur eine Minderheit der Generation, sind nicht Teil der öffentlichen Debatte um die Zukunft unseres Kontinents. Noch immer sind sie nicht vom Anspruch getragen, eine ganze Generation länder-, kultur- und sozialübergreifend zu einen.

Von der Vision zum Pilotprojekt

Aus dieser Analyse heraus entstand die Idee #FreeInterrail. Der Anspruch: Ein EU-Jugendprogramm zu schaffen, welches ausnahmslos – und das ist weiterhin das Ziel – jeden jungen Menschen in der EU erreicht. Wie geht das? Indem zum 18. Geburtstag jede junge Person einen Brief aus Brüssel bekommt. Darin der Gutschein für einen 1-Monat-Interrailpass, welchen man bis Mitte 20 einlösen kann, ein Glückwunschschreiben, Informationen über die EU, weitere Jugendprogramme und Ideen für Reiserouten und Förderungsmöglichkeiten. All das ohne aufwendige Bewerbungsverfahren, Vorkenntnisse oder sonstige Hürden. Und natürlich mitgedacht, dass das in die Jahre gekommene Interrail-Programm ein Update benötigt (Busse, Schiffe, Leihfahrräder sollten mit eingebunden sein und in Ausnahmefällen auch das Flugzeug), der personalisierte Gutschein einfach einlösbar sein muss (am Bahnhof, der Busstation oder online), Online-Plattformen Reisende vernetzen sollten und eine regionale Informationsinfrastruktur über die EU-Informationsbüros, Rathäuser, Bildungseinrichtungen und Verkehrsunternehmen mit eingebunden wird.

Als EU-Beamte_innen, Parlamentsmitglieder und auch Jugendorganisationen anfänglich vom Vorschlag hörten, war das Erstaunen groß. Ein Programm ohne Bewerbungsverfahren und ohne Rahmenprogramm? Mit Zeitungsartikeln, auf Konferenzen, in Radiointerviews warben wir ab 2015 für die Idee. Einfach so, als zwei EU-Bürger ohne große Fördersummen, ohne Partei oder einem Unternehmen im Rücken. Wir begannen systematisch über Fraktionsgrenzen hinweg den Austausch mit Mitgliedern des Europäischen Parlaments. Von Sozialdemo-

kraten bis Grünen, Liberalen bis Christdemokraten. Wir entschieden uns für einen Ansatz frei von ideologischen Blanken oder parteipolitischen Vorbehalten. Die Idee stand und steht für uns im Mittelpunkt. Aus der anfänglichen Unterstützung aus dem rot-grünen Lager entwickelte sich eine noch kräftigere Unterstützung im liberal-christdemokratischen Lager, so dass gemeinsam schrittweise eine breite Mehrheit des Parlamentes den Vorschlag mittrug. Die Idee war dort angekommen, wo sie hingehörte, in den öffentlichen Raum. Weg vom Abendbrotstisch, rein in die Debattenzirkel auf europäischer und nationaler Ebene, in die Hände und auf die Schultern vieler Menschen. Neben einem Unterstützer_innen-Netzwerk von über 40 jungen #FreeInterrail Botschafter_innen, zahlreichen Prominenten aus Film, Literatur, Musik und Wissenschaft waren es vor allem politische Kräfte, die die Idee vorantrieben. EU-Parlamentsmitglieder wie Rebecca Harms, Manfred Cramer, Manfred Weber, Alexander Graf Lambsdorff und István Ujheily auf europäischer Ebene, aber auch die schwedische Außenministerin Margo Wallström und der österreichische Präsident Alexander van der Bellen wurden vor und hinter den Kulissen zu wichtigen Fürsprecher_innen der Idee. Wenn man heute über die Zukunft der EU und Jugend spricht, wird schnell die „#FreeInterrail“-Idee genannt. Das zeigt, wie weit eine Idee aus der Zivilgesellschaft tragen kann. Ehrenamt wirkt!

„Mobilität ohne aufwendige Bewerbungsverfahren, Vorkenntnisse oder sonstige Hürden.“

Dank der Unterstützung des EU-Parlamentes konnten sich in diesem Sommer die ersten 15.000 jungen Menschen im Rahmen des Pilotprojektes #DiscoverEU auf die Reise machen. Trotz berechtigter Kritik am Online-Bewerbungsverfahren mit Quiz (eine Hürde, die durch gegebene EU-Regularien noch nicht abkömmlich ist, aber an deren Überwindung gearbeitet wird) bewarben sich innerhalb von nur zwei Wochen über 100.000 junge Menschen aus allen Teilen der EU für die Reisegutscheine. Der große Ansturm überraschte selbst erfahrene EU-Beamte_innen, die so etwas während ihrer Zeit in den Institutionen noch nicht erlebt hatten. Bis in den September hinein sind tausenden junge Leute unterwegs und für 5.000 bis 10.000 junge Menschen wird es im Winter noch einmal eine Chance geben. Die EU-Kommission befindet sich dazu in einem stetigen Evaluierungs- und Stakeholder_innen-Befragungsprozess, um aus den Erfahrungen des Pilotprojekts zu lernen und Prozesse zu verbessern.

Die Idee als Chance für Jugendarbeit und Zivilgesellschaft

Von Anfang haben wir die „#FreeInterrail“-Idee als Türöffner und Brückenbauer zu den etablierten EU-Jugendprogrammen und der Jugendarbeit verstanden. Doch gerade aus dieser Richtung begegnete uns schnell Kritik am Vorhaben. Es sei zu teuer, zu sozial-exklusiv und würde existierende Jugendarbeit eher schwächen als stärken. Die Kritik nehmen wir ernst, sehen aber auch, dass das Programm mehr Chancen und Inklusion bietet, als ihm zugesprochen wird.

Studien und Erfahrungen aus dem „Erasmus+“-Programm zeigen: Reisen, Austausch und interkulturelle Erfahrungen weiten den Blick, fördern Eigenständigkeit und Selbstsicherheit junger Menschen, helfen Barrieren und Vorurteile abzubauen, eröffnen neue Bildungs- und Jobchancen, tragen den Gedanken der Internationalität und Solidarität auch in Familien und Freundeskreise. Doch die vielfach gepriesene „Erasmus+“-Erfahrung ist bisher nur wenigen Menschen zugänglich. Gerade ein niedrigschwelliges Mobilitätsprogramm kann hier ansetzen und hat das Potential, Menschen zu erreichen, denen bisher auf Grund geografischer, sozialer, ökonomischer oder kultureller Barrieren eine europäische Erfahrung verwehrt geblieben ist. Wenn alle jungen Menschen einer Generation einen Reisegutschein proaktiv erhalten, würde sich jeder junge Mensch unmittelbar mit dieser Möglichkeit auseinandersetzen müssen. Mit allen Herausforderungen und Chancen, die solch eine Möglichkeit mit sich bringt.

Hier steckt die große Chance für die Jugendarbeit und existierende Jugendprogramme. Sie können helfen, Brücken zu bauen, um die Herausforderungen zu meistern, und zugleich die Basis für ihre eigene Arbeit (und die damit verbundenen Fördermöglichkeiten) erweitern. Wir sind überzeugt, wenn Millionen Menschen eine Reisemöglichkeit erhalten, werden sich Vereine, NGOs, Stiftungen, Verbände, Kirchen, Online-Netzwerke, aber auch Stadtverwaltungen, Bildungsinstitutionen, nationale Regierungen und auch Unternehmen auf die neuen Möglichkeiten einstellen. Es wird Reisekurse geben, Stipendienprogramme, Gruppenreisen, „Work & Travel“-Optionen, Patenprogramme, Couchsurfing-Plattformen oder Übersetzungsdienste. Und zu all dem kommt hinzu, dass bei der best-vernetzten Generation aller Zeiten, und das ist die junge europäische Generation, durch das Programm enorme Kreativitäts- und Innovationspotentiale freigesetzt werden. Schon im Rahmen des Pilotprojekts konnte man innerhalb weniger Wochen beobachten, wie über 7.000 junge Menschen sich in einer „#DiscoverEU“-Facebook-Gruppe vernetzten, sich ge-



genseitig mit Tipps, Fahrgemeinschaften oder Übernachtungsmöglichkeiten unterstützen. All das sind erste wichtige Schritte.

Die „#FreeInterrail“-Idee ist bei weitem nicht perfekt, aber sie ist der Versuch, Neues zu wagen, mehr Menschen als je zuvor zu erreichen und Europa zu einer Erfahrung für alle zu machen. Wir laden alle dazu ein, sich mit ihren Ideen und Perspektiven an diesem Prozess zu beteiligen. Der politische Wille, etwas auf die Beine zu stellen, ist da, ebenso steht eine Mehrheit der jungen Generation hinter der Idee. Diese Möglichkeiten sollte man nutzen, um das Programm noch besser, die Jugendarbeit noch effektiver und Europa noch vernetzter zu machen. Gemeinsam können wir hier Großartiges entstehen lassen. //

Die Autoren:

Vincent-Immanuel Herr und Martin Speer arbeiten als Duo „Herr und Speer“ seit 2014 zusammen. Sie sind Aktivisten, Autoren, Feministen und Europäer. Sie setzen sich für den europäischen Zusammenhalt und Gerechtigkeitsfragen ein.
E-mail: herrundspeer@gmail.com

SUBSIDIARITÄT

Warum es sich lohnt, immer noch darüber nachzudenken

Christiane Giersen

Da lese ich doch in einem Interview mit dem Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes¹ nach langer Zeit wieder einmal das Wort „Subsidiaritätsprinzip“. Ausgangspunkt war die Frage an Herrn Landsberg, was er denn davon halte, dass die Stadt Regensburg einen eigenen Verein gegründet habe, um die Jugendsozialarbeit an Schulen mit Honorarkräften durchführen zu können. Herr Landsberg führt daraufhin aus, dass die meisten Jugendämter subsidiär mit den freien Trägern der Jugendhilfe zusammenarbeiten würden, solange dies nicht einem sinnvollen Einsatz finanzieller Mittel widerspreche, weil schon ein eigener Träger vorhanden sei.

Nun war das jedoch keine Antwort auf die eigentliche Frage. Diese haben H. Grieb und C. von Kries an anderer Stelle einmal folgendermaßen formuliert:

„Hat der Subsidiaritätsgrundsatz zur Folge, dass öffentliche Träger zunächst zu prüfen haben, wer eine bestimmte Leistung am besten erbringen kann, oder können die öffentlichen Träger diese generell selbst erbringen, um so alle Prozesse im eigenen Interesse umfassend steuern zu können?“²

Nicht nur in Regensburg ist die Jugendsozialarbeit gerade im Zuge zunehmender Kommunalisierung mit den disparaten Antworten auf diese grundsätzliche Frage konfrontiert. Von daher lohnt es sich meiner Ansicht nach immer wieder einmal, den Sinn von Subsidiarität zu beleuchten:

„Die öffentliche Jugendhilfe soll mit der freien Jugendhilfe zum Wohl junger Menschen und ihrer Familien partnerschaftlich zusammenarbeiten. Sie hat dabei die Selbständigkeit der freien Jugendhilfe in Zielsetzung und Durchführung ihrer Aufgaben sowie in der Gestaltung ihrer Organisationsstruktur zu achten.“³

Der § 4 SGB VIII beschreibt mit dieser Partnerschaftsformel im Anschluss an ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1967 grundlegend die Zusammenarbeit öffentlicher und freier Träger

in der Jugendhilfe. Der dahinterliegende Gedanke der Subsidiarität geht davon aus, dass der Staat keine Hilfe organisieren soll, die nicht auch nicht staatliche Akteure leisten können. Dies konkretisieren die nächsten Absätze des Paragraphen:

„Soweit geeignete Einrichtungen, Dienste und Veranstaltungen von anerkannten Trägern der freien Jugendhilfe betrieben werden oder rechtzeitig geschaffen werden können, soll die öffentliche Jugendhilfe von eigenen Maßnahmen absehen ... Die öffentliche Jugendhilfe soll die freie Jugendhilfe nach Maßgabe dieses Buches fördern und dabei die verschiedenen Formen der Selbsthilfe stärken.“⁴

Die Intention des Gesetzgebers, das Subsidiaritätsprinzip solchermaßen zu verankern, war, die gesamtgesellschaftliche Verantwortung für ein soziales Gemeinwesen und für das Aufwachsen von jungen Menschen zu erhalten. Ebenso impliziert Subsidiarität, dass der Vielfalt gesellschaftlicher und individueller Problemlagen und dem Wunsch- und Wahlrecht der Betroffenen nur durch eine ebensolche Vielfalt der Hilfsangebote begegnet werden kann. Diese kann der öffentliche Träger alleine aufgrund seiner Struktur nicht entwickeln und vorhalten. Durch das Zusammenspiel „öffentlicher“ und „privater“ Ressourcen wird ein Mehrwert erzeugt, der sich gerade aus der Unterschiedlichkeit der Ansätze und Zugänge ergibt. Dies alles jedoch unter der Maßgabe:

„Die Verantwortungsübernahme durch soziale Netzwerke und/oder freie Träger ist ohne die Daseinsvorsorge durch den Staat bzw. die Kommune nicht denkbar. Wenn sich auch soziale Unterstützung von unten aufbauen kann, so ist sie doch elementar auf eine öffentliche Infrastruktur angewiesen, die zum Gelingen der Subsidiarität erheblich beiträgt – und auch dafür sorgt, dass nicht nur die ‚starken‘ Interessen versorgt werden.“⁵

Gerade im Bereich der Jugendsozialarbeit, in dem der öffentliche Träger der Jugendhilfe die Verantwortung für etliche Angebote an die Arbeitsagentur abgibt, wird deutlich, was

geschieht, wenn individuelle Bedarfslagen auf einheitlich konfektionierte Förder- und Fördermaßnahmen treffen – es findet weitere Marginalisierung statt, das Wunsch- und Wahlrecht wird ad absurdum geführt.

Gleichzeitig muss sich auch die freie Jugendhilfe die Frage gefallen lassen, ob sie mit ihren Angeboten dem Anspruch der Subsidiarität im Hinblick auf den Nutzen für junge Menschen wirklich genügt. Problematisch sind in diesem Zusammenhang die Konsequenzen sogenannter neuer Steuerungsmodelle beim öffentlichen Träger, die im Zuge einer immer stärker werdenden „Verbetriebswirtschaftlichung“ der Jugendhilfe die Zusammenarbeit freier und öffentlicher Träger auf ein Auftraggeber_innen-Auftragnehmer_innen-Verhältnis reduzieren möchte. Freien Trägern werden Rahmenbedingungen für ihre Angebote aufgezwungen, die über Ausschreibungen und Vergaberichtlinien einseitig vom öffentlichen Träger gesteuert werden und die diese immer öfter nicht mit eigenen Wert- und Qualitätsvorstellungen in Einklang bringen können. Und im Zweifelsfalle gründet auch schon mal der öffentliche Träger einen eigenen Verein, um Jugendsozialarbeit unter prekären Arbeitsverhältnissen, aber kostengünstig leisten zu können ...

Infolge dieser Rahmenbedingungen verliert die freie Jugendhilfe immer stärker die Freiheitsgrade, die Innovation, Kreativität und Anwaltschaftlichkeit für Betroffene hervorrufen. Ihre notwendig andere Rolle in der Zusammenarbeit mit den öffentlichen Trägern geht dabei immer mehr verloren. Der Mehr-

wert, der über das Subsidiaritätsprinzip für junge Hilfeempfänger_innen entstehen könnte, wird damit aufs Spiel gesetzt. Wenn sich die freie Jugendhilfe auf oft fragwürdige Konstrukte einlässt, weil ihre Abhängigkeit vom öffentlichen Mittelgeber zu groß geworden ist, verliert sie ihre Glaubwürdigkeit und letztendlich die Legitimation ihrer besonderen Rolle.

„Der Gedanke der Subsidiarität geht davon aus, dass der Staat keine Hilfe organisieren soll, die nicht auch nicht staatliche Akteure leisten können.“

Gleichzeitig gibt es im Bereich der Jugendsozialarbeit Tendenzen der Entprofessionalisierung, wenn ehrenamtliche Akteure und soziale Netzwerke in Konkurrenz gesetzt werden mit professionellen Angeboten. Dies verkennet jedoch, dass auf Dauer ein bürgerschaftliches Engagement nicht mehr attraktiv ist, wenn darin Subsidiarität im Zuge von Kosteneinsparungen nur noch als Kompensation eines Mangels erlebt wird. Damit verlieren die Träger der Jugendhilfe wichtige Zugänge ins Gemeinwesen und zu dort vorhandenen Selbsthilfepotentialen.



Im Hinblick auf die eingangs gestellte Frage, wäre daher meine Antwort:

Ja, der öffentliche Träger der Jugendhilfe hat in Folge des § 4 SGB VIII die Pflicht, grundsätzlich zu prüfen, wer eine Aufgabe im Rahmen der Jugendhilfe am besten – d. h. im Sinne der jungen Menschen und nicht der Kämmerer – erfüllen kann. Dazu gehört neben der Kenntnis der eigenen Trägerlandschaft auch eine ausgewiesene Jugendhilfeplanung, die die unterschiedlichen Angebote der Jugendsozialarbeit als Teil einer sozialen Infrastruktur ansieht und entsprechende Bedarfe erhebt und im Blick hat.

Allerdings bedeutet dies für mich auch, dass sich freie Träger nur dann auf das Subsidiaritätsprinzip berufen dürfen, wenn sie in der Durchführung der Aufgaben ihre spezielle Verantwortung für das Wohl der jungen Menschen auch wirklich wahrnehmen. Das beinhaltet, dass sie im Rahmen der Angebote der Jugendsozialarbeit deutlicher fachlich, politisch und parteilich für junge Menschen agieren müssen und in der Konsequenz zu manchen Angeboten Nein sagen könnten, sollten und auch dürften. Denn nur in der konstruktiven Auseinandersetzung und der gelebten Andersartigkeit der Rollen zwischen freien und öffentlichen Trägern macht Subsidiarität Sinn. Und zwar für die, um die es geht – die jungen Menschen. //

Die Autorin:

Christiane Giersen, Referentin für Kinder, Jugend und Familie der Diakonie in Rheinland-Pfalz, Vorstandsfrau der Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit e. V.
E-Mail: christiane.giersen@evkirchen-diakonie-rlp.de

Anmerkungen:

¹ „Wohlfahrt intern“, 2018, Bedarfsplanung ist Sache der Kommune, 13. Jahrgang, S. 7.

² Griep, Heinrich; von Kries, Caroline, März 2017, „Welche Rechte gibt der Subsidiaritätsgrundsatz der freien Wohlfahrtspflege?“, In: Neue Caritas spezial, S. 7.

³ § 4 Abs. 1 SGB VIII.

⁴ § 4 Abs. 2 und 3 SGB VIII.

⁵ Heinze, Rolf G., 2013, „Subsidiarität, Ökonomisierung und integrierte Versorgung“. In: BBE-Newsletter Nr. 21, S. 6.

Literatur:

Griep, Heinrich; von Kries, Caroline, 2017, „Welche Rechte gibt der Subsidiaritätsgrundsatz der freien Wohlfahrtspflege?“. In: Neue Caritas spezial.

Hansen, Dennis; Landsberg, Gerd, 2018, „Bedarfsplanung ist Sache der Kommune“. In: Wohlfahrt intern, 13. Jahrgang.

Heinze, Rolf G., 2013, „Subsidiarität, Ökonomisierung und integrierte Versorgung“. In: BBE-Newsletter Nr. 21.

Impressum

DREIZEHN

Zeitschrift für Jugendsozialarbeit
Ausgabe 20/2018, 11. Jahrgang
ISSN 1867-0571

Herausgeber:

Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit
(Rechtsträger: Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e. V.)
Oranienburger Str. 13–14, 10178 Berlin
E-Mail: dreizehn@jugendsozialarbeit.de
Internet: www.jugendsozialarbeit.de

V. i. S. d. P.:

Birgit Beierling (Sprecherin Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit)

Redaktion:

Annemarie Blohm
Redaktionsbeirat:
Wolfgang Barth, Birgit Beierling, Dieter Eckert, Alexandra Hepp, Judith Jünger, Andreas Lorenz, Marion Paar, Svenja Pasternack, Silke Starke-Ueckermann, Sonja Steinbach, Petra Tabakovic, Dr. Oliver Trisch, Klaus Umbach, Angela Werner, Gisela Würfel, Marion von zu Gathen

Grafisches Konzept, Layout und Satz:
HELDISCH.com, Berlin

Korrektur:

Tom Seidel – The Proofreaders, Brighton

Fotonachweis:

Titel, S. 4, 9, 13, 17, 22, 26,
42, 49, 51, 53: photocase.de
S. 28: Britta Jansen
S. 36, 38: Josefine Janert
S. 39: Annemarie Blohm
S. 45: unsplash



Karikatur S. 55: Thomas Platzmann

Druck:
Druckcenter Berlin

Beiträge von Autoren_innen geben nicht unbedingt die Meinung des Kooperationsverbundes Jugendsozialarbeit wieder. Der Nachdruck von Beiträgen, auch auszugsweise, ist nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Unaufgefordert eingesandte Manuskripte finden nur in Absprache mit der Redaktion Beachtung.

Gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

Gefördert vom:



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



Deutsches
Rotes
Kreuz

BAG
Bundesarbeitsgemeinschaft
örtlich regionaler Träger der
Jugendsozialarbeit

ÖRT



DER PARITÄTISCHE
GESAMTVERBAND

Evangelische Jugendsozialarbeit
EJSA

KJS
Katholische
Jugendsozialarbeit



Die gesetzlichen Grundlagen der Jugendsozialarbeit liefert das Kinder- und Jugendhilfegesetz (§ 13 SGB VIII), das den Anspruch junger Menschen auf angemessene Förderung formuliert.

Im Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit haben sich die Arbeiterwohlfahrt (AWO), die Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit (BAG EJSA) und die Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS), die Bundesarbeitsgemeinschaft örtlich regionaler Träger der Jugendsozialarbeit (BAG ÖRT), DER PARITÄTISCHE Gesamtverband (DER PARITÄTISCHE), das Deutsche Rote Kreuz (DRK) und der Internationale Bund (IB) zusammengeschlossen. Sein Ziel ist es, die gesellschaftliche und politische Teilhabe von benachteiligten Jugendlichen zu verbessern.

KOOPERATIONSVERBUND JUGENDSOZIALARBEIT

Redaktion DREIZEHN

Auguststr. 80, 10117 Berlin

Tel: 030 28 395 312

dreizehn@jugendsozialarbeit.de

www.jugendsozialarbeit.de

